

Didier Burkhalter, Rupert Murdoch, Patti Smith, Berner Reitschule

DIE WELTWOCHEN

Nummer 10 – 10. März 2016 – 84. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Direktzahlungen an Diktatoren

Schweizer Millionen
für afrikanische Gewaltherrscher



4 1194407 006902 10





PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Jahreskalender Ref. 5205G

Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com

Hotelcard – das Halbtax für Hotels



HOTELCARD
1/2 PRICE HOTELS

Bei der Bezeichnung «typisch Schwiz» denkt man sofort an Käse, Schokolade oder Jodeln. Aber unser facettenreiches Land hat noch viel mehr zu bieten als Fondue, Toblerone oder Schwyzerörgeli.

Entdecken Sie die überwältigende historische, kulturelle und topographische Vielfalt der Schweiz mit der Hotelcard – Ihrem persönlichen Halbtax-Abonnement für Hotels! Blicken Sie auf 1800 Metern über Meer in der Ferienrepublik Saas-Fee hinauf auf das atemberaubende Panorama des Allalin-Gletschers. Oder geniessen Sie nach einem Bummel durch die typischen Gässchen von Ascona „Dolce-Vita“ auf der berühmten Seepromenade.

Trifft jeden Geschmack

Ob im Berghotel für Wanderlustige, im Winter-Hotspot für Sportbegeisterte oder in der Wellness-Oase für Erholungssuchende: Dank der Vielfalt an Hotelangeboten sind Ihnen bei Ihrem nächsten Ausflug keine Grenzen gesetzt. Machen Sie Ihren Aufenthalt

unvergesslich und verlängern Sie Ihr Erlebnis mit einem Hotelbesuch in einem von unseren über 550 Top-Hotels. Mit der Hotelcard residieren Sie in allen Hotels auf www.hotelcard.ch zum 1/2 Preis. Den Kaufpreis der Karte haben Sie oft schon nach der ersten Übernachtung amortisiert.

Das Konzept funktioniert

Die Idee zur Hotelcard basiert auf dem Halbtax-Abo der SBB. Die Hotelcard AG hat diese vor sechs Jahren mit grossem Erfolg auf die Hotellerie übertragen. Das Konzept überzeugt durch seine einfache Handhabung: Auf www.hotelcard.ch das passende Hotel finden, die Buchungsanfrage absenden und beim Check-In im Hotel die Hotelcard vorweisen – drei Schritte zum Ferienglück mit 50% Rabatt.

Gast und Hotel profitieren

Dank der Erfindung der Hotelcard wurde eine Win-Win-Situation für Kunden/-innen und Hotels geschaffen. Während Besitzer/-innen der Karte von 50% Rabatt bei einer Übernachtung profitieren,

können die Hotels neue Gäste ansprechen und ihre Zimmerauslastung erhöhen.

Die Hotelcard reicht für zwei Personen

Ihre Partnerin oder Ihr Partner kann Sie jederzeit begleiten, denn für die Buchung eines Doppelzimmers genügt eine einzige Hotelcard. Die auf www.hotelcard.ch angegebenen Preise gelten dementsprechend nicht pro Person, sondern pro Zimmer.

Eine wundervolle Geschenkidee

Die Hotelcard eignet sich auch hervorragend als Geschenk, denn damit schenken Sie Ihren Liebsten Erholung, Zeit für sich und unvergessliche Momente. Mit der Hotelcard übernachtet die beschenkte Person ein ganzes Jahr lang in mehr als 550 Top-Hotels zum 1/2 Preis – und zwar wann, wo und so oft sie möchte. Bestellen Sie einen Geschenkgutschein unter www.hotelcard.ch: einfach, bequem und schnell und zaubern Sie Ihren Freunden, Verwandten und Bekannten ein Lächeln ins Gesicht.

Das sind nur vier von über 550 Top-Hotels zum 1/2 Preis:

★★★★★

Lindner Grand Hotel Beau Rivage Interlaken | Berner Oberland



Komfort Class Doppelzimmer inkl. Frühstück ab

CHF **187.–** statt CHF 374.– (pro Zimmer)

★★★★★

HELIOPARK Hotels & Alpentherme Leukerbad | Wallis



Doppelzimmer Classic-Class inkl. Frühstück ab

CHF **129.50** statt CHF 259.– (pro Zimmer)

★★★★★

Hotel Seemöwe Güttingen | Ostschweiz



Doppelzimmer zur Seeseite inkl. Frühstück ab

CHF **105.–** statt CHF 210.– (pro Zimmer)

★★★★★

Al Ponte Cademario | Tessin



Standard Doppelzimmer inkl. Frühstück ab

CHF **90.–** statt CHF 180.– (pro Zimmer)

Die Vorteile der Hotelcard:

- Bestpreis-Garantie in sämtlichen Hotels.
- Die Hotels sind im Schnitt an 75% der Tage zum 1/2 Preis verfügbar.
- Die Hotelcard amortisiert sich bei der ersten oder zweiten Übernachtung.
- Um ein Doppelzimmer zu buchen, genügt eine Hotelcard.
- Die Hotelcard ist beliebig oft einsetzbar.

Hotelcard
für 1 Jahr

CHF 79.–
statt CHF 95.–

www.hotelcard.ch/platinclub

☎ 0848 711 717 (Rabattcode *weltwoche01* angeben)

Die technischen Begriffe verhüllen einen Skandal: Mit «fiskalischen Massnahmen» oder «Budgethilfen» fördert der Bund korrupte und gewalttätige Regimes in Afrika, Asien und Lateinamerika. Hunderte Millionen Franken sind in den letzten zwanzig Jahren direkt an die teils diktatorischen Regierungen geflossen, wie der Beitrag von Bundeshausredaktor Markus Schär, gestützt auf Zahlen des Staatssekretariats



Nette Natürlichkeit: Damaso (l.), Schumacher.

für Wirtschaft (Seco), zeigt. Diese sonderbare Form der Entwicklungshilfe gilt unter Kennern als hochgradig anfällig für Korruption. Kontrolle: null. Dass die Schweiz solche Beiträge an prunksüchtige Herrscher leistet, grenzt an Grobfahrlässigkeit. Oberster Verantwortlicher ist Bundesrat Johann Schneider-Ammann, in dessen Zuständigkeitsbereich das Seco gehört. In einer weiteren Recherche deckt Philipp Gut auf, dass die privaten Hilfswerke – sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – trotz ihres Namens zum grossen Teil von Staats-, sprich: Steuergeldern leben. Schliesslich spricht der kenianische Ökonom James Shikwati über die negativen Folgen, die der Massenexodus nach Europa für Afrika hat. Unsere Titelmontage zeigt Bundesrat Schneider-Ammann und den gestürzten Diktator von Burkina Faso, Blaise Compaoré, der sich dank Schweizer Seco-Millionen, ebenfalls abgebildet, ein grössenwahnsinniges Denkmal in der Hauptstadt Ouagadougou leisten konnte. **Seite 18–25**

Wie viel sind die vielgepriesenen bilateralen Verträge mit der EU wert? Nachdem Gerüchte über entsprechende Gutachten im Auftrag des Bundes aufgetaucht waren, erkundigte sich der Tessiner Financier Tito Tettamanti letztes Jahr bei Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch nach den Ergebnissen. Solche Untersuchungen gebe es nicht, beschied ihm das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Also be-

auftragte Tettamanti den Ökonomen und *Weltwoche*-Redaktor Florian Schwab, die Verträge einer Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen. Schwab hatte bereits begonnen, die ökonomische Literatur zum Thema zu wälzen, als doch noch zwei vom Seco beauftragte Forschungsinstitute ihre Zahlen präsentierten. In dieser Ausgabe beleuchten wir den aktuellen Forschungsstand. Wirtschaftschef Beat Gygi hat zudem führende Ökonomen gefragt, wie offen und wissenschaftlich fundiert die Debatte um die Bilateralen geführt wird. **Seite 34–37**

Es sind schon Jahre ins Land gegangen, seit Alex Baur mit seinen Recherchen über die Sitten und Missbräuche bei der Sozialhilfe im Allgemeinen und bei Monika Stockers Zürcher Sozialamt im Besonderen ein politisches Beben auslöste. Viel wurde seither unternommen, damit die Fürsorge wieder nur jenen zugute kommt, die sie wirklich brauchen. Tragen die Massnahmen Früchte? Unser Kollege ist diese Woche wieder einmal ans Gericht gegangen und hat einen im Grunde banalen und alltäglichen Fall von Sozialbetrug unter die Lupe genommen. **Seite 43**

Für den Hausbesuch bei Nadia Damaso, dem neuen Schweizer Kochsternchen, brachte unsere Gesellschaftsredaktorin Claudia Schumacher gefüllte Pantoffeln mit. Als die zwanzigjährige Damaso in ihrer WG in Zürich Oerlikon die Tür öffnete, trug sie auch welche. Unpräzise liess sie diese selbst für die Fotos an – bis Fotograf Thomas Buchwalder um richtiges Schuhwerk bat. Die nette Natürlichkeit der Engländerin ist wohl ein Grund, warum ihr Kochbuch «Eat Better Not Less» ein Bestseller wurde. Der andere ist: Ihre Gerichte sind lecker, gesund und simpel. Erstaunlich an Damaso ist auch wie selbstgemacht ihr Erfolg ist, der im Internet begann. **Seite 38**

Ihre Weltwoche

GESTRESST? ÜBERFORDERT? ERSCHÖPFT?

Zeit für eine Auszeit.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.

SEEKLINIKBRUNNEN

Seeklinik Brunnen AG
Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,

Hubert Mooser, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Claudia Schumacher,

Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Mark van Huisseling

Hansrudolf Kamer, Peter Keller,

Wolfram Knorr, Tom Kummer,

Christoph Landolt, Dirk Maxeiner,

Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller,

Daniela Niederberger, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin,

David Schnapp, Hildegard Schwaninger,

Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),

Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer,

Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: infoAadextra.ch

Druck: Print Media Corporation, PMC,

Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.*

*Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier,
das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Exklusives Leserangebot: Hotel Hof Weissbad

Appenzell à la carte

Gönnen Sie sich eine kulinarische Zeitreise in den traditionsreichsten Kanton der Schweiz. Das Hotel Hof Weissbad verwöhnt Sie nach allen Regeln der Kunst: mit Tradition, Wellness und seiner mit 16 Gault-Millau-Punkten prämierten Spitzenküche.

Am Fuss des Säntis erwartet Sie das authentische Hotel Hof Weissbad mit erstklassigem Komfort, persönlicher Betreuung und traumhafter Aussicht. Ums kulinarische Wohl kümmert sich Küchenchefin Käthi Fässler – von Gault Millau als «Köchin des Jahres 2009/2010» ausgezeichnet.

Zusätzlich zum Angebot Exklusiv für die Leser/Abonnenten der Weltwoche:

- Persönlich geführte Tour «Appenzeller Kultur, Brauchtum und Tradition»,
- jeweils dienstags und freitags während ca. 2 Stunden.
- Es erwarten Sie verschiedene Appenzeller Handwerker.
- Wir zeigen Ihnen das Brauchtum und die Tradition vor Ort.
- Degustieren Sie unsere kulinarischen Spezialitäten.



Platin-Club-Spezialangebot

Appenzellerland à la carte

im Hotel Hof Weissbad, 9057 Weissbad

Leistungen:

- 3 Übernachtungen, inkl. reichhaltiges Frühstücksbuffet
- An zwei Abenden wählen Sie ein 4-Gang-Menü aus 18 verschiedenen Gerichten.
- Dazu ein exklusives 6-Gang-Menü von Küchenchefin Käthi Fässler inkl. Aperitif, Wein, Mineral, Kaffee und Spirituosen.
- Appenzeller Ferienkarte für freien Eintritt in Museen und Fahrten auf dem Streckennetz der Appenzeller Bahnen etc.
- Benützung Innen- und Aussenbad (eigenes Quellwasser, 33° C), Saunalandschaft, Mountainbikes, Elektrowelos etc.
- Nur für Weltwoche-Leser: Tour «Appenzeller Kultur, Brauchtum und Tradition», jeweils dienstags und freitags (Dauer: ca. 2 Std.)

Preise:

Doppelzimmer: pro Person Fr. 820.– (statt 1024.–)
Einzelzimmer Fr. 880.– (statt 1099.–)

Buchung:

Verfügbar ab sofort bis Samstag, 30. April 2016 (nach Verfügbarkeit, exkl. Feiertage). Reservieren Sie Ihr Angebot unter Tel. 071 798 80 80. Bitte Kennwort Weltwoche angeben.

Veranstalter:

Hotel Hof Weissbad, www.hofweissbad.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



List der Schweiz

Der Bundesrat huldigt seiner Erpressbarkeit. Trotzdem könnte es gut kommen mit Europa. Von Roger Köppel

Das letzte und wahrscheinlich einzige Land der Welt, das sich sklavisch an die Vorgaben der EU hält, ist das EU-Nichtmitglied Schweiz. Für den Bundesrat sind nicht nur die Gesetzestafeln der EU heilig. Unsere Landesregierung zuckt bereits zusammen, wenn die EU nur schon andeutet, mahnt, in den Raum stellt, raunt oder zürnt. Unsere Berner Behörden sind Weltmeister in der Früherkennung von Wünschen, die noch nicht einmal dem Wünschenden selber richtig klar sind; geniale Vollstrecker von Absichten, die noch nicht geäussert wurden.

Die legendäre Stärke der Schweizer, sich aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit in andere Menschen chamäleonhaft hineinzusetzen, verdichtet sich im Umgang mit der EU zur Fähigkeit, ihre Interessen bis zur Unkenntlichkeit den Interessen der anderen anzugleichen. Was Brüssel will oder vielleicht wollen könnte, hat für Bern bereits die Qualität einer unumstösslichen Verpflichtung, eines Gebots, denn am guten Willen Brüssels, so sieht es der Bundesrat, hängt das nackte Überleben der Schweiz.

Der Bundesrat schwelgt in Untergangsfantasien, die er sich selber einredet. Er berauscht sich an der angeblichen Aussichtslosigkeit seiner Verhandlungsposition. Mit dem dauernden Hinweis auf die existenzielle Notwendigkeit des masslos überschätzten bilateralen Wegs huldigt die Regierung ihrer eigenen Erpressbarkeit. Sie steigert sich gegenüber der EU in einen Zustand der absoluten Ohnmacht hinein, mit dem sie gleichzeitig ihre bisher dürftigen Verhandlungsergebnisse rechtfertigt.

Unsere Europapolitik ist leider zu einem würdelosen Unterwerfungsritual geworden. Die forensische Psychologie spricht von einem «Stockholm-Syndrom», wenn die Geisel eine unnatürliche Zuneigung zum Geiselnahmer entwickelt. Die offizielle Schweizer Europapolitik ist eine politische Steigerungsform dieser Krankheit, bei der sich das Opfer heimlich in seinen Peiniger verliebt.

Dabei wäre es einfach: Seit dem 9. Februar 2014 hat der Bundesrat einen klaren Auftrag. Er muss die aus dem Ruder gelaufene Zuwanderung endlich begrenzen. Volk und Stände haben sich gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU ausgesprochen. Sie wollen, dass künftig wieder wie früher Kontingente und Höchstzahlen sowie ein Inländervorrang



«Politisches Stockholm-Syndrom.»

gelten. Inländervorrang und Kontingente sind das Gegenteil der Personenfreizügigkeit. Sie setzen diese ausser Kraft.

Allerdings: Die Tatsache, dass die Personenfreizügigkeit gebodigt wurde, besagt noch nicht, dass man deswegen auch den Vertrag über die Personenfreizügigkeit automatisch beerdigen müsste. Denkbar und auch wahrscheinlich ist, dass sich die EU und die Schweiz auf ein neues initiativkonformes Abkommen einigen. Die EU will eine Kündigung des symbolbehafteten Vertrags durch die Schweiz unbedingt vermeiden. Es wäre ein Gesichtverlust und ein Signal an EU-Mit-

gliedstaaten wie Grossbritannien, jetzt ihrerseits die ungeliebte Freizügigkeit abzustreifen. Die EU will das verhindern. Deshalb wird sie zu Konzessionen bereit sein.

Und was, wenn nicht? Die Schweiz könnte eine Kündigung des Freizügigkeitsvertrags verkraften. Die gegenseitigen Interessen an einer guten Zusammenarbeit sind zu gross. Die Behauptung, die EU sei unverrückbar stur und die Schweiz daher chancenlos, geht an der Wirklichkeit vorbei. Die EU hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie fast alle ihrer «unverhandelbaren» Prinzipien umstösst, wenn es die Umstände erfordern – von der Neuverschuldung bis Schengen/Dublin. Ausserdem befindet sich der Bundesrat nicht in einer schlechten, sondern in einer guten Verhandlungsposition. Es gibt einen Volksentscheid, auf den man sich berufen kann. Die Schweiz ist nicht Mitglied, aber einer der besten Kunden der EU. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als umgekehrt. Die Verkehrsadern durch den Gotthard sind lebenswichtig für unsere Nachbarn. Das gegenseitige Interesse überwiegt die Meinungsverschiedenheiten bei der Personenfreizügigkeit.

Was taugen die jüngsten Vorschläge des Bundesrats? Erfreulich ist, dass er gegen seine eigenen Instinkte an einer einseitigen Umsetzung des Volksentscheids gegen die Masseneinwanderung festhält. Der Mechanismus mit «Schwellenwert» und «Schutzklausel» ist nebelhaft, die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien wahrscheinlich verfassungswidrig. Die Verschärfung der «flankierenden Massnahmen» geht in die falsche Richtung. Unklug ist die Idee, abgewiesene, aber vorläufig aufgenommene Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Trotzdem: Noch ist es möglich, dass der bundesrätliche Vorstoss zur Grundlage eines Gesetzes wird, auf der man sich im oben geschilderten Sinne mit der EU einigen kann. Es braucht allerdings den Druck all jener, denen die Unabhängigkeit ein Anliegen ist.

Die Genialität der Schweiz besteht auch darin, dass gute Lösungen oft gegen die Absichten der zuständigen Behörden zustande kommen. Alle streiten gegen alle, ein Konsens scheint ausser Sicht, und doch keimt aus dem Durcheinander irgendwann, für die Beteiligten kaum sichtbar, die rettende Vernunft. Die List unseres Systems ist seine kollektive Intelligenz, die weit mehr ist als die zusammengerechnete Intelligenz der in diesem System wirkenden Personen. Vielleicht sind wir im Begriff, in unserer Europapolitik bald jenen Punkt zu erreichen, an dem die scheinbare Unbrauchbarkeit der offiziellen Entwürfe unbemerkt in die Genialität eines von niemandem direkt beabsichtigten Auswegs umschlägt. Die Schweiz funktioniert oft nicht wegen, sondern trotz ihrer Politiker.





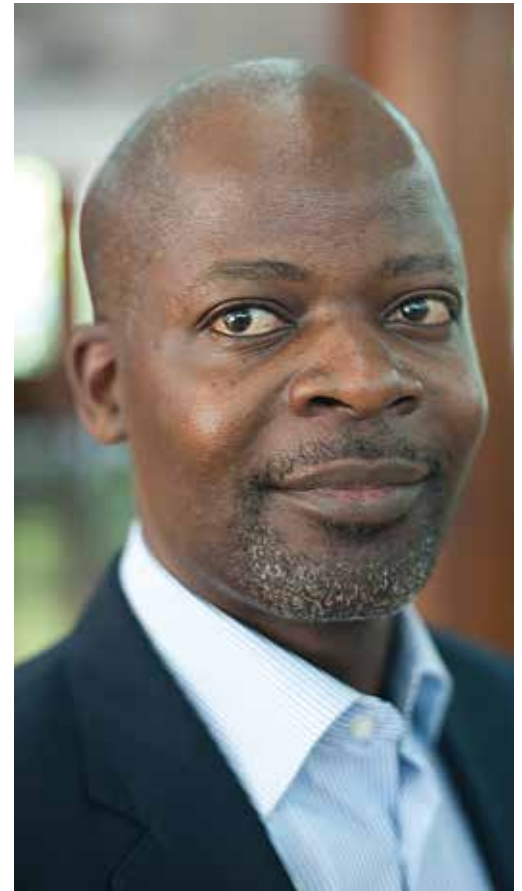
Hundert Jahre Dada-Bewegung: Seite 14



Wenn Entwicklungshilfe schadet: Seite 18



Traum und Realität: Reitschule in Bern. Seite 40



«Der grosse Treck»: James Shikwati. Seite 24

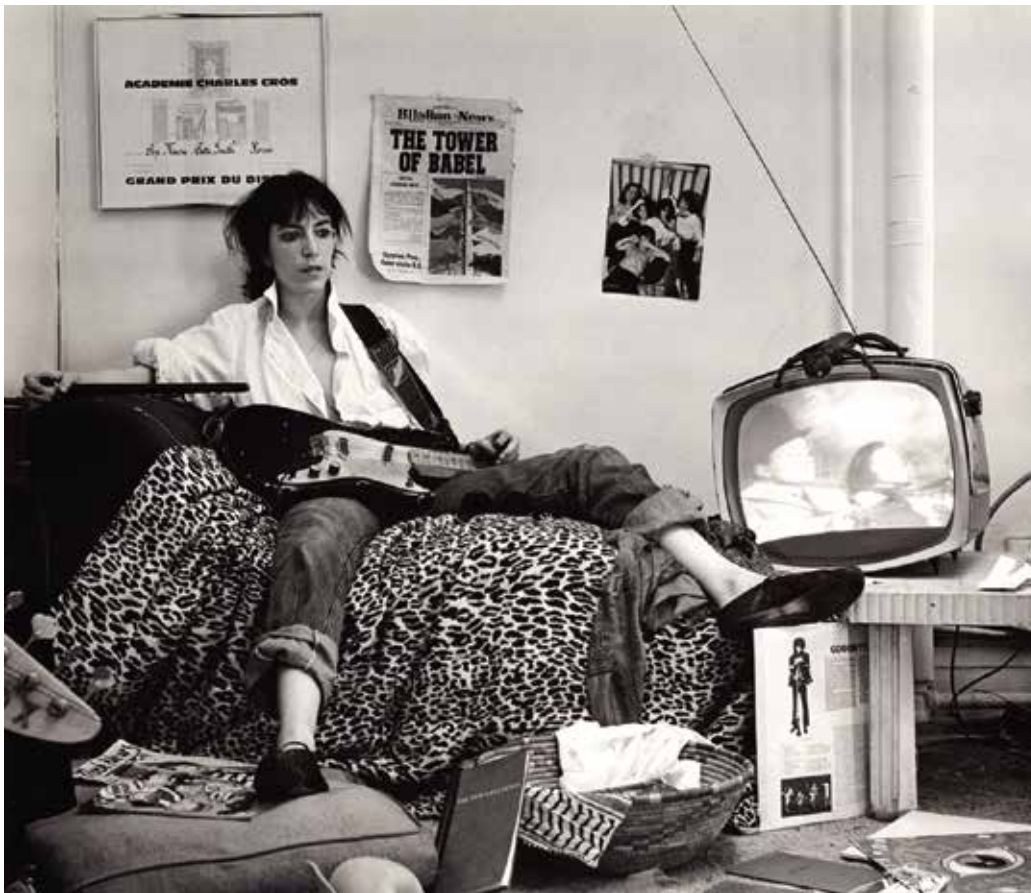
Kommentare & Analysen

- [7 Editorial](#)
- [11 Kommentar Katzenmusik](#)
- [11 Im Auge Ángel Di María, teuerster Fussballer](#)
- [12 USA Böses Blut](#)
- [12 Migrationskrise Vergifteter Köder](#)
- [13 Alpiq Fluch der Halbstaatlichkeit](#)
- [13 Gesellschaft «Wohl des Kindes»](#)
- [14 Kult des Dilettantismus](#)
[Ist die Dada-Bewegung wirklich ein Grund zum Feiern?](#)
- [16 Nachrufe Nikolaus Harnoncourt, Nancy Reagan](#)
- [16 Personenkontrolle Müller, Blocher, Frei etc.](#)
- [18 Direktzahlungen an Diktatoren](#)
[Schweizer Millionen für Gewaltherrscher](#)
- [19 Bundeshaus Projekte und Geldflüsse](#)
- [20 Entwicklungshilfe Wenn Hilfe schadet](#)
- [22 Auf Kosten des Steuerzahlers](#)
[Wie private Hilfswerke profitieren](#)
- [24 «Die Besten werden fortgelockt»](#)
[Die Konsequenzen der Migration nach Europa für Afrika](#)
- [26 Die Deutschen Sex für Migranten](#)
- [26 Wirtschaft Gefährliche Träumereien](#)
- [27 Ausland Zurück ins Schneckenhaus?](#)
- [28 Mörgeli Abgänger statt Tiefgänger](#)
- [28 Bodenmann Treuhand für Atomstrom](#)

- [29 Medien Schlangenbeschwörung](#)
- [29 Gesellschaft Nachsicht](#)
- [30 Darf man das? / Leserbrief](#)

Hintergrund

- [32 Wahrheitsfabrikanten](#)
[Orientierungslose Schweizer Migrations- und Europa-Politik](#)
- [34 Weniger Wohlstand pro Kopf](#)
[Sinn und Unsinn der Bilateralen](#)
- [36 Personenfreizügigkeit Tabubruch erwünscht](#)
- [38 Iss dich schön](#)
[Nadia Damaso heisst die neue Schweizer Küchenfee](#)
- [40 Reitschule Bern will Dreck und Krawall](#)
- [41 Kulturzentrum Talentschmiede und Lebensschule](#)
- [42 Terrorismus «Begierig auf Blut» im Aargau](#)
- [43 Kriminalität Aus dem Alltag einer Sozialrentnerin](#)
- [44 Beispielloser Blindflug](#)
[Bilanz nach zehn Jahren Schengen/Dublin-Abkommen](#)
- [46 Sicherheit «Die Schweiz muss sich selber schützen»](#)
- [48 Löcher im Zaun](#)
[Migranten stürmen Mazedoniens und Ungarns Grenzen](#)
- [50 Ronald Trump](#)
[Donald Trump erinnert an Ronald Reagan](#)
- [52 Forschung Das Kinn, der Schlüssel zur Menschheit](#)
- [53 Prominente Rupert Murdoch heiratet Jerry Hall](#)



«Ich rede mit meinen Katzen»: Rockstar Patti Smith 1976.

Interview

56 «Ich bin eine Spätzüglerin»

Patti Smith ist eine Ikone des Rock'n'Roll. Hier spricht das Multitalent über Erfolg, seine Liebe zu Reliquien und Uhren ohne Zeiger

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Astronaut Scott Kelly auf Twitter

58 Frauenverfinsterung

«Die Schleierkarawane» des grossen albanischen Epikers Ismail Kadare

60 Top 10

60 Kino «The Brothers Grimsby»

61 Jazz Dollar Brand

62 Namen Perlen-Collier zur Kochmütze

63 Hochzeit Metzalli Guel und Chris Van Dyne

63 Thiel Prävention

64 Wein Malbec Rutini 2013

64 Zu Tisch Restaurant «Geranium», Kopenhagen

65 Auto Maserati Quattroporte S Q4

66 MvH trifft Julian Schnabel, Maler und Filmregisseur

Autoren in dieser Ausgabe

Ueli Mäder



Der Professor für Soziologie an der Uni Basel ist Mitverfasser einer Studie über das Berner Kulturzentrum Reitschule. Nach den gewalttätigen Ausschreitungen vom Wochenende hält er mehr Zivilcourage für wirkungsvoller als mehr Polizeigewalt. Seite 41

Faith Whittlesey



Die Republikanerin war unter der Administration von Ronald Reagan zwei Mal US-Botschafterin in der Schweiz. Sie schreibt, warum Donald Trump in ihren Augen als amerikanischer Präsident auch für die Schweiz ein Gewinn sein würde. Seite 50

**DAS SCHWEIZER
PORTAL FÜR
HANDWERKERSTELLEN**

Mit www.workerjobs.ch die
besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

worker jobs.ch



© Fototeca Enit Sandro Bedessi



© Fototeca Enit Sandro Bedessi



© Keystone



© Katarzyna Artymiak

VIP-Kulturreise «Rom–Schweizergarde–Vatikan»

Zu Gast bei den Gardisten

Höhepunkte der fünftägigen Reise sind der persönliche Empfang bei der Päpstlichen Schweizergarde sowie ein geschlossener Abend in der exklusiv für Sie reservierten Sixtinischen Kapelle.

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen der Ewigen Stadt, in der Michelangelo, Raffael, Tizian und Caravaggio ihre Spuren hinterlassen haben. Sie logieren im Viersternehotel «VOI Donna Camilla Savelli» im ältesten Stadtteil Trastevere – einem ehemaligen Kloster aus dem 17. Jahrhundert. Die berühmte Kirche Santa Maria della Pace befindet sich nur fünf Gehminuten entfernt. Den Vatikan erreichen Sie auf einem Spaziergang entlang des Tiber. Um ins historische Zentrum zu gelangen, überqueren Sie einfach den Ponte Sisto.

«Rom sehen und sterben», notierte Goethe auf dem Höhepunkt seiner italienischen Reise. Roms Faszination ist ungebrochen: In ausgewählten Kirchen und in der Galleria Borghese erkunden Sie den kulturellen Reichtum der Stadt von der Antike über das Mittelalter bis in die Neuzeit. Im Vatikan erhalten Sie Einblicke, die dem Publikum sonst verwehrt bleiben. Degustationen und kulinarische Genüsse in typischen Restaurants machen die Städtereise zum Erlebnis für alle Sinne.

Programm, Höhepunkte:

- 1. Tag: Anreise Rom**
 - Rundgang durch Trastevere
 - Dinner bei «Pierluigi»
- 2. Tag: Antikes Rom, Sixtinische Kapelle**
 - Aufstieg zum Kapitol
 - Kirche St. Paul vor den Mauern mit Porträts aller Päpste
 - Privater Abend in der Sixtinischen Kapelle
- 3. Tag: Roms Kirchen, Schweizergarde**
 - Informativer Spaziergang zur Stadtgeschichte
 - Basilica di San Clemente al Laterano
 - Kirchen Sant'Agostino und San Luigi dei Francesi
 - Apéro in einer Enoteca mit erlesenen Weinen
 - Persönlicher Empfang der Schweizergarde durch Kommandant Christoph Graf
 - Führung durch Quartier und Waffenkammer
 - Apéro und Gespräch mit Gardisten
 - Abendessen in einer typischen Trattoria
- 4. Tag: Villa Farnesina, Galleria Borghese**
 - Villa Farnesina und Kirche Santa Maria in Trastevere
 - Galleria Borghese mit Werken von Tizian, Raffael, Caravaggio, Canova und Bernini
 - Abendessen im «Antica Pesa»
- 5. Tag: Papstsegen, Rückreise**
 - Aufstieg in die Kuppel des Petersdoms
 - Sonntäglicher Segen auf dem Petersplatz

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Kulturreise «Rom–Schweizergarde–Vatikan»

Reisetermine:

2.–6. November 2016 und 9.–13. November 2016

Leistungen:

- Swiss-Flug Zürich–Rom–Zürich (inkl. Gebühren)
- Transfer Flughafen–Hotel–Flughafen
- Vier Übernachtungen mit Frühstück im Viersternehotel in Rom
- 3 Dinner und ein privater Abend in der Sixtinischen Kapelle
- Ausflüge, Rundgänge und Besichtigungen laut Programm, inkl. Eintritt
- Qualifizierte, Deutsch sprechende Reiseleitung

Spezialpreise:

Fr. 2780.– pro Person, EZ-Zuschlag: Fr. 600.–

Limitierte Teilnehmerzahl:

Maximal 20 Gäste pro Reisetrip.
Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt.

Anmeldung:

Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular über www.weltwoche.ch/platinclub oder Tel. 091 752 35 20, E-Mail: n.nessi@mondial-tours.com

Veranstalter:

Mondial Tours MT SA, 6600 Locarno
Mitglied des Garantiefonds der Schweizer Reisebranche

www.weltwoche.ch/platinclub



Katzenmusik

Von Beat Gygi — Lärm und Misstöne bestimmen die wirtschaftspolitische Debatte über Zuwanderung und flankierende Massnahmen. Derweil schädigen die Negativzinsen die Sparer.



Nachteile für Sparer: Notenbankchef Jordan.

Geht es der Schweiz so schlecht? Die Maschinenindustrie berichtet von einem schwarzen Jahr 2015, Unternehmen wie Credit Suisse, Alstom, Zurich, Richemont, Bucher oder Schindler bauen in der Schweiz insgesamt Tausende von Arbeitsplätzen ab, kleinere Firmen tun in kleinerem Massstab Ähnliches, die Arbeitslosigkeit könnte noch bis ins Jahr 2017 hinein steigen. Firmenchefs und Branchenverbände führen die angespannte Lage grossenteils auf die «massive Überbewertung des Frankens» zurück. Gewerkschaften und Politiker der Linken werfen der Nationalbank-Führung um Präsident Thomas Jordan sogar direkt die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Zerstörung des Werkplatzes Schweiz vor, weil die Notenbank den Wert des Frankens zu wenig nach unten drücke.

Suche nach Rezepten

Auf der Suche nach Rezepten rufen alle durcheinander. Trotz steigender Arbeitslosigkeit fordern Wirtschaftsverbände die unbedingte Bewahrung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU. Um jeden Preis wollen sie die bilateralen Verträge und damit den «privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt» erhalten. Die Gewerkschaften ihrerseits wissen, dass sie fürs Mitmachen bei der Personenfreizügigkeit gross-

zügig entschädigt werden, indem die Politik ihnen immer neue flankierende Massnahmen in die Hand gibt, um Mindestlöhne durchzusetzen, sogenannte Dumping-Konkurrenz abzuwehren und die eigenen bürokratischen Befugnisse am Arbeitsmarkt auszuweiten. Die Regierung hört auf alle Interessengruppen: Die Personenfreizügigkeit soll den Firmen die günstige Rekrutierung im Ausland erleichtern, die flankierenden Massnahmen sollen den Gewerkschaften zuliebe die Löhne hoch halten.

Im ganzen Lärm geht unter, dass es der Schweiz gar nicht so schlecht geht. Man hört im lauten Gerede eben nicht viel von den Konsumenten, die mit ihren Franken heute mehr kaufen können als zuvor, von den Investoren, die beim Kauf ausländischer Aktien kräftiger sind als vor zwei Jahren. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Land reicher geworden ist und man für den gleichen Franken entsprechend mehr erhält, wirkt es seltsam, wenn im Alltag vor allem das Klagen über die starke Währung zu hören ist. Im Grunde ist das aber normal. Es ist die gut organisierte Produktionsseite der Volkswirtschaft, die in der Politik ihre Interessen zur Geltung bringt. Firmen, Arbeitgeber und Gewerkschaften kämpfen Seite an Seite.

Was zu denken gibt, ist das Verhalten der Nationalbank. Sie ergreift, ähnlich wie die von Interessengruppen gesteuerte Politik, mehr oder weniger Partei für den lauten Produktions- und Exportteil der Volkswirtschaft, gegen die leiseren Konsumenten und Sparer. Jordan hat zwar die Untergrenze für den Euro-Frankenkurs vor gut einem Jahr aufgehoben, will aber den Wechselkurs offenbar nicht wirklich den Marktkräften überlassen. Er und die zwei anderen Direktoriumsmitglieder Fritz Zurbrugg und Andréa Maechler betonen immer wieder, der Franken sei überbewertet und man behalte sich im Falle eines Falles Interventionen am Devisenmarkt vor, ohne zu zeigen, wie man Überbewertung feststellt. Zum Schwächen des Frankens sollen zudem die Negativzinsen auf Nationalbank-Depots dienen, um die Zinssätze unterhalb des europäischen Niveaus zu halten. Jordans Equipe fährt dieses Experiment ohne solide theoretische Grundlage, ohne speziellen Genehmigungsprozess und ohne darzulegen, wie die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und die Bankenwelt genau aussehen. Derweil zehren Monat für Monat die Negativzinsen an den Vermögen von Sparern und Pensionskassen.

Für 26 Bälle



Ángel Di María, teuerster Fussballer.

Weil Ángel Di María so fadendünn war, nannten sie ihn «El Fideo», wie die Fideles in der Suppe. Lionel Messi war noch winziger. Beide wuchsen in Rosario auf, der drittgrössten Stadt Argentiniens, und sie sind gleich alt, inzwischen 28. Messi wanderte mit vierzehn nach Barcelona aus, weil sie ihm dort eine Wachstumskur bezahlen konnten, während der kleine Di María seinem Vater half, Kohle an die Kunden zu verteilen, Briketts, nicht Pesos, und etwas von der Kohlenschwärze blieb an dieser Pechmarie hängen. Er schoss zwar im Achtelfinal der WM 2014 den Siegtreffer gegen die Schweiz, aber im Endspiel fehlte er verletzt, was vielleicht den Ausschlag gab für die Deutschen. Als kleiner Junge war er ein Zappelphilipp, der Arzt empfahl als Sport Karate, aber «Fideo» war nicht vom Ball zu trennen. Als er vom Quartierklub El Torito zu Rosario Central wechselte, wurden als Entgelt 26 neue Lederbälle vereinbart. Mit neunzehn kam der Dribbelvirtuose nach Europa, zu Benfica Lissabon, seither klappt er als begehrte Wanderniere Nobeladressen ab: Real Madrid, Manchester United, Paris St-Germain. Er hat allein an offiziellen Transfersummen 179 Millionen Euro bewegt, mehr als Ronaldo oder Ibrahimovic, vermutlich aber noch wesentlich mehr an den Steuerämtern vorbei. Die Enthüllungsplattform *Football Leaks* versetzt die Branche in Angst und Schrecken. Die Hacker sind an die Verträge der Superstars herangekommen und decken Tricksereien und erpresserische Knebelparagrafen auf. Messi und dem Brasilianer Neymar vom FC Barcelona drohen Gefängnisstrafen. Ángel Di María hätte laut den Giftpapieren bei seinem Abgang von Real Madrid nur unter einer Strafzahlung von 50 Millionen Euro zu einem anderen spanischen Klub wechseln dürfen. Er ging dann für 75 Millionen nach Manchester, wo seine Frau Jorgelina in Depressionen verfiel. Sie blieben nur ein Jahr. Die reichen Katarer in Paris erlösten das Paar im Juni 2015 mit 63 Millionen aus der Tristesse. Doch im Quartierverein El Torito warten sie noch immer auf die 26 neuen Bälle. Gehört «Fideo» also ihnen? Peter Hartmann

Böses Blut

Von Urs Gehriger — Trumps Gegner wittern Morgenluft. Ihre Szenarien bergen Sprengstoff.

Viel mehr Spannung geht nicht. Donald Trump verliert an Schwung. Der Texaner Ted Cruz liegt dem Tycoon im Nacken. Die Trump-Jäger setzen auf Geld, Rechenspiele und Hinterzimmer-Deals. Dutzende Millionen Dollar schießen sie in Negativwerbung gegen den Spitzenreiter ein. Ihr Ziel ist es, Trump das Mehr der Delegiertenstimmen zu verweigern. Die magische Zahl ist 1237. Wenn ein Kandidat so viele Delegierte für sich gewinnt, ist er faktisch gewählt.

Holt bis zum Parteikonvent im Juli in Cleveland kein Kandidat die 1237 Stimmen, kommt es dort zum Showdown. Dann wird die Nominierung ausgehandelt (*brokered*). Ab dem zweiten Wahlgang sind die Delegierten nicht mehr an ihr Mandat gebunden. Das heisst: Sie müssen nicht jenem Kandidaten ihre Stimme geben, in dessen Namen sie von ihren Gliedstaaten an den Konvent geschickt worden sind. Es schlägt die Stunde der Parteibosse und Lobbylöwen. In geheimem Schacher kann sogar ein Kandidat zum Gewinner aufsteigen, der weit zurückgelegen hat. Letztmals kam es 1948 zu einer *brokered convention*. Thomas Dewey gewann die Nomination, verlor aber das Präsidentenrennen gegen Harry Truman.

Sollte Trump als Favorit in den Parteikonvent einziehen und ihn als Verlierer verlassen, droht das Blut seiner Millionen Anhänger zu kochen. Ihr Zorn auf Establishment und Parteigranden ist bereits jetzt nahe am Siedepunkt. Trump könnte sich anschicken, als wilder Kandidat ins Rennen zu steigen. Seine Wahlchancen wären gering. Jene des offiziellen republikanischen Präsidentschaftskandidaten gleich null. Für Hillary Clinton hingegen wäre der rote Teppich ins Weisse Haus weit ausgerollt. In diesem Fall droht der republikanischen Partei ein Scherbenhaufen. Dem Land eine tiefe Spaltung.

Bald neue Spielregeln

Doch das Rennen kann auch anders laufen. Ab dem 15. März wechseln die Spielregeln. Bei den verbleibenden Vorwahlen wird nicht mehr nach Proporz gewählt, sondern nach dem Prinzip: *The winner takes it all (or most)*. Wer in Florida, Ohio, Kalifornien oder zwölf weiteren Staaten siegt, wie knapp auch immer, kassiert sämtliche oder die meisten Delegiertenstimmen. Wenn Trump weiter gewinnt, zieht er davon. Noch liegt er fast überall in den Umfragen vorne, doch sein Vorsprung schmilzt. Niemand, der ein Quäntchen Vernunft sein Eigen nennt, wagt eine Prognose. *It ain't over till the fat lady sings*.

Kobra-Effekt

Von Alex Reichmuth — Das Angebot der Türkei für einen Flüchtlingsaustausch mit der EU wirkt sympathisch, ist aber verheerend.

Donald Tusk und Angela Merkel sprachen von einem «Durchbruch», obwohl die Staatschefs der EU soeben einen Entscheid in der Flüchtlingskrise auf ihr nächstes Treffen vertagt hatten. Der EU-Ratspräsident und die deutsche Kanzlerin wollten damit die Bedeutung des Vorschlags hervorheben, den der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu eingebracht hatte. Die Türkei bot an, künftig alle illegal über die Ägäis nach Griechenland eingereisten Migranten zurückzunehmen, falls die EU ihr im Gegenzug gleich viele Flüchtlinge abnimmt. Applaus für diesen Vorschlag gab es auch in der Schweizer Presse. «Funktioniert der Deal, würden wohl bald nicht mehr viele die gefährliche Überfahrt über die Ägäis riskieren», lobte der *Tages-Anzeiger*. Das Prinzip bei Davutoglus Vorschlag sei «verblüffend einfach und gerade deshalb vielversprechend», attestierte die *Neue Zürcher Zeitung*.

Es scheint, dass da einiges nicht zu Ende gedacht wurde. Zwar ist es positiv, wenn die Türkei gewillt scheint, die Rückführung illegaler Migranten zu akzeptieren. Auch gegen die Übernahme von Kontingenten aus türkischen Flüchtlingslagern soll nichts gesagt sein. Aber die Verkopplung von beidem ist verheerend. Wird das Prinzip umgesetzt, kann die Türkei umso mehr Flüchtlinge an die EU abtreten, je mehr Menschen zuvor nach Griechenland

übersetzen und wieder zurückgenommen werden. Verhindert die Türkei jedoch illegale Bootsüberfahrten konsequent, kann sie keine einzige Person an Europa weiterreichen. Hier ist ein Kobra-Effekt zu erwarten: Um einer Schlangenseuche Herr zu werden, setzte der britische Gouverneur in Indien einst ein Kopfgeld auf jede Kobra aus. Also züchtete die Bevölkerung bald in Massen Kobras, schlug ihnen die Köpfe ab und kassierte üppig. Analog dürfte die Türkei Wege finden, Migranten in genügender Zahl über die Ägäis zu treiben, damit ihre Rechnung am Ende aufgeht.

Weitere Zugeständnisse an die Türkei

Doch die EU-Funktionäre und die deutsche Kanzlerin scheinen so verzweifelt, dass sie den vergifteten Köder der türkischen Führung schlucken wollen. Um den Schein einer Lösung zu wahren, sind sie gar zu weiteren Zugeständnissen an die Türkei bereit: die Aufhebung der Visapflicht für Reisen nach Europa, die Forcierung der EU-Beitrittsgespräche, dazu Zahlungen in Milliardenhöhe. Dabei ist absehbar, wie es endet, falls die EU-Regierungschefs Davutoglus «Befreiungsschlag» (*Tages-Anzeiger*) akzeptieren. Die europäischen Staaten vermöchten sich wie schon bisher nicht auf eine Verteilung der Flüchtling zu einigen. Die Türkei nähme das zum Vorwand, um sich vor allen Verpflichtungen zu drücken. Ihr Katz-und-Maus-Spiel mit Europa würde sie fortsetzen. Von «Durchbruch» keine Spur.

In der Flüchtlingsdebatte ist vielmehr ein Erwachen aus einer Traumwelt nötig – vor allem in Deutschland: Das Beschwören von Solidarität und gemeinsamen Werten in der EU ist leeres Gerede. Geht es in dieser Migrationskrise um wirkliche Interessen, ist nur das Handeln von Nationalstaaten entscheidend. Auch künftige Bürokratenkonzepte werden darum auf Grund laufen.

Vor kurzem hat Mazedonien mit Unterstützung von Staaten wie Österreich für eine weitgehende Abriegelung der Balkanroute und damit für die erste Veränderung in der verfahrenen Situation seit Monaten gesorgt. Auch wenn noch offen ist, ob die Barrikade hält: Das Nicht-EU-Land erledigt damit den «Drecksjob», den Merkel nicht machen wollte. Als Nächstes sind wohl die Griechen gezwungen, den illegalen Zustrom in ihr Land zu stoppen. Mit Hilfe, die über Geldzahlungen hinausgeht, sollten sie dabei eher nicht rechnen – weder aus der EU noch aus der Türkei.



Applaus: Premier Davutoglu, Kanzlerin Merkel.

Fluch der Halbstaatlichkeit

Von Florian Schwab — Die Verluste bei den staatlich dominierten Energiefirmen steigen massiv. Jetzt geht die Alpiq in die Offensive und will ihre Kernkraftwerke dem Bund übertragen.



Zickzackfahrt: AKW Gösgen.

Ernstfall bei der Alpiq. Das Jahresergebnis, das CEO Jasmin Staiblin am Montag zu präsentieren hatte, war mit einem Verlust von mehr als 800 Millionen Franken schon unerfreulich genug. Zu allem Überfluss enthüllte die *Basler Zeitung* gleichentags, dass zwischen einer PR-Firma und der Alpiq-Spitze ein brisantes Strategiepapier zirkuliert: Darin ist von einem drohenden Konkurs die Rede, der abgewendet werden soll, indem der Bund die defizitären Kernkraftwerke übernimmt.

Aus Sicht der Alpiq-Führung ist die Strategie verständlich. Der Konzern hat sich in den letzten fünf bis sechs Jahren so hoffnungslos veranlagt, dass eine privatwirtschaftliche Gesundung zusehends unwahrscheinlicher wird. Die umfangreiche Subventionierung der alternativen Energien vor allem in Deutschland hat den Strompreis auf ein Niveau gedrückt, auf dem bisherige Kernkraft- und auch Wasserkraftwerke unrentabel sind.

Doch Experten warnen seit Jahren vor genau dem. Trotzdem haben gerade Firmen wie die Alpiq in einer politischen Zickzackfahrt bei jeder Subvention, die im Rahmen der Energiewende auf die Agenda kam, begeistert zugehört und damit das Monster gefüttert, das sie nun zu verschlingen droht. Als habe es dafür noch eines Beweises bedurft, liess sich die Alpiq am schwarzen Montag dieser Woche von

der «Tagesschau» noch für ein Modellprojekt bei den erneuerbaren Energien feiern.

Die Begeisterung für staatliche Lösungen erwächst teilweise aus der Eigentümerstruktur. Zu dieser gehört die Electricité de France genauso wie ein Geflecht von Gemeinden und Kantonen. Der Solothurner FDP-Nationalrat und ehemalige Finanzdirektor Christian Wanner vertritt den Kanton seit zwanzig Jahren im Verwaltungsrat der Alpiq (respektive deren Vorgängerin Atel); er war damals durch pflichtwidriges vorläufiges Einbehalten des Verwaltungsrats-honorars in die Kritik geraten.

Die handelnden Personen sind in politische Loyalitätsnetze eingebunden. Der Widerstand gegen die Energiepolitik von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) fiel dementsprechend leise aus. Trotz politischer Prägung ist die Firma privatwirtschaftlich geführt – wovon die Löhne der Führungsspitze zeugen. Doch wer unternehmerisch handeln will, sollte bei falscher Lageeinschätzung die Folgen tragen müssen. Und wer als staatlicher Investor die Unternehmensform der scheinprivaten Aktiengesellschaft wählt, der sollte nicht erwarten, dass er bei Bedarf seine finanziellen Lasten der obersten staatlichen Ebene überwälzen kann. Das gilt es auch beim neuen Joint Venture zwischen SRG, Swisscom und Ringier zu bedenken.

In ihrer PR-Kampagne wollte die Alpiq eine Art *too big to fail*-Kaskade in die Wege leiten: Weil die Firma systemrelevant ist, darf sie nicht untergehen. Das ist falsch. Man kann der Meinung sein, dass die Kernkraft in der Schweiz systemrelevant ist. Doch ein Konkurs der Alpiq würde nicht bedeuten, dass die Kernkraftwerke abgeschaltet würden. Im Gegenteil: Nach wie vor sind die variablen Produktionskosten mit drei Rappen pro Kilowattstunde konkurrenzlos günstig. Die aktuelle Unwirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke liegt an den drückenden Kapitalkosten, welche die ursprünglichen Investitionen reflektieren.

Gemäss Branchenkennern wären die Kernkraftwerke nach einem Abschreiber von fünfzig Prozent wieder profitabel. Die Rendite läge danach bei zirka drei Prozent, was in Zeiten des Nullzinses für manch einen Grossinvestor verlockend ist. Gefragt wären also, sofern sich die Alpiq nicht aus eigener Kraft sanieren kann, ein Konkurs oder eine Wertberichtigung des Unternehmens und eine echte privatwirtschaftliche Lösung. Eine solche würde zwar den Eigentümern und Managern weh tun. Aber sie brauchte das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen.

«Wohl des Kindes»

Von Philipp Gut — Der Ständerat will Homosexuellen erlauben, die Kinder ihrer Partner zu adoptieren.

Die Kleine Kammer weitet das Adoptionsrecht aus. Künftig soll es in allen Partnerschaften möglich sein, Stiefkinder zu adoptieren – «unabhängig vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung», wie die Parlamentsberichterstatlerin der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) formuliert. Im Klartext: Auch Homosexuelle sollen die Kinder ihres Partners adoptieren können, egal, ob sie in einer eingetragenen Partnerschaft leben oder nicht.

Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) betonte in der Debatte, es gehe vor allem um das «Wohl des Kindes». Das ist ein Begriff, der für alle möglichen Ideen reklamiert wird und der einem gewissen Missbrauchspotenzial unterliegt. Wer sagt schon, er handle gegen das Wohl des Kindes? Auch Claude Janiak (SP, BL) meinte, nicht die sexuelle Präferenz der Eltern entscheide über das Wohlergehen der Kinder. Dennoch will der Ständerat die Adoption nicht gänzlich freigeben. Entgegen seinem früheren Vorstoss soll es homosexuellen Paaren untersagt bleiben, fremde Kinder zu adoptieren.

Diese Inkonsequenz ist interessant – sie verweist auf ein verbreitetes Unbehagen in der Gesellschaft. Offenbar bestehen auch in Bern Zweifel daran, wer im rechtlichen Sinn als Eltern gelten darf. Misstrauen die Parlamentarier also der eigenen These, es spiele keine Rolle, ob ein Kind mit Mutter und Vater aufwächst? Oder mit Mutter und Mutter? Oder mit Vater und Vater? Diese Grundsatzfrage steht auch hinter der Diskussion um das Adoptionsrecht. Dass Kinder in homosexuellen Partnerschaften aufwachsen, ist eine Tatsache. Mehr als ein Drittel aller lesbischen und schwulen Menschen pflanzt sich fort – wie natürlich auch immer. 80 Prozent davon sind Frauen. Der Kinderwunsch oder dessen Realisierbarkeit ist bei Schwulen offensichtlich weniger stark ausgeprägt.

Allerdings gibt es weltweit einen Trend, dass männliche homosexuelle Paare Kinder durch Leihmütter austragen lassen. Das ist zwar in der Schweiz (noch) verboten. Aber die Ratslinie liess bereits durchblicken, der Gesetzgebungsprozess sei nicht abgeschlossen. Es ist also durchaus möglich, dass homosexuelle Männer künftig auf diesem künstlichen Weg zu einem Kind kommen und dieses dann von ihrem Partner adoptieren lassen möchten. Das ist nur ein Beispiel, anhand dessen sich die Frage erneut stellen könnte, um die sich der Ständerat drückt: Kinder für alle? Oder doch nur für Mann und Frau?

Kult des Dilettantismus

Von Rico Bandle — Die vor hundert Jahren in Zürich begründete Dada-Bewegung befreite die Kunst vom Können. Ist das ein Grund zum Feiern?

Alle paar Monate sorgt eine so oder ähnlich klingende Schlagzeile für Heiterkeit: «Putzfrau entsorgt versehentlich Kunstwerk». Zuletzt unterlief ein solches Missgeschick einer Reinigungskraft in Mannheim, sie hielt eine Skulptur zur Flüchtlingskrise für Abfall. Auch Werke namhafter Künstler waren schon von Putzaktionen betroffen, zum Beispiel Skulpturen von Joseph Beuys und Martin Kippenberger – mit äusserst kostspieligen Folgen. Niemand kann den eifrigen Raumpflegerinnen ein solches Malheur übelnehmen: Oft ist zeitgenössische Kunst tatsächlich nicht von Abfall zu unterscheiden. Und das ist zu einem wesentlichen Teil eine Hinterlassenschaft der Dada-Bewegung, die vor hundert Jahren im Zürcher Niederdorf ihren Anfang nahm.

5. Februar 1916, ein kalter Wintertag, die Schweiz ist eine Insel des Friedens mitten in dem von einem blutigen Krieg heimgesuchten Kontinent. Ein frischer Schneemantel bedeckt die Stadt Zürich, in der Spiegelgasse 14 brütet ein Russe Namens Wladimir Iljitsch Lenin an der russischen Revolution, wenige Meter davon entfernt finden sich einige Exilkünstler um Hugo Ball und Emmy Hennings zu ihrer ersten dadaistischen Soiree ein. Die «Künstlerkneipe Voltaire» ist voll belegt, die vor Gewalt und Hunger geflohenen Darsteller geben sich einer Orgie der «Anti-Kunst» hin, tragen humoristische Verse vor und zeigen eigenartige Tänze. Die Künstler sehen ihre schrille Darbietung als Protest gegen den Wahnsinn der Welt, gegen das Bürgertum, gegen die etablierte Kunst, eigentlich gegen alles: «Wir pfeifen auf die Realität, wenn sie sich aufführt wie unsere Gegenwart.»

Das Wort «Dada» taucht erst einige Monate später auf. Am 14. Juli 1916 im Zunfthaus zur Waag verkündet Hugo Ball: «Dada ist eine neue Kunstrichtung. Das kann man daran erkennen, dass bisher niemand etwas davon wusste und morgen ganz Zürich davon reden wird.» Seine Worte waren voller Selbstironie: «Wie erlangt man die ewige Seligkeit? Indem man Dada sagt. Wie wird man berühmt? Indem man Dada sagt. Mit edlem Gestus und feinem Anstand. Bis zum Irrsinn, bis zur Bewusstlosigkeit.»

Wie dieser «Irrsinn» auf der Bühne aussah, geht aus einer Beschreibung von Dada-Mitbegründer Hans Arp hervor: «Wir vollführen einen Höllenlärm, das Publikum um uns schreit, lacht und schlägt die Hände über dem Kopf zusammen. [...] [Tristan] Tzara lässt sein

Hinterteil hüpfen wie den Bauch einer orientalischen Tänzerin, [Marcel] Janco spielt auf einer unsichtbaren Geige und verneigt sich bis zur Erde. [Richard] Huelsenbeck schlägt unaufhörlich die Kesselpauke, während [Hugo] Ball kreideweiss wie ein gediegenes Gespenst ihn am Klavier begleitet.»

Bloss ein halbes Jahr lang existierte das «Cabaret Voltaire» an der Spiegelgasse 1. Ein kurzer Zeitraum mit grosser Wirkung. Der Dadaismus verbreitete sich durch zurückreisende Exilanten rund um den Globus: nach Paris, Berlin, New York und Japan. Es entstand eine internationale Bewegung, die bis heute glorifiziert wird. Das Pariser Centre Pompidou erwähnt in seiner Dauerausstellung die Geburt des Dadaismus in Zürich als Meilenstein der modernen Kunst. Zahlreiche Experten sprechen gar von der einflussreichsten Kunstbewegung des 20. Jahrhunderts. Und so erstaunt es auch nicht, dass Zürich das Dada-Jubiläum nun mit viel Pomp feiert. Doch was da genau gefeiert wird, ist wohl den wenigsten Leuten bewusst.

Vom Notstand zur Mode

Die Pioniere der Dada-Bewegung haben ihre Verzweiflung über den Zustand der Welt mit kreativem Nonsens zum Ausdruck gebracht: humorvoll, radikal, voller Energie. Der legendäre Kabarettist César Keiser (1925–2007) nennt in seinen Büchern zur Geschichte des Schweizer Humors das «Cabaret Voltaire» als Geburtsstätte der modernen Bühnenkomik des Landes. Die meisten Künstler und vor allem die Kunsthistoriker sehen im Dadaismus viel mehr: Für sie bedeutet er den Start einer ästhetischen und gesellschaftlichen Revolution. Sie liegen damit richtig. Leider.

Im Zuge der Dada-Bewegung machte Hugo Ball mit sonderbaren Lautgedichten Furore, Mary Wigman etablierte den freien Ausdruckstanz als Gegenbewegung zum strengen klassischen Ballett, Marcel Duchamp stellte Alltagsgegenstände ins Museum und erklärte sie zur Kunst. Was zu jenem Zeitpunkt noch ein subversiver Akt war, eine Befreiung von festgefahrenen Erwartungen an die Kunst, erwies sich als Segen für sämtliche talentfreien Künstler der Welt, die den Dadaismus dankbar in Beschlag nahmen: Plötzlich konnte man Dichter sein, ohne schreiben zu können, konnte man Tänzer sein, ohne tanzen zu können, konnte man Maler sein, ohne malen zu können. An einer



«Alles ist Kunst»: «Fountain» von Marcel

Pariser Dada-Veranstaltung schrie der Dichter Louis Aragon jene Worte in den Saal, die zum Motto der Bewegung, ja der gesamten Kunst werden sollte: «Keine Maler mehr, keine Literaten mehr, keine Musiker mehr [...] NICHTS, NICHTS, NICHTS.» Was aus einer seelischen Notlage heraus entstanden ist, wurde zum Normalzustand erhoben.

Ein Pissoir als Weltkunst

Das bekannteste Werk des Dadaismus ist Marcel Duchamps «Fountain» (1917), ein simples Pissoir, in einem New Yorker Sanitärgeschäft gekauft, das der damals bereits bekannte Künstler mit dem Pseudonym «R. Mutt» signierte. Die Schüssel, auch ««Mona Lisa» des Dadaismus» genannt, bildet das Herzstück der eher bescheidenen Dada-Ausstellung, die zurzeit im Landesmuseum Zürich zu sehen ist. Wobei es sich – und hier liegt die Ironie der Geschichte – beim gezeig-



Duchamp, 1917.

ten «Fountain» bloss um eine Kopie handelt. Das Original verschwand kurz nach der Entstehung, wahrscheinlich wurde es einfach weggeschmissen.

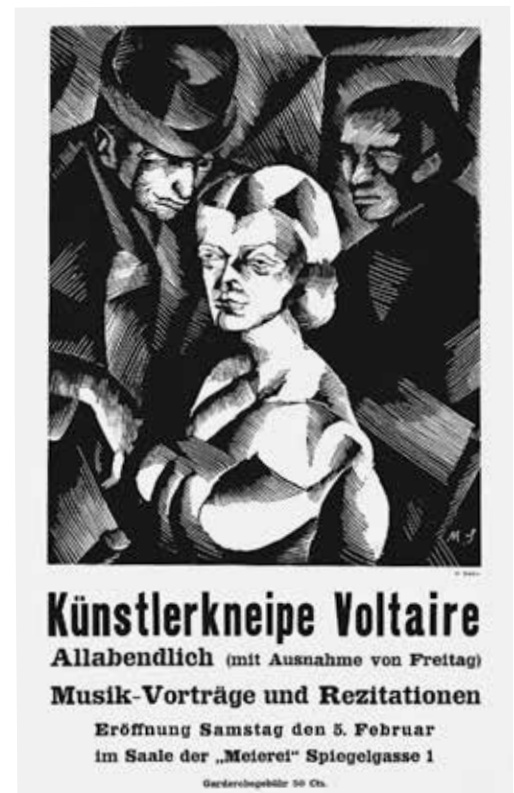
Duchamp wollte mit dem Pissoir anonym testen, ob er damit an einer New Yorker Ausstellung durchkäme, wo jeder Künstler gegen die Bezahlung eines Geldbetrags ein Werk ausstellen konnte. Würde ein Pissoir als Kunst akzeptiert? Wurde es nicht, «Fountain» erhielt keine Zulassung. Erst nach der Ausstellung gab sich Duchamp als Urheber zu erkennen und löste eine grosse Debatte darüber aus, was Kunst eigentlich sei. Vom Original existiert nur noch ein einziges Foto. Niemand konnte ahnen, dass das Utensil dereinst als eines der bedeutendsten Kunstwerke des 20. Jahrhunderts gelten würde, das Landesmuseum bezeichnet es gar als das bedeutendste.

Seit Duchamps «Fountain» gilt jedenfalls: «Alles ist Kunst.» Joseph Beuys erweiterte

diese Losung in seinem berühmten Vortrag von 1985 zur Aussage: «Jeder Mensch ist ein Künstler.» Alles ist möglich, jeder kann mitmachen, nichts ist gut, nichts ist schlecht, die totale Relativierung.

Dada-Gründer distanzierte sich

Dass Kunst nicht mehr auf Können beruht, merken alle, die eine Messe für zeitgenössische Kunst besuchen, sich in der Off-Szene ein Tanzstück anschauen oder schlicht den Fernseher einschalten. Zwar gab und gibt es immer auch Gegenströmungen, in denen Talent, Fleiss und Präzision hervorgehoben werden – man denke zum Beispiel an die monumentalen Gemälde des Fotorealisten Franz Gertsch –, doch der Trash hat sich als anerkanntes Genre durchgesetzt. Die Kunst der Hässlichkeit, der Dilettantismus sind längst keine Provokation mehr, geschweige denn ein Akt der Verzweiflung, sondern Main-



Orgie der «Anti-Kunst»: Plakat, 1916.



«Merda d'artista»: von Piero Manzoni, 1961.

stream. Selbst Fäkalien sind gefragte Kunst, die Konservendosen des Künstlers Piero Manzoni, gefüllt mit seinen Exkrementen («Merda d'artista», 1961), werden heute für sechsstelligen Dollarbeträge gehandelt.

Dada-Vordenker Hugo Ball hatte sich bereits 1917 vom Dadaismus distanziert, kurz nach der Schliessung des «Cabaret Voltaire»: Als sich die Idee zur Mode entwickelte, war sie ihm peinlich geworden, er wollte nichts mehr mit ihr zu tun haben. Auch der grosse deutsche Surrealist Max Ernst sagte sich nach anfänglicher Begeisterung von der Bewegung los. «Es ist ein Vorzug von Dada, jung gestorben zu sein», sagte er später. Die Bewegung mag jung gestorben sein, ihr Geist ist aber nicht mehr totzukriegen.

Dada Universal: Landesmuseum Zürich, bis 28. März
 Sämtliche Jubiläumsveranstaltungen:
www.dada100zuerich2016.ch



«Ich appelliere an Ihr Gehirn!»: Harnoncourt.

Nikolaus Harnoncourt (1929–2016) — Überall, nur dort nicht. Da wollte er nie sein, gleichsam für die Ewigkeit eingefroren auf einem Piedestal. Kaum war Johann Nicolaus Graf de la Fontaine und d’Harnoncourt-Unverzagt gestorben, wurde er unverzüglich in die Ruhmeshalle der Menschheit überführt. Die Nekrologe adelten ihn zum «besten», zum «wichtigsten» Dirigenten der Moderne, und die Verdienste des Unverzichtbaren, so die Laudatoren, überstrahlten die musikalischen Grosstaten berühmter Kollegen lässig ums Vielfache. Nichts lag ihm ferner als Elogen: Lobte man ihn als «Begründer der historisch informierten Aufführungspraxis», grantelte er zurück, er sei lediglich «neugierig». Seine Interpretationen veränderten sich bisweilen radikal, das Musizieren war ihm ein nie endender Prozess, weil er dem «Endergebnis» zutiefst misstraute. Am Zürcher Opernhaus kreierte er legendäre Aufführungsserien von Monteverdi und Mozart und wagte sich erstmals erfolgreich an Komponisten wie Verdi und Johann Strauss. Streitbar war er immer – bis zum Skandal: Im *Spiegel* wischte er Schönbergs Musik als «abartig» vom Tisch, und die Opern Glucks fand er «furchtbar». Orchestern wie den Wiener Philharmonikern trat er auch schon mal mit einem «Ich appelliere an Ihr Gehirn!» gegenüber, und so überprüfte er mit nie ermüdender Leidenschaft die Musik: auf die Möglichkeiten ihrer «Klangrede». Takt für Takt fragte er sich: Was will uns die Partitur mitteilen? Nikolaus Harnoncourt starb am 5. März im österreichischen St. Georgen. *Thomas Würdehoff*



Ihr Lebenszweck war ihr Mann: Nancy Reagan.

Nancy Reagan (1921–2016) — Sie liebten einander, sie bewunderten einander, sie ritzen miteinander, schauten Fernsehen miteinander, sie waren unzertrennlich – Ronnie und Nancy. Ohne Nancy, die Schauspielerin, wäre Ronald Reagan, der gute, nicht besonders erfolgreiche Schauspieler, nie Präsident geworden und in seiner zweiten Amtszeit wahrscheinlich gescheitert. Sie war es, die wusste, wen ihr Mann in seinen engsten Beraterkreis aufnehmen und, vor allem, wen er entlassen sollte. Alle in der Umgebung zuerst des Gouverneurs und dann des Präsidenten wussten, wer die Personalpolitik machte, und zitterten vor ihr. Anders als andere First Ladies scheute sie das Rampenlicht. Einzig im Kampf gegen Drogen engagierte sie sich. Ihr Lebenszweck war ihr Mann. Als der Alzheimer Reagan das Gedächtnis stahl, schirmte sie ihn rührend ab. Zwei Erinnerungen an die First Lady: im Flugzeug auf Wahlkampf 1980, als sie aus dem Erstklassabteil zum Journalistenvolk kam und eine Orange den Gang hinunterrollen liess – offenbar ein Ritual. Bei wem diese stehenblieb, der kriegte ein Geschenklein. Am Ball zur Inauguration des neuen Präsidenten sang Frank Sinatra, ein alter Showbusiness-Kumpan des Paares, sein Lied «Nancy with the Laughing Face» mit dem Text «Nancy with the Reagan Eyes». Einen Moment lang schaute Nancy «Old Blue Eyes» mit dem bewundernden Blick an, der sonst für Ronnie reserviert war. Dann nahm der Präsident sie in den Arm, und sie walzten so elegant durch den Saal, als seien sie Fred und Ginger. *Hanspeter Born*

Personenkontrolle

Müller, Blocher, Frei, Pflugshaupt, Heiniger, Kleiner, Grassegger, Sommaruga, Arslan, Büchel, Reimann, Steinmann, Manz, Buffat, Page

Philipp Müller, abtretender FDP-Präsident, Ständerat und Spezialist für politische Pirouetten, forderte vor einigen Tagen SVP-Vizepräsident und alt Bundesrat **Christoph Blocher** auf, eine Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit zu lancieren. Für das Ansinnen hat Blocher nur Spott übrig. Wenn Müller das wolle, dann könne er ja eine solche Initiative selbst einreichen. Aber die FDP habe – wie sich bei der letzten Initiative gezeigt hat – nicht genügend Kraft. Gemeint ist die Bürokratie-Initiative der FDP, die 2012 scheiterte. Müller und seine Mannschaft brachten die notwendigen 100 000 Unterschriften nicht zusammen. (*hmo*)

Die Missstände im See-Spital Horgen, die durch die *Weltwoche* publik wurden, geben zu reden. In einem parlamentarischen Vorstoss im Kantonsrat verlangen die SVP-Vertreterinnen **Ruth Frei** und **Elisabeth Pflugshaupt** Auskunft zum Umgang der kantonalen Gesundheitsdirektion mit den Fällen fehlender Dokumentation, Fehlbehandlung und Falschabrechnung durch den ehemaligen Leiter der Schmerzklinik. Zudem verlangen die Politikerinnen Aufklärung darüber, warum die Gesundheitsdirektion unter **Thomas Heiniger** (FDP) die Identität von Informanten preisgegeben hat (*Weltwoche* Nr. 6/16). «Werden Whistleblower durch die Gesundheitsdirektion geschützt, und wenn nein, warum nicht?», heisst es im Vorstoss. Wir sind gespannt auf die Antwort. (*are*)

Das Fachblatt für Lifestylemoden, das *Magazin*, wollte auch noch bei der Heiligsprechung der jungen Studentin **Flavia Kleiner** mittun, der Siegerin im Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative. «Ich war dabei, als Operation Libero sich in den Politbetrieb hackte», rühmte sich Reporter **Hannes Grassegger** auf Twitter. Dabei war es so: «Am 22. Dezember 2015 tritt Flavia Kleiner erstmals in der breiten Öffentlichkeit auf. Justizministerin Sommaruga läutet mit einer Medienkonferenz offiziell die Gegenkampagne ein, welcher sich der Bundesrat anschliesst. Flavia Kleiner spricht als Leiterin des NGO-Komitees. Vom selben Tag an erscheinen ihre Argumente in fast allen führenden Medien des Landes.» Wer wirklich dabei war, der weiss: **Simonetta Sommaruga** (SP) legte – wie immer in Medienkonferenzen des Bundesrates – die Meinung des Kollegiums dar. Und

Flavia Kleiner trat am 22. Dezember nicht auf. (särr)

Das Gespenst der «Zivilgesellschaft» ist auch im Berner Ratsbetrieb angekommen. In ihrem Votum zum «ausserwirtschaftspolitischen Bericht» des Bundesrates führte sich die Basler Neo-Nationalrätin **Sibel Arslan** ein mit den Worten: «Ich rede hier als Mitglied der grünen Fraktion und der Zivilgesellschaft.» **Roland Rino Büchel** (SVP) ersuchte darauf seine Ratskollegin um eine genauere Definition der allseits beanspruchten «Zivilgesellschaft». Arslan lieferte eine pfefferscharfe Umsetzung. Hier im Wortlaut: «Ich habe einerseits auf die Konzern ... ähm, ähm also auf die Initiativen, die ähm im Moment am Laufen sind, ähm hingewiesen. Einerseits auf die Spekulationsinitiative. Das sind ja sehr viele auch Zivilgesellschaften, die äh das auch äh unterstützt haben, aber auch ähm diese Initiative von der ähm äh ähm Konzern ähm, jetzt kommt mir gerade das Wort nicht in den Sinn, Entwicklung, und ich denke das sind auch sehr viele inter- äh Zivilgesellschaften, die dafür sich einsetzen, dass Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen, die in diesen Ländern, Entwicklungs- und Schwellenländern ähm äähäh schwierige Situationen erleben, das können Grundrechtorganisationen sein, das können sehr, sehr viele äh Zivilgesellschaften sein. Insofern bin ich auch ein Teil der Zivilgesellschaft in diesem Land, auch als Mitglied ... insofern ... ist das so.» Damit wäre die Zivilgesellschaft ja eindeutig identifiziert. (kep)

Weshalb erhält Nationalrat **Maximilian Reimann** (SVP) immer noch das «Propaganda-Magazin» des Bundesamtes für Energie, obwohl der Nationalrat auf seine Motion hin der Bundesverwaltung die automatische Zustellung ihrer Erzeugnisse verboten hat? Die Antwort gab der Bundesrat nach der Fragestunde



«Ich war dabei»: Flavia Kleiner.

schriftlich (!): Das Magazin *Energieia* wird nicht allen Parlamentariern verteilt. Reimann hätte die Publikation also ausdrücklich abbestellen müssen. Doch dabei liess es Amtsdirektor **Walter Steinmann** nicht bewenden. Auf dem Amtsblog *Energieiaplus.com* schwelgte er in Erinnerungen an die Zeiten mit dem «lieben Sherpa» im Kantonsschülerturnverein Aarau und plauderte sogar Amtsgeheimnisse aus seiner Zeit als Wirtschaftsförderer im Kanton Baselland aus: Sein damaliger Chef, Regierungsrat **Paul Manz** (SVP), habe gemeint, Maximilian Reimann würde als Schwiegersohn eines Fabrikanten eigentlich keine staatliche Förderung für ein Solarprojekt brauchen. Er, Steinmann, habe sich aber dafür eingesetzt. Ob der Bundesamtsdirektor



Pfefferscharfe Umsetzung: Sibel Arslan.



«Lieber Sherpa»: Walter Steinmann.

nach seinem baldigen Abgang aus Bern ebenso freimütig aus dem Nähkästchen des Departements Leuthard plaudern wird? (särr)

Die «Weisswein-Fraktion», durch Rücktritte einiger Vertreter am Ende der letzten Legislatur leicht dezimiert, hat trinkfesten Zuwachs. Die neuen SVP-Nationalräte **Michaël Buffat** (VD), Banker, und **Pierre-André Page** (FR), Landwirt, sind keine Kostverächter: Das Duo stemmte am zweiten Tag der Frühlingssession, morgens um halb elf Uhr, in der Cafeteria des Bundeshauses unbeeindruckt von der *Weltwoche*-Recherche über «Politik und Promille» Weissweingläser. Der Alkoholkonsum unter der Kuppel bleibt ein Dauerthema in diesen Spalten. (hmo)

Unter die Lupe genommen:

Ihr Spezialist für die Digitalisierung in KMU.



Mike Glättli
Mitarbeiter
Kundendienst

Ob Selbstständige, Klein- oder Grossunternehmen – bei upc cablecom business hat jeder seine persönliche Ansprechperson.

Egal ob Sie Fragen zu Ihrem Vertragsstatus, einer Implementierung oder Abrechnung haben – wir liefern die Antworten.

Rufen Sie an und erfahren Sie mehr.

Mike Glättli | Tel. 044 578 78 78 | upc-cablecom.biz
Corporate Network · Internet · Phone · TV



upc cablecom
business



Rund 160 Millionen Franken aus der Schweiz in die eigene Kasse: Blaise Compaoré, bis 2014 Diktator von Burkina Faso.

Entwicklungshilfe

Direktzahlungen an Diktatoren

Von Markus Schär — Seit über zwanzig Jahren überweist das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) Millionenbeträge direkt in die Staatskassen von Gewaltherrschern. Ein Schwerpunkt liegt auf Burkina Faso, das die Gelder auch für monarchischen Prunk ausgab.

«Tief betroffen» zeigte sich Aussenminister Didier Burkhalter, als er am Montag in Ouagadougou den Ort des Attentats besuchte. Am 15. Januar hatten Terroristen in der Hauptstadt Burkina Fasos das bei Westlern beliebte Café «Cappuccino» gestürmt und 29 Menschen getötet, darunter die beiden bekannten Walliser SP-Politiker Jean-Noël Rey, 66, und Georgie Lamon, 81, die sich vor Ort um ein Schulprojekt kümmerten. Die Schweiz führe ihre Hilfe für Burkina Faso weiter, sicherte Bundesrat Burkhalter dem Präsidenten Roch

Marc Christian Kaboré zu, der kürzlich bei freien Wahlen ins Amt kam – «Auftakt einer friedlichen Transition im Land», wie sich das Aussendepartement freut.

Blutspur im «Land der Aufrichtigen»

In der 55-jährigen Geschichte des westafrikanischen Staates herrschte meist Gewalt. 1983 putschte sich der junge marxistische Hauptmann Thomas Sankara an die Macht. 1987 kam der Militärregent bei einem weiteren Staatsstreich zu Tode, wohl umgebracht von den Leu-

ten seines Offizierskollegen Blaise Compaoré. 2014 stürzte eine Volksbewegung den Diktator, der für rund 300 Tötungen zumindest die Verantwortung trägt. Aber noch im September 2015 schlug seine Präsidentengarde zurück, diesmal ohne Erfolg.

Die Gewaltherrscher, die eine Blutspur durch das «Land der Aufrichtigen» (so die Bedeutung des Namens) zogen, konnten immer auf die Hilfe der Schweiz zählen: Schon seit 1974 setzt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) auf Burkina Faso als



führt sie das Seco im Voranschlag auf, unter den 224 Millionen für wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Posten stand 2007 noch bei 130 Millionen; nach 2012 sprang er bis auf 244 Millionen im letzten Jahr hoch. Und weil es mehr Geld zu verteilen gibt, explodierte der Personalaufwand: Bis 2012 beschränkte er sich auf 1,5 Millionen, jetzt verschlingt er 13,5 Millionen Franken.

Die Experten sehen die Gelder für Gewaltherrscher als Eintrittspreis: Die Helfer müssen zahlen, damit sie helfen dürfen. Die Schweiz kaufte sich in den letzten zehn Jahren so mit insgesamt 396 Millionen Franken ein. Der grösste Teil davon floss in das vergleichsweise

Vor allem bei Gewaltherrschern müssen die Helfer erst zahlen, damit sie helfen dürfen.

stabile Ghana (102 Millionen). Auf Burkina Faso (93 Millionen) folgen aber Staaten, in denen sozialistische Einheitsparteien jede Opposition ersticken: Mozambique (87 Millionen), Nicaragua (44 Millionen) und Tanzania (28 Millionen). Nicht auf der Liste des Seco steht das Schwerpunktland Mali, wo Wikipedia «die Veruntreuung von Geldern aus der Entwicklungshilfe» als grosses Problem sieht. Neben den Budgethilfen gab es aber für 663 Millionen auch Entschuldungsmassnahmen mit derselben Wirkung, so auch für Côte d'Ivoire, dessen Ex-Präsident Laurent Gbago sich wegen seiner Verbrechen in Den Haag verantworten muss.

Freigebig ausgeschüttetes Manna

In seinem Buch «Wir retten die Welt zu Tode» stellt der amerikanische Ökonom William Easterly fest, dass Entwicklungsgelder von mehr als acht Prozent des Bruttoinlandprodukts sich kontraproduktiv auswirkten. Tanzania, «Darling der Geber», wie die NZZ das Land nennt, «erhielt jahrelang Budgethilfe – auch von der Schweiz –, die die 8-Prozent-Grenze bei weitem überstieg». 2004, als aus der Schweiz insgesamt 32 Millionen Franken nach Tanzania flossen, kaufte der damalige Präsident Benjamin William Mkapa für 50 Millionen einen neuen Präsidentenjet. Die Schweizer liessen es bei leiser Kritik bewenden: Sie können nicht beeinflussen, geschweige denn überprüfen, was die Diktatoren mit den Direktzahlungen machen.

Die Budgethilfen dürften in Zukunft zurückgehen, zugunsten von Fonds wie dem Green Climate Fund, der mit seinen Milliarden (darunter 100 Millionen Dollar aus der Schweiz für die Jahre 2015 bis 2017) die Welt vor dem Klimawandel retten will. Dieses freigebig ausgeschüttete Manna fordert als Erster der 92-jährige Robert Mugabe, seit 1980 Diktator in Simbabwe. Sein Volk hungert – natürlich wegen des Klimawandels, nicht wegen seiner Misswirtschaft. ○

Bundeshaus

«Arena»-Prinzip

Von Christoph Mörgeli — Eine umstrittene Kommission bestimmt über Projekte und die Geldflüsse.

Zu den fast 150 ausserparlamentarischen Kommissionen, die der Bundesrat zwecks Beratung als nötig erachtet, gehört die «Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit». Sie soll Bundesrat, Deza und Seco beistehen, Ziele, Prioritäten und Gesamtkonzeptionen zu prüfen, und darf auch Vorschläge unterbreiten. Als ein parlamentarischer Vorstoss 2007 die Aufhebung dieser irgendwo zwischen Exekutive und Verwaltung schwebenden Kommission verlangte, wollte sie der Bundesrat «vorläufig nicht aufheben». Er tat es bis heute nicht. Im Wechsel der Namensgebung der Kommission spiegelt sich die Wandlung der politischen Korrektheit: Aus «Entwicklungshilfe» wurde «Entwicklungszusammenarbeit» und schliesslich «Zusammenarbeit». Wenn heute jemand Geld gibt und jemand das Geld empfängt, wird dieser Akt als «Zusammenarbeit» definiert. Die Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit hat keine Entscheidungsbefugnis. Dennoch umfasst sie 22 regelmässig tagende, taggeldberechtigte Mitglieder, darunter Vertreter der Hilfswerke Swisscontact, Schweizerisches Rotes Kreuz, Swissaid, Alliance Sud sowie Fosit. Die Geldempfänger sitzen also direkt an der Schatulle, die Wölfe direkt am Fleischtopf. Nimmt man die linken Vertreter der Kampagnenkampfmaschinen «Erklärung von Bern» und Unia hinzu, haben die Vertreter von Economiesuisse, Swiss Re und Bank Julius Bär nichts zu melden. Ein Unikum dieser ausserparlamentarischen Kommission bildet die Tatsache, dass ihr sieben Parlamentarier angehören. Dabei folgt deren Zusammensetzung dem «Arena»-Prinzip des Schweizer Fernsehens: Um eine den Souverän abbildende Einflussnahme zu verhindern, nimmt man pro Partei je einen Vertreter. So können die Kleinparteien Grüne, Grünliberale und BDP die ungeliebte SVP locker überstimmen. Präsiert wird das Gremium von alt Ständerat Felix Gutzwiller; einen aktiven Vertreter der Kleinen Kammer sucht man vergebens. Nicht der Taglohn macht die ungebrochene Attraktivität der Beratenden Kommission für internationale Zusammenarbeit aus, sondern das Mitbestimmen über die Projekte und die Geldflüsse. Hinzu kommt alljährlich eine vom Steuerzahler be-rappte Kommissionsreise in möglichst ferne Länder. Solange die Politiker, Hilfswerkler, Gewerkschafter und Verbandsvertreter den globalen Schweizer Bemühungen um fliessendes Wasser nachreisen, empfinden sie sich selber nicht als überflüssig. ○

Schwerpunktland. Der Erfolg ihrer Bemühungen hält sich allerdings in engen Grenzen: Unter den 186 Ländern auf dem Uno-Index der menschlichen Entwicklung steht Burkina Faso heute auf Platz 183. Nicht zu übersehen ist dagegen, was das Land mit den Budgethilfen machte, die es seit 1994 vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) «ergänzend» bekam: jährlich rund 8 Millionen Franken, insgesamt also gegen 160 Millionen. So konnte der Schweizer Aussenminister in Ouagadougou das 47 Meter hohe «Monument aux Héros nationaux» bewundern, das Präsident Compaoré vor fünfzehn Jahren hinklotzen liess – zumindest indirekt mit Schweizer Steuergeld.

Von den Budgethilfen, die in die Kassen der Herrscher fliessen, ohne dass die Helfer bei der Verwendung mitreden, findet sich nichts in den Berichten des Bundesrates, weder in jenem zur Aussenwirtschaftspolitik noch in jenem zur Entwicklungszusammenarbeit. Nur verschämt

Wenn Hilfe schadet

Von Markus Schär — Was bringt eigentlich die Entwicklungshilfe – vom Brunnenbauen in der Wüste über das Palavern an Konferenzen bis hin zu Direktzahlungen für Diktatoren? Erstmals stellt die Politik die Frage nach dem Nutzen der Milliarden. Die Branche schlägt zurück.



«Für viele einfache Entwicklungsprobleme gibt es keine guten Lösungen»: defekter Brunnen in Tansania.

«Leider kann dieses Video aus rechtlichen Gründen nicht abgespielt werden», heisst es beim Fernsehen SRF auf dessen Website bedauernd. So kann niemand mehr nachvollziehen, weshalb das Wirtschaftsmagazin «Eco» in einer Speziialsendung am 21. September 2015 behauptete: «Entwicklungshilfe-Milliarden bringen wenig.» Denn Alliance Sud, die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke von Fastenopfer bis Brot für alle, klagte bei Ombudsmann Achille Casanova, die Sendung zeichne ein «eigentliches Zerrbild» dessen, was die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit leiste. Und der Ombudsmann fand die Klage «teilweise berechtigt».

«Die staatliche Entwicklungshilfe hat eine inzwischen mehr als 50-jährige Tradition», schrieb «Eco»-Redaktionsleiter Reto Gerber in seiner Stellungnahme. «Zu jedem Zeitpunkt galt der jeweils gültige Ansatz als der richtige, nur um einige Jahre später doch wieder kritisiert zu werden – durchaus auch von Entwicklungshelfern.» Bevor die Uno ihre «Agenda 2030» für die nachhaltige Entwicklung der Welt verabschiedete, setzte sich «Eco» deshalb fundiert mit der Frage auseinander, was die bisher zwei Billionen Franken an Hilfsgeldern aus dem Westen in den Entwicklungsländern bewirkten. «Wir schaden mehr, als dass wir Gutes tun», sagte der Ökonom Angus Deaton,

der in Princeton lehrt, im Gespräch. Drei Wochen nach der Sendung ehrte ihn das Nobelpreiskomitee für seine Kritik.

Kritiker zum Schweigen gebracht

«Kritische Bemerkungen zur Arbeit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) gäbe es zweifellos einige anzubringen», räumte auch Mark Herkenrath, Direktor von Alliance Sud, in seiner Klage ein. Aber er schmähte die Fernsehleute, ohne einen einzigen Beleg zu nennen, dass sie mit ihrer Kritik «fundamentale journalistische Prinzipien verletzt» hätten. Und der Ombudsmann, der sonst immer auf die Freiheit der Medienschaffenden pocht, zeigte viel Verständnis für den Kläger: «Ihre Enttäuschung kann ich durchaus nachvollziehen.» Die Rüge des Ombudsmanns ist ein Skandal – aber das Fernsehen SRF zog den Entscheid nicht weiter und nahm die Sendung vom Netz: Alliance Sud brachte die Kritiker zum Schweigen.

Bei den Entwicklungshelfern, die von den Milliarden des Staates leben, herrscht höchste Nervosität. Denn derzeit brütet das Parlament über der 453-seitigen Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020; in der Sommersession sollen die Räte ihren Segen geben. Elf Milliarden Franken will der Bund in den nächsten vier Jahren für Entwicklungszu-

sammenarbeit, Krisen- oder Katastrophenhilfe und Friedensförderung einsetzen. Und eigentlich wollte er noch mehr bezahlen: Bei keiner anderen Staatsaufgabe wuchsen die Auslagen in den letzten Jahren so stark – insgesamt, mit den anrechenbaren Kosten des Asylwesens, von einer Milliarde Dollar zur Jahrtausendwende auf vier Milliarden. Damit liegt die Schweiz unter den Geberländern in absoluten Zahlen auf Platz elf.

Die Uno heischt von den reichen Ländern 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (ausser den Skandinaviern zahlt dies aber kaum jemand); die Schweiz kam in den letzten Jahren auf knapp 0,5 Prozent und strebte mit einer jährlichen Wachstumsrate von sieben Prozent nach mehr. «Mindestens 0,7 Prozent» forderte Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon, als ihn Aussenminister Didier Burkhalter (FDP), der auf dessen Sitz schießt, im Januar der Jahreskonferenz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit vorführte. Doch der Bundesrat musste im letzten Herbst beim Budget zum Rotstift greifen: nicht um zu sparen, aber um wenigstens das geplante Ausgabenwachstum zu dämpfen. Die Aufwendungen für die internationale Zusammenarbeit sollten «nur» noch um jährlich 2,7 Prozent steigen. Ausserdem fordern neue Aufgaben immer mehr Geld, so die Nothilfe für Flüchtlinge oder der Kampf gegen den Klimawandel. Die Helfer im Feld schrien da schon auf, weil ihre Mittel schwinden: «Das Entwicklungsbudget verkommt immer mehr zu einem Selbstbedienungsladen», schimpfte Bernd Steimann von Helvetas in der NZZ.

Milliarden zielgerichteter einsetzen

Dann schockte vor drei Wochen die Finanzkommission des Nationalrats die ganze Branche. Sie strich mit knappster Mehrheit die geplanten Ausgaben für die Entwicklungshilfe von 3,2 Milliarden im Jahr auf 1,9 Milliarden zusammen – das entspräche noch 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die Finanzpolitiker – die Schiedsrichter im Kampf aller gegen alle um knappere Mittel – machten sich mit ihren «übertriebenen Kürzungsempfehlungen» ungläubwürdig, ätzte der *Tages-Anzeiger*: «Wer soll ihre Mitberichte noch ernst nehmen?» Willfährig wandten sich denn auch Politiker von FDP und CVP in den Medien gegen die Sparapostel. Aber alle fordern, die Milliarden seien zielgerichteter einzusetzen, so etwa in Ländern, aus denen viele Asylbewer-

ber flüchten. Und weniges fürchten die Entwicklungshelfer mehr als dies.

Denn sie kommen in Verlegenheit, wenn sie zeigen sollen, was ihre Arbeit eigentlich nützt. Zwar loben sich Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und Direktor Manuel Sager von der Deza im Jahresbericht selber: «Insgesamt darf mit einer gewissen Befriedigung festgestellt werden, dass in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit beachtliche Fortschritte erzielt werden konnten. So halbierte sich der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, zwischen 1990 und 2010 von 43 auf 21 Prozent.» Zu diesem Erfolg – dem Erreichen des wichtigsten Millenniumsziels der Uno – hätten die Schweizer «massgeblich» beigetragen.

Die Kritiker wenden allerdings ein, die Uno habe sich das Ziel gesetzt, die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren, weil sie wusste, dass es China mit seiner erfolgreichen Wachstumspolitik allein schaffen würde. Auf Druck der Uno stiegen in den letzten fünfzehn Jahren zwar die Hilfsgelder von 81 Milliarden auf 135 Milliarden Dollar im Jahr. Die Lebensqualität der Menschen nahm aber in jenen Ländern deutlich zu, in die von den Milliarden kaum etwas floss: China, Indien, Indonesien. Der renommierte Uno-Statistiker Howard Friedman suchte in einer umfassenden Studie nach der Wirkung des vielen Geldes beim Kampf gegen Armut, Krankheiten und Analphabetismus – und fand keine solche: «Nach dem Jahr 2000 gab es keine statistisch signifikante Beschleunigung bei den Millenniumsziel-Indikatoren.» Das Schweizer Fernsehen, das mit dem Experten sprechen wollte, bekam von der Uno keine Bewilligung dazu.

«Die Erfolge sind da. Trotzdem, wir müssen natürlich mit einer gewissen Bescheidenheit leben», räumte Manuel Sager im Gespräch mit der *Weltwoche* ein. In der Zeitschrift *Volkswirtschaft* des Seco, die sich aus aktuellem Anlass der Entwicklungshilfe widmet, stellt der Experte Jan Atteslander von Economiesuisse fest: «Wir wissen nicht genau, wo wir in der Entwicklungszusammenarbeit welche Ziele erreicht haben. In den anderen wichtigen politischen Bereichen weiss man das.» Und sogar in der Botschaft ans Parlament wird zugegeben: «Die Messbarkeit der Wirksamkeit hat ihre Grenzen.»

Dennoch betonen die Entwicklungshelfer, wie streng ihre Projekte evaluiert würden. Und sie bejubeln in der Botschaft, vor allem aber in vielen, vielen bunten Broschüren, ihre Erfolge selbst. Ein beliebiges Beispiel: «Dank des Beitrags der Deza erhielten über 1,5 Millionen Menschen in 16 Schwerpunktländern und -regionen Zugang zu Trinkwasser- und Bewässerungssystemen sowie zu sanitären Anlagen. Im Landwirtschaftsbereich konnten mehr als 10 Millionen Kleinbauern und ihre



«Die Erfolge sind da»: Deza-Direktor Sager.

Familien in 21 Ländern und Regionen dank technologischer Verbesserungen und Landrechtsreformen ihre Ernährungssicherheit erhöhen.»

«Brünneli-Bauer»

Wer staunend nachfragt, ob das alles den Schweizern zu verdanken sei, erfährt allerdings: «Die ausgewählten Resultate sind das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit der Deza mit einer Vielzahl von lokalen, nationalen und globalen Akteuren und Partnern, die an diesen Programmen mitbeteiligt und in den betroffenen Ländern tätig sind.» Und in

Uno-Statistiker Howard Friedman suchte nach der Wirkung des vielen Geldes – und fand sie nicht.

der *Volkswirtschaft* spricht ETH-Professorin Isabel Günther ein vernichtendes Urteil über die Arbeit der «Brünnelibauer» (wie die Helfer im Feld intern heissen), die sich seit fünfzig Jahren weltweit um Wasser und Abwasser kümmern: «Für viele scheinbar einfache Entwicklungsprobleme, wie zum Beispiel die kostengünstige und nachhaltige Bereitstellung von sauberem Trinkwasser in ruralen Gebieten, gibt es (noch) keine guten Lösungen.»

Wenn tatsächlich jemand genauer hinschaut, erkennt er denn auch wenig, was das viele Geld aus der Schweiz bewirkte. So untersuchte die Eidgenössische Finanzkontrolle vor drei Jahren, was von vierzehn Projekten in Südafrika und in Indien geblieben war. Und sie fand an den meisten Orten nur noch «Spuren». Die regionalen Multimediazentren, an 180 Grundschulen in der südafrikanischen Provinz Ostkap eingerichtet, schlossen alsbald wieder, als aus der Schweiz kein Geld mehr

floss. Und bei einem Produktionsverfahren für Backsteine, gemäss Hochglanzprospekt zur Entwicklungshilfe-Botschaft 2013–2016 «auf drei Kontinenten vertrieben», liessen sich die Ziele bis zum Abschluss des Projekts in Indien «erst ansatzweise» erreichen: «Die Branche steht weiterhin vor grossen Herausforderungen.» An vielen Orten konnten die Kontrolleure den Erfolg gar nicht beurteilen – weil es keine Projektziele und oft nicht einmal eine Dokumentation gab.

Als Vorzeigebispiel führte «Eco» vor fünf Jahren ein Projekt in Südafrika vor, das Swisscontact, die Hilfsorganisation der Privatwirtschaft, mit dem Geld der Steuerzahler initiiert hatte: In südafrikanischen Weinbergen züchteten Angestellte in den Bewässerungsteichen Forellen. Vor der Spezialemission von «Eco» im September 2015 blockte Swisscontact jedoch mehrere Anfragen ab: Das Projekt hat Konkurs gemacht. Im Stiftungsrat von Swisscontact sitzen auch Swissmem-Präsident Hans Hess, CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, alt FDP-Ständerat Georges Theiler und Ex-Topmanager und -Professor Fritz Fahrni.

Gesellschaftsvertrag gestört

Das Scheitern ist keine Schande, es kommt auch bei Unternehmen in der Schweiz vor. Peinlich ist allerdings, dass es sich hier um ein Vorzeigebispiel handelte und dass sich die Verantwortlichen weigerten, Kritik zu üben und die Konsequenzen zu ziehen – entgegen allem, was Fritz Fahrni an der ETH und der Uni St. Gallen Jungunternehmer lehrte. Und bedenklich ist, dass sich die ganze Branche ziert, ihre Bemühungen mit Milliarden von Steuerfranken kritisch zu hinterfragen. Denn in der Entwicklungszusammenarbeit gilt nicht einmal die Volksweisheit: «Nützt es nichts, so schadet es auch nichts.»

«Es ist zynisch, an Dingen festzuhalten, die nicht funktionieren», sagt Nobelpreisträger Angus Deaton. «Wenn Hilfe schadet und wir nur helfen, damit wir uns gut fühlen, dann ist das nicht gut.» Denn die stetig fliessenden Gelder aus den reichen Staaten, lehrt der Ökonom, stürten in den armen Ländern den Gesellschaftsvertrag: Die Regierenden fühlen sich nicht verantwortlich dafür, sich um Leistungen für das Volk zu kümmern – das Volk stürzt aber die unverantwortlichen Regierenden nicht, wenn ausländische Helfer für die Leistungen sorgen. Das zeigt sich besonders pervers bei den «Direktzahlungen für Diktatoren», also Budgethilfen, mit denen Gewaltherrscher machen können, was sie wollen.

Die grundsätzliche Kritik von Angus Deaton ist in seinen Schriften nachzulesen – und auch im Schweizer Fernsehen zu verfolgen. Der Skandalentscheid des Ombudsmanns gegen «Eco» hat immerhin etwas Gutes: Am Schluss findet sich ein Link, über den die totgeschwiegene Sendung immer noch läuft. ○



Eine helfende Hand wäscht die andere: Öko-Rapper Knackeboul auf Helvetas-Mission in Mosambik.

Hilfswerke

Auf Kosten des Steuerzahlers

Von Philipp Gut — Der Bund zahlt jährlich Hunderte Millionen Franken an private Hilfswerke. Die sogenannten Partner sind vor allem Profiteure: Der Grossteil ihrer Einnahmen kommt vom Staat. Spenden spielen nur eine kleine Rolle.

Die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Grossteil ihres Geldes von der Regierung bekommen, von der sie sich demonstrativ abgrenzen. Sie leben gut von den Zwangsabgaben der Steuerzahler, freiwillige Spenden machen in vielen Fällen nur den kleineren Teil der Einnahmen aus. Auch personell bestehen enge Verflechtungen zwischen Hilfswerken und Politik. So sitzen auffällig viele Parlamentarier, die in Bern über die Zahlungen an die NGOs befinden, in deren Aufsichtsgremien. Wer das Geld verteilt und wer davon profitiert – das sind oft dieselben Leute (siehe Liste Seite, 23).

Welche Hilfswerke genau wie viel Geld vom Bund erhalten, wollte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auf Anfrage nicht mitteilen. Es verwies auf das Öffentlichkeitsprinzip – die Auskunft

muss also in einem langwierigen Verfahren mit offenem Ausgang erkämpft werden. Immerhin findet sich eine knappe Zusammenstellung im Jahresbericht 2014, unter «Internationale Zusammenarbeit der Schweiz». Auch die einzelnen Hilfswerke machen Angaben zu ihrer Abhängigkeit von Staatsgeldern. So lässt sich die Informationsverweigerung der Informationsbeamten einigermassen kompensieren.

Undurchschaubare Kanäle

Die Hilfsgelder erreichen Milliardendimensionen und fliessen durch unüberschaubar viele Kanäle. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) gab 2014 in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Ostzusammenarbeit sowie für den EU-Erweiterungsbeitrag über 2,228 Milliarden Franken aus. Das Staatssekretariat für Wirt-

schaft (Seco) legte in denselben Bereichen – mit Ausnahme der humanitären Hilfe – nochmals über 390 Millionen Franken drauf. An diesen sprudelnden Geldquellen laben sich immer auch die Hilfswerke. Am meisten profitieren diese «Partner» des Staates, wie sie offiziell genannt werden, von den «bilateralen Aktivitäten». Oft werden die Empfänger erheblicher Geldmengen nur pauschal ausgewiesen. So flossen 55,9 Millionen Franken von der Deza an «schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen». Welche das sind und zu welchem Zweck sie das Geld bekommen, verrät das EDA nicht. Für Uno-Organisationen und «multilaterale Aktionen» gab die Deza 265,8 Millionen Franken aus. Weitere 34,5 Millionen flossen in «multilaterale Aktionen» im Rahmen «internationaler Finanzierungsinstitutionen». «Andere ausländische und internationale

Organisationen» erhielten 344,3 Millionen Franken. Konkret erwähnt ist im Jahresbericht nur das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) mit 139,9 Millionen.

Ähnlich unbestimmt geht es weiter: «Organisationen des Südens und des Ostens» durften 279,3 Millionen Franken entgegennehmen. Nicht eingerechnet ist hier der EU-Erweiterungsbeitrag der Deza in der Höhe von 119,9 Millionen Franken (auch das Seco doppelt hier finanziell nach, es zahlte der EU 56,7 Millionen).

Die Schweizer NGOs und «Kompetenzzentren für Sensibilisierungsaktivitäten» – sprich: Propagandainstitute der Helferlobby – wurden 2014 von der Deza mit insgesamt deutlich über einer Viertelmilliarde Franken an Steuergeldern ausgestattet. Spitzenreiter ist Helvetas Swiss Intercooperation. Laut Deza erhielt das Hilfswerk 67 Millionen Franken. Helvetas selbst weist sogar noch einen höheren Betrag aus, nämlich über 72 Millionen Franken. Die Summe teilt sich auf in Mandate der Deza (62 Millionen) und sogenannte Programmbeiträge (10,7 Millionen). Damit stammt

Helvetas, das grösste private Hilfswerk der Schweiz, wäre ohne Staatshilfe kaum überlebensfähig.

mehr als die Hälfte der Erträge dieser Nichtregierungsorganisation direkt vom Staat. Weitere Subventionsquellen bilden die Erträge aus Beratungs- und Gutachtertätigkeiten.

Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliederbeiträgen nehmen sich demgegenüber vergleichsweise bescheiden aus (22 respektive 2,8 Millionen Franken). Der Ertrag aus der selbständigen Mittelbeschaffung beläuft sich nur auf gut 20 Prozent der Gesamteinnahmen. Das grösste private Hilfswerk der Schweiz wäre ohne Staatshilfe kaum überlebensfähig.

Die Nähe von Helvetas zum Staat und zu den staatlichen Fleischtöpfen ist auch durch die Geschichte gegeben. Sie verlebte sich nämlich vor einigen Jahren die Intercooperation samt Bundesaufträgen ein – diese war 1982 aufgrund eines Personalstopps auf Betreiben der heutigen Deza gegründet worden. Hundert Prozent ihrer Aufträge kamen vom Staat. Es war Intercooperation nie gelungen, andere Geldquellen als die des Bundes zu erschliessen.

Zwei Drittel vom Staat

Der zweitgrösste Empfänger von Bundesbeiträgen ist das Hilfswerk Swisscontact, das sich rühmt, der Privatwirtschaft nahezustehen. In Tat und Wahrheit finanziert sich auch Swisscontact zu grossen Teilen durch Steuergelder. Der «Freundeskreis» steuerte 123 000 Franken zum Gesamtertrag bei, private Spender brachten gut 1,8 Millionen Franken auf. Hinzu kommen Spenden von öffentlichen Donatoren –



Die Grossen teilen sich den Kuchen: Kritiker Stiefel.

und ein sogenannter Programmbeitrag des Bundes von über 4,3 Millionen Franken. Noch eindeutiger zu Lasten der Staatskasse gehen die «Einnahmen aus erbrachten Leistungen»: 40 Millionen Franken. Aus Bundessicht handelt es sich dabei um Mandate, also um konkrete Aufträge. Dem stehen auf privater Seite 7,3 Millionen Franken gegenüber. Insgesamt finanzierte die Eidgenossenschaft die Aktivitäten des angeblich durch die Privatwirtschaft getragenen Hilfswerks also mit gegen 45 Millionen Franken. Das entspricht fast zwei Dritteln des Gesamtertrags.

Millionenbeiträge aus dem Bundeshaushalt erhalten auch – in abnehmender Höhe und

ohne Anspruch auf Vollständigkeit – das Schweizerische Rote Kreuz, Terre des Hommes, Caritas, Heks, Médecins sans Frontières, Solidar Suisse, Brot für alle, Swissaid, Fastenopfer, Enfants du Monde, die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi, Education 21 und die Fédération genevoise de coopération. Die letztgenannte Organisation, so berichten Insider, sei eigens dafür gegründet worden, dass der Bund seine Beiträge im ganzen Land verteilen könne.

Auftrag wird von Folgeauftrag abgelöst

Nicht in der offiziellen Liste der Partner und Profiteure erscheint Alliance Sud. Das ist eine Vereinigung der sechs grössten Schweizer Hilfswerke, die auf den verschlungenen Pfaden der staatlichen Finanzierung «privater» Hilfsaktivitäten selbst wiederum aus Steuergeldern alimentiert wird.

Die eingangs geschilderte Weigerung des Aussendepartements, zu sagen, wer genau wie viel Geld bekommt, stösst bei Branchenkennern auf Kritik. «Wir monieren seit Jahren, dass hier keine Klarheit herrscht», sagt Jan Stiefel, der sich mit seinem Verein Ideas Aidrating für mehr Transparenz im Entwicklungshilfe-Business einsetzt. Stiefel beobachtet weiter, dass sich die Grossen der Szene den Kuchen aufteilen – im Zusammenspiel mit dem Bund. Dazu gehört, dass ein Auftrag oft von zahlreichen Folgeaufträgen abgelöst wird. Wer mal im Geschäft sei, profitiere automatisch weiter. Beliebte seien auch sogenannte Backstopping-Missionen: Bekommt die Organisation A einen bestimmten Auftrag, erhält die mit ihr befreundete Organisation B einen zweiten Auftrag zwecks «Unterstützung» der Ersteren. So wäscht eine helfende Hand die andere. Die Rechnung begleicht der Steuerzahler. ○

Prominente und Entwicklungshilfe

Swissaid

Stiftungsratsausschuss: alt Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SP/BS), Nationalrat Carlo Sommaruga (SP/GE)

Stiftungsrat: Nationalrat Matthias Aebischer (SP/BE), alt Nationalrat und alt Staatsrat Fernand Cuhe (GPS/NE), Nationalrätin Yvonne Feri (SP/AG), Nationalrätin Claudia Friedl (SP/SG), Nationalrätin Maya Graf (GPS/BL), alt Ständerat und alt Regierungsrat Hansruedi Stadler (CVP/UR), Ex-NZZ-Redaktor Christoph Wehrli

Helvetas

Zentralvorstand: alt Nationalrat und alt Stadtpräsident Zürich Elmar Ledergerber (SP/ZH), alt Nationalrätin und alt Gemeinderätin Bern Therese Frösch (GPS/BE), alt Vizekanzler Oswald Sigg

Beirat: alt Stadtrat Winterthur und alt Direktor Bundesamt für Flüchtlinge Peter Arbenz (FDP), Regierungsrat und alt Nationalrat Mario Fehr (SP/ZH), Nationalrat Bastien Girod (GPS/ZH), Nationalrätin Tiana Angelina Moser (GLP/ZH), Nationalrat Martin Naef (SP/ZH), Nationalrätin Kathy Riklin (CVP/ZH), Ständerätin Géraldine Savary (SP/VD), Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP/JU)

Caritas

Vorstand: alt Generalsekretärin Bundesversammlung Mariangela Wallimann-Bornatico, Nationalrätin Ada Marra (SP/VD), alt Direktor Eidgenössische Finanzkontrolle Kurt Grütter

Fastenopfer

Stiftungsrat: Bischof Bistum Basel Felix Gmür, alt Staatsrat Tessin Luigi Pedrazzini (CVP), Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP/JU), **Stiftungsforum:** alt Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz (CVP/SG)

Heks

Stiftungsrat: alt Nationalrat und alt Staatsrat Claude Ruey (FDP/VD), Direktorin Santésuisse Verena Nold Rebetez

Brot für alle

Stiftungsrat: Nationalrätin Maja Ingold (EVP/ZH), Professor für Wirtschaftsethik HSG Florian Wettstein

Solidar Suisse (ehemals Arbeiterhilfswerk)

Vorstand: alt Nationalrat Hans-Jürg Fehr (SP/SH), Sonderbeauftragter Mittlerer Osten EDA Mario Carera, Nationalrat Martin Naef (SP/ZH), Unia-Sekretär Unia Andreas Rieger, alt Stadträtin Zürich Esther Maurer (SP)

«Die Besten werden fortgelockt»

Von Thilo Thielke — Der kenianische Ökonom James Shikwati ist einer der klügsten Gegner der Entwicklungshilfe. Hier spricht er über die Konsequenzen der unkontrollierten Migration nach Europa und die Mitverantwortung Deutschlands für die Toten im Mittelmeer.

Vor zehn Jahren traf ich, damals *Spiegel*-Korrespondent in Nairobi, James Shikwati zum ersten Mal. Damals wurde die Erhöhung der Entwicklungshilfe für Afrika diskutiert. Wirtschaftsexperte Shikwati kritisierte das scharf: «Die Hilfe macht Afrika träge und bequem und unterstützt Diktatoren. Hört endlich auf damit!» Das Interview erregte grosses Aufsehen: Da warf ein Afrikaner sämtliche Helferweisheiten über den Haufen und forderte Kapitalismus statt Planwirtschaft. In der Zwischenzeit ist viel passiert: China investiert massiv in Afrika, und Kanzlerin Merkel hat mit ihrer Politik der offenen Grenzen eine Völkerwanderung ausgelöst. Grund genug für ein neuerliches Treffen, diesmal im tansanischen Arusha, wo Shikwati Jungunternehmer schult. Auch diesmal nimmt er kein Blatt vor den Mund: «Ihr finanziert die Schleppermafia und treibt Menschen in den Tod», sagt er, «statt Einwanderungszentren einzurichten und die Richtigen auszuwählen.»

Herr Shikwati, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel betreibt seit geraumer Zeit eine Kultur des Willkommens. Jeder darf ohne Reisepass und Visum nach Deutschland einreisen, um dann einen Asylantrag zu stellen. Weit über eine Million sind schon da, darunter immer mehr Afrikaner.

Eine Katastrophe ist das und hochgradig verantwortungslos.

Verantwortungslos? In Deutschland wird die Frau als Philanthropin gefeiert.

Wirklich? Sie richtet doch sehr viel Schaden an.

Das müssen Sie uns erklären. Sie will Gutes tun – sagt sie jedenfalls.

Mag sein. Die Folgen für Afrika sind ein Desaster. Die besten und erfolgreichsten Menschen verlassen den Kontinent, obwohl sie hier benötigt würden. Und es werden immer mehr. Der grosse Treck hat erst begonnen. Viele Menschen ertrinken unterwegs. Was soll daran gut sein?

Es wird gesagt, es kämen die Ärmsten der Armen. Denen müsse geholfen werden, das sei ein Gebot der Humanität.

Und wie bezahlen die Ärmsten der Armen die Schlepper, die Züge, die Taxis, die sie an die Grenzen bringen? Eine Reise von Subsahara-Afrika nach Europa kostet rund 10 000 Dollar. Ein Durchschnittseinkommen hier liegt oft bei 100 bis 200 Dollar im

Monat. Das können sich nur wenige leisten – Menschen, die sich gegen die Konkurrenz durchgesetzt haben, die kleine Geschäfte aufgebaut haben, die kreativ sind. Im Übrigen sind diejenigen, die fortziehen, um woanders ihr Glück zu suchen, in der Regel die wagemutigeren, flexibleren Leute – diejenigen, die Afrika benötigt. Was sollen die in Deutschland? Das Phänomen ist nicht neu: Man weiss seit langem, dass Migranten eher aus dem Mittelstand kommen. Die ganz Armen und die ganz Reichen bleiben in der Regel zu Hause.

Jetzt verwischen sich die Konturen. Die da ankommen, werden in Deutschland Flüchtlinge genannt.

Die vielen aus Senegal und Nigeria, die an den nordafrikanischen Küsten darauf warten, dass sich das Wetter bessert, sind keine Flüchtlinge, das sind Migranten. Viele Afrikaner wollen nach Europa, weil sie sich dort ein besseres Leben versprechen, nicht wegen der Kriege in Afrika. Insofern muss man sagen: Afrika tut nicht genug, um den Menschen eine attraktive Perspektive zu bieten. Aber auch: Europa verkauft sich sehr gut. Keine Frage, wirtschaftlich machen viele europäische Länder einen sehr guten Job. Aber wie ich gehört habe, wissen Sie in Deutschland im Moment nicht einmal, wen



«Es herrscht totales Chaos»: James Shikwati.

Sie ins Land gelassen haben, weil das so gut wie niemand kontrolliert und viele Einwanderer angeblich ihre Pässe verloren haben. Eine absolute Minderheit würde die Kriterien für politisches Asyl erfüllen. Von hier aus ist sehr schwer nachzuvollziehen, was das soll.

Diejenigen, die keinen Asylgrund haben, sollen später wieder aus Deutschland abgeschoben werden. Die sind angeblich nur vorübergehend in Deutschland.

Das glaubt doch kaum jemand. Die Menschen gucken Fernsehen. Die kennen alle die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof, wo sie bejubelt wurden. Die kennen auch die Selfies der Kanzlerin mit den Arabern. Die Bundeskanzlerin hat immer betont, in Deutschland gebe es Arbeit, das Land sei

«In Europa wird gerne geglaubt, Afrika sei ein Elendskontinent, dem man helfen müsse.»

gross und stark, man sei froh über die Fachkräfte. Und immer wieder wird erklärt, dass die Neuen integriert werden sollen, Sprachkurse und Jobangebote bekämen. Das ist die Botschaft, die sich rund um die Erde verbreitet hat. Gegen diese Macht der Bilder können Sie nichts tun. Die Menschen hier fühlen sich eingeladen. Wir haben es eindeutig mit Impulsen zu tun, die von aussen kommen.

Ist alles nur ein Missverständnis?

Vielleicht. Jedenfalls hat sich die Nachricht, dass sie wieder abgeschoben werden sollen, nicht so richtig herumgesprochen. Es ist auch gefährlich, Menschen gewissermassen einzuladen und sie zu einer lebensgefährlichen Reise zu ermutigen, um sie dann wieder abzuschieben. Ich glaube kaum, dass das später wirklich so stattfinden wird. Deutschland mag keine unschönen Bilder, und die jungen Männer, die solche Strapazen auf sich genommen haben, werden rechtzeitig untertauchen. Für sie geht es ja nun auch um einiges. Sie haben zum Teil ihr Vermögen verloren, weil sie die Versprechungen ernst genommen haben.

Und diese Menschen fehlen Afrika.

Ja, die Besten werden fortgelockt, sie gehen nicht unbedingt aus eigenem Antrieb. Nun hat sich ein verheerender Mechanismus entwickelt, der kaum noch zu stoppen ist.

Ist Afrika Opfer dieser Politik?



«Die Situation in Afrika hat sich in den letzten Jahren verbessert»: Bau der Stadtbahn von Addis Abeba.

Es kommt auf die Verhältnismässigkeit an. Es hat eben alles Vor- und Nachteile. Prinzipiell profitiert Afrika auch von der Migration. Viele Migranten kehren später heim, nachdem sie in der Fremde ausgebildet worden sind, und stellen ihre Fähigkeiten der Heimat zur Verfügung. Andere überweisen viel Geld. Dies ist der Grund, warum viele afrikanische Länder ihre Bürger nicht zurücknehmen wollen. Einige mögen versuchen, mehr Entwicklungshilfe zu erpressen, andere spekulieren aber auf diesen sogenannten *brain gain*.

Dann wäre die Migration gut für Afrika.

Ich habe den Eindruck, dass hier jedes Mass gesprengt wird. Es herrscht totales Chaos. Es gibt so viele Opfer dieser Politik. Die Migranten werden jetzt von einem Teil der deutschen Öffentlichkeit ausschliesslich als Täter gesehen, die illegal Grenzen passieren und später aus Furcht vor Abschiebung abtauchen. Das stimmt, ist aber auch unfair, weil die Menschen sich von Merkel geradezu nach Deutschland eingeladen fühlen müssen. Die Bundesregierung muss sich im Klaren darüber sein, dass sie eine Mitverantwortung dafür trägt, was sie mit ihrem undurchdachten Verhalten auslöst, und für die Konsequenzen geradestehen. Auch die afrikanischen Regierungen verhalten sich schäbig. Die interessiert es nicht, wenn ihre eigenen Leute im Mittelmeer ertrinken.

Es heisst, Europa müsse sich auf immer mehr Menschen einstellen, das sei die Globalisierung. Zudem gebe es in Afrika immer mehr Konflikte und Elend. Deshalb würden sich immer grössere Massen auf den Weg machen.

Das halte ich für Unsinn. Die Globalisierung gibt es nicht erst seit gestern. Ausserdem: Die Situation in Afrika hat sich in den letzten Jahren eher verbessert. Durch den Rohstoffhunger der Chinesen konnten viele afrikanische Staaten ihre Bodenschätze gut verkaufen. Zudem gibt es weniger Kriege. Denken Sie nur an die Gemetzel in Ruanda, der Elfenbeinküste, Sierra Leone oder Liberia. Überall dort ist es ruhig geworden. Man sollte keine falschen Zusammenhänge herstellen. In Europa wird gerne geglaubt, Afrika sei ein einziger Elendskontinent, dem man helfen müsse. Erst hat man mit Entwicklungshilfe die Menschen zu Almosenempfängern degradiert und mit dieser Form der Planwirtschaft die dynamischen Kräfte gebremst. Jetzt werden die jungen Männer abgeworben, weil sie angeblich dem Elend entfliehen müssen.

Sie halten nicht viel von der Entwicklungshilfe.

Nein. Ich fordere seit Jahren, dass man sie einstellt. Meist werden auf diese Art und Weise die schlimmsten Regime alimentiert. Da die Entwicklungshilfe weiter sprudelt, müssen

sich diese Länder nicht reformieren. Eigentlich müssten sie den Handel fördern, den Wettbewerb. Stattdessen verharren sie im Stillstand. Mit dem Geld aus Europa lässt es sich auch so ganz komfortabel leben. Zu befürchten ist, dass jetzt noch mehr Entwicklungshilfe auf Afrika niederregnet. Schliesslich will man so die Fluchtursachen stoppen.

Was könnte Deutschland tun, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen?

Will es das denn überhaupt? Oder will es billige Arbeitskräfte? Es ist schwer zu sagen, ob es nicht schon zu spät ist, diese Entwicklung wieder rückgängig zu machen. Man sollte auf jeden Fall eher eine Politik des Verstands als eine des Herzens machen. Deutschland sollte sich auf sich selbst besinnen, statt die ganze Welt retten zu wollen. Das geht selten gut.

Gibt es keinen Ausweg aus der Misere?

Man sollte überall auf dem afrikanischen Kontinent, besonders in den Ländern, aus denen die meisten Migranten kommen, Zentren einrichten, um die Migration ordentlich zu organisieren und zu legalisieren. In diesen Rekrutierungszentren können sich die Menschen bewerben – für Jobs in der Landwirtschaft zum Beispiel oder auf dem Bau. Dann müssen sie nicht illegal um die halbe Welt reisen und befürchten, im Mittelmeer zu ertrinken. Ich nenne diese Zentren «European Dream Centers». Afrika und Europa müssen zusammenarbeiten. Im Moment wurstelt jede Regierung alleine vor sich hin. Die Leidtragenden sind die Menschen.

James Shikwati, 45, ist in Afrika einer der profiliertesten Gegner der Entwicklungshilfe. Als Direktor des in Nairobi beheimateten Inter Region Economic Network (IREN) fordert er mehr Handel und Marktwirtschaft, um Afrikas Armut zu beseitigen. 2015 erhielt er von der Friedrich-Naumann-Stiftung den Walter-Scheel-Preis.

Gegendarstellung

zum Artikel «Ans Messer geliefert»;

Weltwoche Nr. 6/16 vom 11. Februar 2016, S. 44
Im Artikel wird ausgeführt, dass im Dezember eine Beschlagnahmung des Computers des Spitals erfolgt sei. Dies ist falsch. Der Computer des Spitals wurde nicht beschlagnahmt. Von der Staatsanwaltschaft wurden im Zusammenhang mit dem Strafverfahren Akten einverlangt. Diese Akten hat das See-Spital herausgegeben. Weiter wird im Beitrag behauptet, eine ehemalige Mitarbeiterin des Spitals, die über Hinweise zu Missständen verfüge, habe einen Anruf des Anwalts der Gegenpartei erhalten. Diese habe versucht, sie unter Druck zu setzen. Dies trifft nicht zu. Ein entsprechendes Telefonat zwischen dem Anwalt des See-Spitals und einer ehemaligen Spital-Mitarbeiterin fand nicht statt.
Stiftung See-Spital

Die Redaktion hält an ihrer Darstellung fest.

Sex für Migranten

Von Henryk M. Broder —
«Streicheln, Kuscheln,
Küssen.»



Vor zwei Wochen stellte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Rahmen einer Fachkonferenz über das Thema «Sexuelle Gesundheit von Migrantinnen

und Migranten stärken» ein neues Web-Portal vor: Zanzu.de. In der dazugehörigen Pressemitteilung heisst es, ein «nationales und internationales» Beratungsgremium habe das Projekt «begleitet», es biete «anschauliche Informationen zu sexueller Gesundheit und erleichtert damit die Kommunikation über sensible Themen». Und: «Vor allem zu uns geflüchtete Menschen, die noch nicht lange in Deutschland leben, erhalten hier einen diskreten und direkten Zugang zu Wissen in diesem Bereich.»

Deswegen werden die anschaulichen Informationen in einem Dutzend Sprachen angeboten. Türkisch und Arabisch, Bulgarisch und Rumänisch, aber auch Englisch, Französisch, Polnisch, Holländisch und Spanisch, was nur bedeuten kann, dass es auch in diesen Ländern an einem «diskreten und direkten Zugang zu Wissen in diesem Bereich» mangelt, weswegen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung helfend eingreifen muss. Und damit sich der Bio-Deutsche zugunsten der Migrantinnen und Migranten nicht benachteiligt fühlt, gibt es auch eine deutschsprachige Zanzu-Seite. Unter dem Stichwort «Arten von Sex» erfährt man dort unter anderem, Sex beginne «häufig mit Streicheln, Kuscheln, Küssen und Lecken der anderen Person und mit der Stimulation der erogenen Zonen der anderen Person», das sei das «Vorspiel». Und: «Wenn beide Partnerinnen/Partner sexuell erregt sind, möchten sie möglicherweise Geschlechtsverkehr haben.» Möglich wäre aber auch, dass sie sich mit der Lektüre der Zanzu-Seite zufrieden geben, auf der ihnen erklärt wird, worauf es beim «Vaginalverkehr», beim «Oralsex», beim «Analsex» und bei der «Selbstbefriedigung» ankommt. Fazit: «Sie können auf unterschiedliche Arten Sex haben. Nicht jeder mag Sex auf die gleiche Art. Sprechen Sie mit Ihrer Partnerin/Ihrem Partner darüber und einigen Sie sich gemeinsam.» Sollte sich dabei ein Problem ergeben, «können Sie auch mit einer im Gesundheitswesen tätigen Person sprechen».

Solche Informationen sind extrem hilfreich. Vor allem, wenn die Empfänger aus der Schorfheide oder dem Altmühltal eingewandert sind.

Gefährliche Träumereien

Von Kurt Schiltknecht — Länder wie die Schweiz verdanken ihren Wohlstand auch dem Rechtsstaat und gemeinsamen Werten. Eine unregulierte Zuwanderung kann diese untergraben.

Manche Ökonomen versprechen sich von einem weltweit freien Personenverkehr eine riesige Vermehrung des globalen Wohlstands. Arbeitskräfte der armen Länder, so die Überlegung, könnten in die hochindustrialisierten Länder ziehen, in denen die Arbeitsproduktivität ein Mehrfaches beträgt. Als Folge würden die Löhne der Immigranten, und damit auch das Welteinkommen, enorm steigen. Aufgrund einfacher Modelle glauben die Anhänger eines weltweiten freien Personenverkehrs, dass damit das Welteinkommen problemlos verdoppelt werden könnte. Das sei deshalb das beste Rezept zur Überwindung der Armut in der Welt.

Dass aber bei einer riesigen Migration die Einkommen in den Einwanderungsländern zurückgehen würden, wird von diesen Ökonomen ebenso als unbedeutend abgetan wie die Tatsache, dass die Kapitalerträge und Löhne der Führungskräfte in den Einwanderungsländern steigen würden. Anders sehen es verständlicherweise die meisten Arbeitskräfte in den reichen Ländern, denn sie sind die Verlierer eines freien Personenverkehrs. Dass sie sich für dessen Beschränkung starkmachen, ist verständlich. Weniger verständlich ist es, wenn die Unternehmer und Manager, aber auch viele im Elfenbeinturm sitzenden Professoren die Leute, die ihren Wohlstand mit einer Regulierung der Einwanderung schützen wollen, als Fremdenhasser verteufeln.

In vielen Migrationsmodellen wird kein grosser Unterschied zwischen in- und ausländischen Arbeitskräften gemacht, und das Ausnutzen der unterschiedlichen Arbeitsproduktivität wird als leicht lösbar betrachtet. Doch genau hier liegt eines der grossen Migrationsprobleme begraben. Der amerikanische Ökonom Borjas findet es in Anlehnung an den vielzitierten Satz von Max Frisch: «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen», unzulässig, in- und ausländische Arbeitskräfte als homogen, nur als Produktionsfaktor zu betrachten. Dies vor allem deshalb, weil immer mehr Untersuchungen bestätigen, dass die Unterschiede im Wohlstand der Nationen auf kulturelle Faktoren sowie auf andersgestaltete politische und ökonomische Institutionen zurückzuführen sind. Reiche Länder zeichnen sich vor allem durch eine

wirksame Umsetzung eines Rechtsstaates und garantierte Eigentumsrechte aus. Dies sind die Voraussetzungen dafür, dass die für ein nachhaltiges Wachstum notwendigen Rechte jedes Einzelnen auf persönlichen und ökonomischen Frieden gewährleistet sind. In praktisch allen armen Ländern ist dies nicht der Fall. Es ist naheliegend, dass die religiösen, kulturellen, politischen und ökonomischen Institutionen eines Landes die Vorstellungen der Bürger in Bezug auf die Aufgaben des Staates, auf die Bedeutung der Ausbildung, auf die Arbeitsmoral und vieles andere beeinflussen.

Wenn nun Arbeitskräfte aus armen Ländern in die reichen wandern, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie ihre Vorstellungen mit dem Überschreiten der Grenze umgehend ablegen. Allerdings werden sich diese, solange sich die Einwanderung in begrenztem Rahmen hält, kaum negativ auf die politische und

gesellschaftliche Gestaltung der Einwanderungsländer auswirken. Dies zeigen auch die empirischen Untersuchungen. Anders sieht es aus, wenn die Einwanderung sehr grosse Ausmasse annimmt und eine Integration kaum mehr möglich ist.

Dann besteht die Gefahr, dass auch wirtschaftsschädliche Vorstellungen der Immigranten Ein-

zug in das Wirtschaftsleben und die Gestaltung des Einwanderungslandes nehmen. Um dieser Gefahr zu begegnen, haben praktisch alle reichen Einwanderungsländer Massnahmen zur Begrenzung der Einwanderung getroffen. Zurzeit sind es rund sechzig Länder, darunter die USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Wer diese Länder kennt, weiss, dass deren Bürger keine Fremdenhasser sind, sondern nur dafür besorgt sein wollen, dass sich ihre Wirtschaft und Gesellschaft in geordneten Bahnen entwickeln und sich der Wohlstand ihrer Bürger im bisherigen Ausmass vermehrt.

Die Schweiz als eines der begehrtesten Einwanderungsländer wäre gut beraten, diesen Beispielen zu folgen und die Zuwanderung nach ihren eigenen Vorstellungen zu regulieren und zu begrenzen. Wer den armen Ländern auf dieser Welt wirklich helfen will, muss sich dafür einsetzen, dass diese die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die Eigentumsrechte und die persönlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Freiheiten gewährleisten.



Zurück ins Schneckenhaus?

Von *Hansrudolf Kamer* — Im amerikanischen Wahlkampf regen sich isolationistische Tendenzen. Wie Europa ohne eine aktive, erfahrene Ordnungsmacht auskäme, steht in den Sternen.



Wer im amerikanischen Wahlkampf nach Orientierung sucht, wie sich die Vereinigten Staaten nach der Präsidentschaft Obama weltpolitisch verhalten werden, wird

kaum fündig. Es dominieren markige Sprüche, die verdampfen, wenn die Wirklichkeit ruft.

Donald Trump erklärt, Amerika hätte im Irak und in Libyen nicht intervenieren sollen. Doch den Islamischen Staat würde er mit Bomben in den Boden stampfen. Trump oszilliert in einem Atemzug zwischen Isolationismus (auch die grosse Mauer im Süden gehört dazu) und diffusem militärischem Abenteuerum.

Hillary Clinton sagte letztes Jahr, Amerika sollte nicht wieder 100 000 Mann Kampftruppen in den Mittleren Osten schicken. Doch sie unterstützte den Irakkrieg (als Senatorin) und die Intervention in Libyen (als Aussenministerin). Auch hat sie ein aggressiveres Eingreifen in Syrien empfohlen. Ihre persönlichen Neigungen sind nicht isolationistisch, wohl aber jene ihrer Partei, auch unter dem Einfluss ihres Rivalen Bernie Sanders.

Die amerikanische Aussenpolitik der letzten Jahre war geprägt von Rückzugsbewegungen und zweifelndem Beiseitestehen. Obama wollte die beiden Konflikte am Hindukusch und im Zweistromland beenden, die er geerbt hatte, und seine grandiose Prophezeiung wahr machen, dass die Flut der Kriege zurückgehe.

Sie ging nicht zurück, im Gegenteil – Chaos, Zerfall, neuer Krieg, Flüchtlingsströme. Obamas Wahlerfolg im Jahr 2008 gründete aber zu einem guten Teil auf der Diagnose, dass grosse Teile der amerikanischen Bevölkerung von aussenpolitischen Engagements genug hatten. «Nation-building at home» war seine Botschaft.

Heute gilt, meistens in einem Nebensatz abgehandelt, der Irakkrieg als die grösste aussenpolitische Fehlleistung der amerikanischen Geschichte. Das ist er bei weitem nicht. Doch die Aussage reflektiert den Zeitgeist und knüpft an die libertäre Tradition einer Rückkehr ins Schneckenhaus an, die in der Geschichte wiederholt eine Rolle spielte.

Der Interventionismus, geboren aus dem Hochgefühl, man sei die «einzig verbliebene Supermacht», ist passé. Einst konnte Bob Dole, der alte Kämpfer und erfolglose Präsidentschafts-

kandidat von 1996, leicht ironisch verkünden: «Wir Republikaner müssen jeweils Kriege beenden, die die Demokraten begonnen haben.» Das waren Korea und Vietnam.

Die grösste strategische Fehlleistung der jüngeren amerikanischen Geschichte war der Rückzug aus Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Eine robuste US-Militärpräsenz in der Zwischenkriegszeit hätte Hitlers Wagemut um einiges gedämpft. Überdross über das europäische Feilschen in Versailles spielte beim amerikanischen Disengagement eine Rolle, aber nicht nur.

Als sich die Republikanische Partei 1912 zum letzten Mal eine grosse Spaltung leistete, wurde ein Demokrat zum Präsidenten gewählt. Woodrow Wilson versprach den Wählern, er werde sein Land aus den europäischen Konflikten und Kriegen heraushalten.

Nur wenige Jahre zuvor hatte Amerika unter dem Republikaner Theodore Roosevelt erste Ansätze weltpolitischer Einflussnahme entwickelt – mit dem Krieg gegen Spanien, der die Insel Guam, die Philippinen und Puerto Rico in amerikanischen Besitz brachte, und der erfolgreichen Vermittlung im Russisch-Japanischen Krieg.

Wilson musste wenig später sein Wahlversprechen revidieren und Amerika in den Ersten Weltkrieg führen, «to make the world

safe for democracy». Dies entgegen einer stark verbreiteten antiinterventionistischen Stimmung. Sie war dann auch mitverantwortlich dafür, dass Wilsons idealistische Nachkriegspläne scheiterten.

Wie es in einer Enzyklopädie der amerikanischen Aussenpolitik heisst, waren damals viele Amerikaner überzeugt, dass es – wie im 19. Jahrhundert – besser sei, sich aus den Rivalitäten der Alten Welt herauszuhalten. Internationale Beziehungen seien durch Amoralität gekennzeichnet; Kriege seien auf die Machenschaften eigensüchtiger Eliten zurückzuführen.

Lust am Eingreifen verloren

Es brauchte den Angriff Japans auf Pearl Harbor, etwas mehr als zwei Jahre nach Kriegsbeginn in Europa, um diese Stimmung zu wenden. Der Demokrat Franklin Roosevelt mutierte zum grossen Kriegspräsidenten. Seine Nachfolger hielten den Isolationismus in Schach, durch die Jahrzehnte des Kalten Kriegs und darüber hinaus.

Obamas Strategie hinterlässt dem nächsten Präsidenten einen Scherbenhaufen. Im Mittleren Osten herrscht Krieg, die Türkei und Russland fordern sich heraus, und Europa wankt unter dem Ansturm der Flüchtlinge. Meinungsumfragen belegen folgerichtig, dass Amerika die Lust am Eingreifen in äussere Konflikte verloren hat.

Ganz klar ist die Diagnose zwar nicht, denn gegen ein Eingreifen mit plausiblen Erfolgsaussichten haben die Amerikaner normalerweise nichts. Doch sieht es zurzeit so aus, als ob von allen Kandidaten nur noch Hillary Clinton etwas von der weltpolitischen Rolle Amerikas retten könnte.



Der Interventionismus ist passé: Rückzug aus dem Irak, 2011.

Abgänger statt Tiefgänger

Von Christoph Mörgeli

Nein, Altersmilde kennt der zornige Europa-Experte keine. Sein abrupter Abgang bildete den einzigen Aufreger der «Arena»-Sendung über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Der pensionierte Professor Dieter Freiburghaus räumte entnervt sein Pülchen. Er liess sich allerdings wieder beruhigen und kehrte kleinlaut zurück. Damit erst machte er die Inszenierung seines geräuschvollen Abgangs zum Totalfiasko. Ein Glück für die öffentliche Sicherheit, dass Choleriker Freiburghaus unsere Verhandlungen in Brüssel nur kommentieren, aber nicht selber führen darf.

Das übrige «Arena»-Personal wirkte da nur noch als Kulisse. Etwa Studentin Flavia Kleiner, die ihr ganzes bisheriges Leben auf der Schulbank verbracht hat und sich damit qualifizierte, die SVP als «wirtschaftsfeindliche Kraft» zu betiteln. Oder Eric Nussbaumer (SP), der sich noch immer über die «dumme Verfassungsbestimmung» des dummen Volkes ärgerte. Oder FDP-Präsident Philipp Müller, der den Inländervorrang auf dem Arbeitsmarkt so begeistert vertrat, als wäre es seine Idee und nicht längst beschlossener Verfassungstext.

Doch das waren Petitessen im Vergleich zum Berner Dieter Freiburghaus, der ganz unbernisches aus der Haut fuhr. Immer noch besser, das Publikum sinniert über sein Temperament als über seine Treffsicherheit. Eine Absage an die Personenfreizügigkeit, orakelte er vor der Abstimmung, sei für die EU «der Kriegsfall». Doch die Truppen sind hüben wie drüben auch nach dem 9. Februar 2014 friedlich in den Kasernen geblieben. Weiter hat Experte Freiburghaus vorausgesagt, die Masseneinwanderungsinitiative werde «klar abgelehnt».

Dem SVP-Vertreter in der Runde warf der Politologe vor: «Wenn ihr nicht mehr weiterwisst, sagt ihr, wir haben ein Riesen-Asylproblem. Es hat mit dem nichts zu tun.» Wieder falsch. Im Verfassungstext steht wörtlich: «Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens.» Der Grossteil der über 40 000 Asylbewerber des letzten Jahres wird definitiv hierbleiben und dank der bundesrätlichen Fachkräfte-Initiative einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Und damit neben dem EU-Zustrom die Inländer zusätzlich konkurrieren. Doch massgebend für Professor Freiburghaus war in der «Arena» nicht der Tiefgang. Sondern der Abgang.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Treuhand für Atomstrom

Von Peter Bodenmann — Früher lernten wir in der Schule den Dreisatz. Heute haben alte Männer Angst vor Flutterstrom.



Neue Ausgangslage: Windkraft in Schottland.

Wasserkraft ist das Standbein der Schweizer Stromproduktion. Ihre Schwäche: Wasserkraftwerke produzieren im Sommer mehr Strom als im Winter. Ihre Stärke: Mit Wasserkraft kann man dank Schweizer Stauseen Flutterstrom aus Sonne und Wind problemlos glätten. In Norwegen wird bis 2020 der grösste Onshore-Windpark Europas gebaut. Die Dänen von Vestas dürfen 278 Windturbinen mit je einer Leistung von 3,6 MW liefern.

Der Windpark Fosen Vind wird pro Jahr 3400 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren. Davon 60 Prozent im Winter. Windkraft ist die ideale Ergänzung zur Wasserkraft. Erstens, weil die Produktion vorab im Winter anfällt. Und zweitens, weil sie zurzeit die mit Abstand günstigste erneuerbare Energie ist.

Fosen Vind wird nur 1,2 Milliarden Franken investieren, um 3,4 Milliarden Kilowattstunden Strom zu produzieren. Um pro Jahr jeweils eine Kilowattstunde Strom zu produzieren, muss man im norwegischen Trondheim nur 35 Rappen investieren. Der Preis pro Kilowattstunde Strom wird – alles inklusive – rund 4 Rappen betragen. Eine Revolution. Neue britische Atomkraftwerke produzieren eine Kilowattstunde Strom für 13 Rappen. Ohne Berücksichtigung der Entsorgungskosten. Neue Windparks von Vestas produzieren die Kilowattstunde günstiger als Beznau, Gösgen oder Leibstadt. Subventionsfrei. Nicht begriffen haben das die bürgerli-

chen Parteien. Sie wollen die gefährlichen Schweizer Schrottreaktoren unbefristet weiterlaufen lassen. Nicht begriffen haben das die rotgrünen Umweltfreunde. Sie wollen nach dem Vorbild der Landwirtschaft die rationelle Produktion alternativer Energien weiter mittels Subventionslawinen verhindern.

Begriffen haben die neue Ausgangslage die Credit Suisse und die BKW (ehemals Bernische Kraftwerke). Die Credit Suisse organisiert die zurzeit spottgünstigen Kredite für Fosen Vind. Die BKW unter Suzanne Thoma beteiligt sich zu 11,2 Prozent an Fosen Vind. Begriffen hat dies Alpiq. Niemand interessiert sich mehr für Schweizer Atomstrom. Beteiligungen an den ältesten Schrottreaktoren der Welt will kein Hedgefonds erwerben. Um die Politik zum Handeln zu zwingen, bietet deshalb Jasmin Staiblin die Hälfte der wertvolleren Wasserkraft zum Verkauf an. Notfalls auch an ausländische Unternehmen. Thoma und Staiblin investieren keinen roten Rappen in die Kampagne von Economiesuisse gegen die Stilllegung der Atomkraftwerke. Nichts wäre den beiden lieber, als wenn der Staat diese aufkaufen und stilllegen würde. Mittels einer Treuhandgesellschaft. Nach DDR-Vorbild.

Wer hat noch Angst vor Flutterstrom? Leserinnen und Leser der *Weltwoche* wissen es.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Schlangenbeschwörung

Von Kurt W. Zimmermann — Warum drehen die Schweizer Verleger dermassen durch? Sie haben das Äsop-Trauma.

Für altgriechische Ignoranten zuerst die Fabel von Äsop. Ein Wanderer findet im Schnee eine erstarrte Schlange. Er wärmt sie an seinem Busen. Als sie wieder bei Kräften ist, beisst ihn das undankbare Viech in die Brust.

Damit ist eigentlich alles gesagt über das Verhältnis der Schweizer Verleger zur SRG.

Weil in dieser Kolumne aber noch hundert Zeilen fehlen, müssen wir etwas in die Details gehen.

Die Verleger drehen derzeit durch. Der Grund ist, dass die SRG mit Ringier und der Swisscom im April eine Werbeallianz startet. Das Trio vermarktet künftig TV- und Radio-Spots, Anzeigen und Adressen in einer gemeinsamen Firma. Das ist eine naheliegende Idee, weil Werbekunden ihre Zielgruppenkontakte damit aus einer Hand beziehen können.

Kommerziell aber ist es keine allzu grosse Geschichte. Wenn es gut läuft für die drei Partner, dann machen sie pro Jahr einen zusätzlichen Umsatz von 30 bis 40 Millionen Franken.

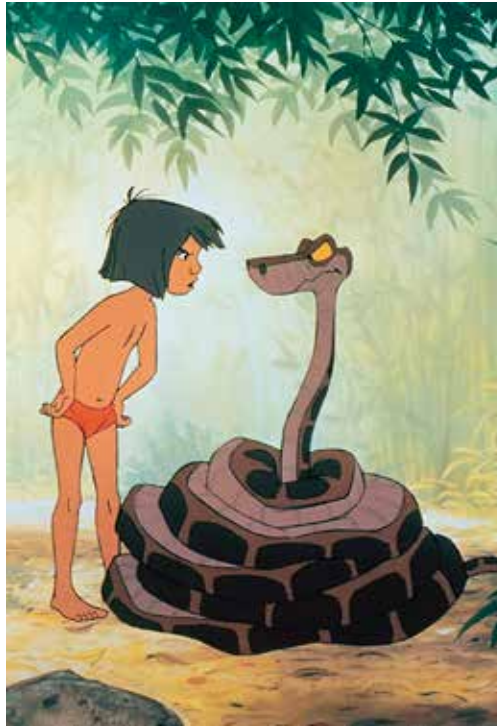
Die Verleger drehen trotzdem durch, weil die SRG ihnen strategisch wieder einmal einen Schritt voraus ist. Politisch attackierten sie darum über Monate, wenngleich vergeblich, die SRG und ihre zwei Partner. Mit einer Kaskade von Klagen versuchen sie nun, den Start der Kooperation zu verzögern – bis hin auf zum Bundesverwaltungsgericht.

Damit wären wir zurück bei Äsop. Die SRG ist die Schlange, die von den Verlegern an der eigenen Brust genährt wurde. Sie ist heute das dominierende Medienhaus des Landes, weil es die privaten Verleger so wollten.

Die Verlagsbranche hätte die SRG mehrmals domestizieren können. In den neunziger Jahren offerierte Bundesrat Dölf Ogi den Verlagen einen Konkurrenzkanal zur SRG, die damals pro Landesteil erst ein Programm ausstrahlte. Die Konkurrenz hiess Schweiz 4. Ogi wollte damit den «Geist von Leutschenbach» brechen. Doch die Verlage waren desinteressiert, weil sie das Marktpotenzial der SRG unterschätzten.

Dann versuchten Roger Schawinski und Tamedia mit ihren Fernsehsendern Tele 24 und TV3 das Monopol anzugreifen. Wieder schlugen sich die privaten Verleger reflexartig auf die Seite der SRG und schossen publizistisch aus allen Rohren gegen deren neue Konkurrenten.

Dann kam der ganz grosse Sündenfall. Nach dem Jahr 2003 setzten die Verleger das sogenannte Gebührensplitting durch. Sie bekamen SRG-Gelder für ihre defizitären Regio-



Dann kam der grosse Sündenfall der SRG.

nalradios und Regional-TV-Sender. Erst waren es 12 Millionen Franken im Jahr, inzwischen sind es 81 Millionen.

Die privaten Verleger wurden damit zu subventionierten Steigbügelhaltern der SRG. Als Höhepunkt unterstützten sie darum im letzten Sommer das neue Radio- und TV-Gesetz, das dem Staatsfunk für alle Zeiten die Vormachtstellung zementiert. Sie taten es, um ihre 81 Millionen aus dem Gebührentopf zu sichern.

Es waren Bestechungsgelder, und sie waren von der SRG glänzend angelegt. Das neue Gesetz kam mit der minimalen Mehrheit von 3700 Stimmen durch. Hätten die Verleger gegen die Vorlage opponiert, wäre die SRG an der Urne untergegangen.

Und hätten die Verleger gegen die Vorlage opponiert, dann hätte die SRG hinterher auch keine Werbeallianz mit Ringier und Swisscom gebaut. Nach einer Abstimmungsniederlage wäre ein solcher Verbund mit Sicherheit aus den politischen Traktanden gefallen.

So gehen die Verleger nun mit Klagen bis hinauf zum Bundesverwaltungsgericht gegen die SRG vor. Es ist, wie wenn ein naiver Wanderer gegen eine agile Schlange prozessiert.

Sagen wir es den Schweizer Verlegern einmal so: Gegen jahrelange kommerzielle Kurzsichtigkeit und strategische Dummheit helfen auch Bundesrichter nichts.

Nachsicht

Von Beatrice Schlag — Computer-Biografien und Erinnerungen.

Der Angeklagte hatte einen rötlichen Vollbart und sprach mit heftigem Akzent, sagten die Zeugen. Möglicherweise stimmt nichts davon, auch wenn die Zeugen keinen Grund hatten, zu lügen. Erinnerungen sind nicht zuverlässig. Jeder Jurist weiss es. Jede Familie auch, sobald sie sich trifft. «Weisst du noch, wie Jan ahnungslos in deine Haschbiskuits biss?» «Meine? Die waren von Silvia!» Endlose Diskussionen, keine Aussicht auf Einigung. Wer Liebesbriefe eines alten Schatzes nach Jahren wieder liest, ist meist verblüfft, wie viel liebevoller, besorgter oder kühler der Schatz klingt als in der gefühlten Erinnerung. Dass Erinnerungen mit jedem Zurückdenken etwas anders aussehen, ist längst bekannt. Aber das verändert sich gerade, und niemand weiss, mit welchen Folgen. Sicher scheint lediglich, dass das Gehirn sich immer weniger von dem merkt, was der Mensch im Computer abgespeichert hat.



«Unsere iPhones sind zwar noch nicht in unsere Köpfe eingepflanzt», sagte der Philosoph David Chalmers 2011 bei einem TED-Talk, «aber es ist, als sei es schon so.» Bei Telefonnummern und Geburtstagsdaten zweifellos ein Segen. Aber was geschieht mit den Dingen im Gedächtnis, die einen geprägt haben? Inzwischen können viele Dreissigjährige praktisch sämtliche erwähnenswerten Ereignisse ihres Erwachsenenlebens auf Facebook abrufen. Was passiert mit der Erinnerung im Kopf, wenn sie dank erschöpfender Dokumentation auf Facebook digital und unwiderlegbar festgehalten ist? Ist es wichtig für die Entwicklung von Menschen, an ihrer subjektiven Erinnerung festhalten zu können, um weiterzukommen, obwohl sie meist nicht richtig ist? Ist es ein Fortschritt, dass dank Internet die tatsächlichen kommunizierten und fotografierten Fakten der Vergangenheit überprüfbar sind? «Vergessene und falsche Erinnerungen im Kopf machen frei. Wir können vergangene Lieben hinter uns lassen und nicht mehr an alten Verletzungen leiden», schrieb der *New Statesman* vor ein paar Wochen. Das Internet ist nicht so gnädig. Es zeigt alle, die jung genug sind, auf Facebook und anderswo ihre Fotos und Kommentare zu posten, permanent als die Deppen, die alle Menschen irgendwann im Leben sind. Das nichtdigitale Gedächtnis ist nachsichtiger und hoffnungsvoller. Aber möglicherweise ohne Zukunft.

Leserbriefe

«Die zivilisierten «Gutmenschen» sonnen sich in einer Idylle, die längst einer brutalen Realität Platz gemacht hat.» *Herbert Fritschi*

Das Volk hat immer recht!

Nr. 9 – «Pfefferscharf» und «Schriller Weckruf»; Roger Köppel und Hubert Mooser über die SVP nach der Abstimmung

Die SVP darf aufatmen! Was zuerst als Desaster und Schlappe für diese Partei frohlockt wurde, entpuppt sich heute als wahrer Segen. Man stelle sich vor, die Durchsetzungsinitiative wäre mit 50,3 Prozent angenommen worden. 49,7 Prozent hätten alles unternommen, um die Härtefallklausel weiträumig auszulegen. Weitere Steine wären der SVP in den Weg gelegt worden. Nichts wäre unversucht geblieben, Zwietracht unter den Mitgliedern zu säen. Aber jetzt haben die Gewinner Rechenschaft darüber abzulegen, ob ihre Befürchtungen relevant und ob ihre Versprechen ernst gemeint waren. Etwas Weiteres hat diese Abstimmung gezeigt: Jetzt braucht es einen radikalen Stopp für unnötige Milliarden für Bildung, Kunst und Kultur. Die vermeintlich Gebildeten brauchen nicht mehr unterstützt zu werden, wenn sie sich namentlich dafür einsetzen, dass der Steuerzahler für ausländische Kriminelle aufkommen muss. Die Zeit von Dada und anderem Blödsinn ist vorbei. Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. *Werner Meier, Zeiningen*

Viele mir bekannte Ausländer/-innen, aber auch ich selber, waren schockiert, wie sich Politiker/-innen, Medien, Künstler/-innen et cetera für den Schutz von Mördern, Schlägern, Dieben und Vergewaltigern ins Zeug legten. Mit der «Nazikeule» wurden die Befürworter/-innen der Durchsetzungsinitiative mundtot gemacht. In der Gegenkampagne wurde verschwiegen, dass auch bei Annahme der Initiative alle Ausländer/-innen, die eine Straftat begehen, ein normales richterliches Urteil zu erwarten gehabt hätten. Auch die Opfer von Gewalttaten und das zunehmende Sicherheitsrisiko waren kein Thema, obschon in der Kriminalstatistik steht: Bei schweren Delikten sind die meisten Täter, nämlich 64 Prozent, Ausländer. *Sabina Geissbühler-Strupler, SVP-Grossrätin, Herrenschwanden*

Wieso Niederlage? Es ging ja nur um die Umsetzung einer bereits angenommenen Initiative. Leider wurde nur am Rande auf das «pfefferscharfe» Gesetz eingegangen. Gut möglich, dass das Gesetz mehr «Unmenschlichkeit» produziert, als es die Durchsetzungsinitiative (DSI) getan hätte. Bis zum Wochenende wurde behauptet, das Gesetz könne nach Ablehnung der DSI «sofort» umgesetzt werden, am Montag schon war es «frühestens» 2017. Mangels Ausschaffungshaft-Plätzen dürften die von den



«Die Problemlöser mit schmutzigen Händen.»

Gegnern der SVP vollmundig angekündigten Landesverweise nicht mal dann vollzogen werden, wenn sie es damit ernst gemeint hätten. Es gibt Pyrrhussiege und Niederlagen, die leicht in einen Sieg verwandelt werden können. Und es war ein Scharmützel, bei dem es um nicht viel gegangen ist. Dass endlich das Beitritts-gesuch zurückgezogen wird, ist unendlich viel wichtiger. Ist das Damoklesschwert EU-Beitritt erst mal weg, wird die SVP Wähler verlieren, weil es sie «nicht mehr braucht», wie sich Christoph Blocher ausdrückte. *Elisabeth Monika Oesch, Zürich*

Gutes gegen schlechtes Gewissen

Nr. 9 – «Knüppel der Historie»; Thomas Matter über Gutmenschen

Der Beitrag hat mich voll überzeugt. Das übertriebene «Gutmenschentum» der Deutschen, wie es sich gerade wieder in der Flüchtlingsfrage manifestiert hat, legt den Verdacht nahe, dass hierbei das historisch bedingte «schlechte Gewissen» immer noch nachwirkt. Gleichzeitig nehmen wir Kenntnis von einem finanzpolitischen Protektionismus, ja Imperialismus der Amerikaner. Nun, Amerika hat seinerzeit Europa von den Nazis befreit (oder zumindest einen wichtigen Beitrag dazu geleistet), das bleibt unbestritten und sehr dankenswert. Ist das aber nun, sieben Jahre später, immer noch ein Grund, um auf europäischer Seite gegenüber diesem hegemonialen Denken und Handeln dieses selbstgefälligen Weltpolizisten in duckmäuserischer Haltung zu verharren und so wenig Paroli zu bieten? Oder nutzen die

Amerikaner ihrerseits ihr gutes Gewissen gegenüber der «alten Welt» schamlos aus? *Arno Müller, Kappel*

Das Dilemma der derzeitigen Flüchtlingskrise zeigt deutlich den Unterschied zwischen den im Artikel treffend beschriebenen Gesinnungs- und Verantwortungsethikern. Gesinnungsethiker scheinen die Moral für sich gepachtet zu haben, sie stehen auf der vermeintlich «richtigen» Seite. Aus dieser komfortablen Position ist es ein Leichtes, mit erhobenem Zeigefinger auf Befürworter einer restriktiveren Migrationspolitik zu zeigen und sie als «Unmenschen» und «Populisten» zu verhöhnen. Gutmenschen müssen kein Risiko eingehen, sich selbst nie in die Schusslinie stellen. Besonders linke Kreise wissen diesen Vorteil für sich zu nutzen und öffentlich sowie voller Pathos zur Schau zu stellen. Was die EU und vor allem Deutschland dringend braucht, sind Verantwortungsethiker, die mit Rückgrat eine Politik vertreten, die sich am Umsetzbaren orientiert, die Anliegen der eigenen Bevölkerung mit einbezieht und wenn nötig auch Härte zeigt. Gesinnungsethiker jedoch provozieren mit ihrer naiven Politik der offenen Grenze eine Spaltung der Gesellschaft und sind Geburtshelfer der von ihnen gehassten «Rechtspopulisten». Das ist kein Humanismus, sondern Heuchelei. *Livio Lorenz, Gossau SG*

Die zivilisierten «Gutmenschen» sonnen sich in einer Idylle, die längst einer brutalen Realität Platz gemacht hat. Die Verweigerer der Drecksarbeit treiben die Parteien der «Problemlöser mit den schmutzigen Händen» in den Erfolg. Der Neid auf solche Erfolge beim Stimmvolk veranlasst sie dann, mit Populismus-Vorwürfen zu kontern. Wer aber keine politische Drecksarbeit verrichten möchte, ist ein Schönwetterpolitiker, der sich vor der Verantwortung drückt. Diese sind unbrauchbar und gehören abgewählt. *Herbert Fritschi, Bassersdorf*

Ungeahnte Risiken

Nr. 8 – «Stromausstieg»; Alex Baur über die Atomausstiegs-Initiative

Der Artikel bringt die Kernpunkte der Energiewende der Schweiz auf den Punkt. Der europäische Strommarkt verfügt inzwischen über keine Reservekapazitäten mehr. Ich warte jetzt gespannt auf den deutschen Restausstieg aus den KKW. Niemand denkt zurzeit an einen Ausbau von Grundlastkraftwerken. Swissgrid hat ja schon mal vorsichtshalber die obere Limite für den Bezugspreis verdreifacht, doch dürfte dies bei Mangellagen wenig nützen. Unsere lieben Nachbarn würden einen Überschuss wohl gern an die Schweiz zu guten Preisen verkaufen, indessen sind viele Risiken nicht einkalkuliert. Frankreich benötigt zu gewissen Zeiten selber viel Importstrom, und

seine Strommasten sind vor ein paar Jahren auch schon einmal beim «Lothar» reihenweise umgefallen. Das deutsche Netz ist inzwischen derart instabil, dass es nur noch mit Planwirtschaft, das heisst mit zeitweiser Abschaltung industrieller Kunden, aufrechterhalten werden kann. Holz, Kohle und Erdöl haben zwar bezüglich Luftverschmutzung ein Imageproblem, bieten aber einen bisher kaum beachteten Vorteil. Sie sind lagerfähig und bieten damit genau das, was dem Strom fehlt: den saisonalen Speicher. Darauf in wesentlichem Umfang zu verzichten, bringt ungeahnte Risiken. Ein Umbau auf der Basis Fotovoltaik (FV) bringt uns ausserdem noch ein Kurzzeitproblem. Die rotierenden Massen von Dampfturbinen und Generatoren sind unerlässliche Energiespeicher für die Kurzzeitschwankungen beim Verbrauch. FV kann dies auch in Zukunft nicht leisten.

Gottlieb Zehnder, Dipl.-Ing. ETH, Suhr

Funkstille im Ausland

Nr. 9 – «Service public für die Welt»; Kurt W. Zimmermann über Radio Swiss Pop

Die Realität der SRG ist trotz Swiss Pop nicht top. Fahre ich nämlich über die Schweizer Grenze und will mich in einem Vier- oder Fünfsternhotel im Fernsehen über die Geschehnisse in der Schweiz orientieren, ist meistens Funkstil-

le. Trotz sehr grosser Kanalauswahl mit Sendern aus der ganzen Welt sucht man meistens vergebens nach einem Sender von SRF, TSR et cetera, nur gerade im österreichischen und deutschen Grenzgebiet gab es schon positive Überraschungen. In Italien wie in Frankreich ist im Grenzgebiet zur Schweiz fast nie vom Tessiner oder vom Westschweizer Fernsehen etwas zu sehen – und schon gar nicht in von Schweizern stark frequentierten Golf-Resorts in Südfrankreich, Spanien und Portugal. Das Ausweichen auf iPhone oder iPads ist dann nur eine Notlösung und kein überzeugender Service public von SRF im Ausland. Jetzt kommt wahrscheinlich die Ausrede, dass es ja noch TV5 und 3sat gebe, doch über deren Schweiz-Berichte schweigt des Sängers Höflichkeit, trotz der beträchtlichen Beiträge, die wir Schweizer Billag-Zahler beitragen. Also: Wo ist der Service

public von unserem europhilen SRF in Euro-Land? Bruno Merki, Perroy

Dilettantismus und Grössenwahn Weltwoche allgemein

Ich frage mich immer wieder: Woher kommt der Grössenwahn des deutschen Volkes und seiner Politiker? Dieses Jahr wird Deutschland als Nation 145 Jahre alt. In dieser Zeit entwickelte sich besagter Grössenwahn vom Nationalismus zum Chauvinismus unter Kaiser Wilhelm II. Wilhelm wollte eine grössere Flotte als sein Cousin Georg V. in England. Ergebnis: Erster Weltkrieg. Nächste Steigerung: Das deutsche Volk und sein Führer Adolf Hitler wollten in einem tausendjährigen Reich als Herrenmenschen die Welt erobern. Ergebnis: Zweiter Weltkrieg. Nachdem 1945 das Pendel des Grössenwahns auf null gestellt worden war, hätte man eigentlich annehmen können, dass eine weitere Steigerung nicht mehr möglich sei. Weit gefehlt, der deutsche Grössenwahn ist immer noch steigerungsfähig. Seit geraumer Zeit werden die Deutschen zu Weltbürgern umgezogen, um die Welt vor Hunger, Durst, Unterdrückung und Verfolgung zu retten. Ganz nebenbei retten wir auch noch das Weltklima. Und das alles mit einem Höchstmass an Dilettantismus und Schildbürgertum. Herbert Weber, Lahr (Deutschland)

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Postadresse: Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

BMW Motorrad
Freude am Fahren
bmw-motorrad.ch

**INGENIEURSKUNST
ZUM ANZIEHEN.**

STARTE DIE SAISON WIE TOM LÜTHI:

Lass dich am bike'motionday 2016 von deinem Händler einkleiden und profitiere von exklusiven Gutscheinen.

Teste dabei ganz unverbindlich die Attraktionen der aufregenden BMW Modellpalette, wie die neue R 1200 GS ABS TripleBlack oder die neue S 1000 XR ABS. Der Frühling ist da! Jetzt bei deinem BMW Motorrad Partner.

Alle Infos unter www.bikemotionday.ch

Hier abtrennen

GUTSCHEIN CHF 100.00

FÜR DEN ERWERB VON BMW
FAHRERAUSSTATTUNG.

Gültig bis 31.3.2016. Einlösbar bei jedem BMW Motorrad Partner in der Schweiz, bei einem Einkauf ab CHF 600.00. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen. Barauszahlung nicht möglich.



GUTSCHEIN CHF 200.00

FÜR DEN ERWERB EINER BMW
WESTE STREET AIR MIT EINER
JACKE GS DRY API.

Gültig bis 31.8.2016. Einlösbar bei jedem BMW Motorrad Partner in der Schweiz. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen. Barauszahlung nicht möglich.



In der Wahrheitsfabrik

Der Bundesrat wirkt in seiner Migrations- und Europapolitik orientierungslos und zerstritten. Das zeigen auch die letzten Beschlüsse zu Kroatien und zur Personenfreizügigkeit.

Von Hubert Mooser

Die EU ist nicht das Thema, das Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) unter den Nägeln brennt. In Brüssel hat man ihn schon lange nicht mehr gesehen, er fliegt lieber ans andere Ende der Welt. Im Bundesrat ist der geschmeidige Romand auch nicht durch ein besonderes Engagement in diesen Dossiers aufgefallen. Fasst die Landesregierung europapolitische Beschlüsse, wie am Freitag vor einer Woche, drängt er aber auf die Bühne.

Der Bundesrat hatte die Botschaften zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI), zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien und einen weiteren Strauss an flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping verabschiedet. Keines dieser Geschäfte trägt die Handschrift des Aussenministers oder seines Departementes. Aber am darauffolgenden Sonntag verkündete Burkhalter in zwei ihm ergebenen Sonntagsblättern, man stehe bei den Verhandlungen mit der EU zur Umsetzung der MEI «sehr nahe an einer Lösung» – als habe er in Brüssel just die entscheidenden Pflöcke eingeschlagen.

Unfrieden säen und auf Reisen gehen

Das Interview war im Bundesrat nicht abgesprochen, Burkhalters Optimismus erscheint denn auch ziemlich übertrieben. Sommaruga hatte sich bei der Pressekonferenz nach der Bundesratssitzung vorsichtiger ausgedrückt: Sie und EU-Chefkommissar Jean-Claude Juncker hätten im Dezember 2015, nach zehn Konsultationsrunden, festgehalten, man wolle bei der Umsetzung des neuen Zuwanderungsartikels in der Verfassung eine einvernehmliche Lösung suchen. Davon ist man weit entfernt. Und die Schweiz kann das Dossier erst fertig beraten, wenn Grossbritannien am 23. Juni über den Verbleib in der EU abgestimmt hat. Vorher verhandelt die EU nicht mehr mit der Schweiz.

Man ahnt, dass die Justizministerin den sonntäglichen Sololauf Burkhalters nicht besonders schätzte, wie sozialdemokratische Mandatsträger sagen. Nach aussen gibt sich Sommarugas Umfeld jedoch, wie es in solchen Fällen üblich ist, betont zurückhaltend: «Wir kommentieren Aussagen anderer Bundesräte nicht», sagt ihr Kommunikationschef Guido Balmer. Und Burkhalter? Er säte Unfrieden, hob dann in Richtung Burkina Faso, Nigeria, Malta und der Slowakei ab.

Aber auf einen Streit mehr oder weniger kommt es auch nicht mehr an. Der jüngste

Krach offenbart eigentlich nur einmal mehr die Orientierungs- und Konzeptlosigkeit, aber auch das «Gärtlidenken», welches der Bundesrat bei jeder europapolitischen Etappe an den Tag legt. Nur schon die banale Frage, wer nach dem Entscheid bei der Pressekonferenz den Lead hat, löste dem Vernehmen nach eine Kaskade gehässiger E-Mails aus zwischen Bundespräsident Johann Schneider-Ammann und Justizministerin Simonetta Sommaruga.

Ein klarer Verfassungsbruch

Die unlösbaren Differenzen im Bundesrat über Tempo und Marschrichtung beim Gestalten der EU-Politik haben eine lange Tradition. Und so diktiert halt Brüssel der Schweiz die Bedingungen. Zum Beispiel bei der Unterzeichnung des Protokolls III zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Im März 2014 hatten Johann Schneider-Ammann, Simonetta Sommaruga und Didier Burkhalter in einem Papier noch festgehalten, dass die Unterzeichnung des Kroatien-Protokolls nicht möglich sei. In der letzten Bundesratssitzung vom vergangenen Freitag relativierten dann alle.

Die Schweizer und EU-Unterhändler pokerten und feilschten bis zuletzt um Modalitäten zum Kroatien-Vertrag. Die Schweiz wollte die

«Damit haben wir eine neue Ausgangslage geschaffen», säuselte Bundesrätin Sommaruga.

Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien nur mit einem Vorbehalt wegen der MEI unterzeichnen. Die EU schaltete auf stur, und die Schweiz unterschrieb den Vertrag ohne Vorbehalt. Und wie hat der Bundesrat davon erfahren? Laut bundesratsnahen Kreisen platzte am Freitag ein Weibel in die Bundesratssitzung und überbrachte Sommaruga die Nachricht von der eben erfolgten Vertragsunterzeichnung. Worauf der Gesamtbundesrat die Botschaft zum Kroatien-Vertrag abhakte – mit dem Segen des SVP-Bundesrates Guy Parmelin.

Dabei war die Meinungsbildung in der Regierung längst nicht so klar wie der Entscheid am Ende. Besonders Sommarugas Parteikollege Alain Berset wollte das Kroatien-Protokoll III erst nach der Brexit-Abstimmung in Grossbritannien behandeln. Denn vorher



Stochern im Nebel: Bundesräte Sommaruga,

könnte man nicht wissen, wie es bei der Umsetzung der MEI weitergehe. Auch in Sommarugas Departement sollen Juristen Bedenken geäussert haben, weil die Unterzeichnung des Protokolls III einem Verfassungsbruch komme. Der Bundesrat darf nämlich keine völkerrechtlichen Verträge unterschreiben, die dem neuen Verfassungsartikel über die Zuwanderung (121a) widersprechen. Die Einwände von Sommarugas Juristen werden aber nicht bestätigt.

Für SVP-Altbundesrat Christoph Blocher ist die Unterzeichnung des Kroatien-Protokolls III ein Verfassungsbruch. Dafür müsse man nur den Verfassungstext konsultieren. Fakt ist: Artikel 14 des Personenfreizügigkeitsabkommens sieht zwar die Möglichkeit einer Drosselung der Zuwanderung vor, entfaltete bisher aber kaum Wirkung und müsste neu ausgelegt werden. Die Höchstzahlen müssten aber auch danach jedes Jahr im Gemischten Ausschuss Schweiz-EU vereinbart werden. Und dies wäre alles andere als eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung, wie dies die Masseneinwanderungsinitiative verlangt.



Burkhalter, Schneider-Ammann (v. l.).

Sommaruga fabrizierte jedoch für die Medien eine neue Wirklichkeit: Die Unterzeichnung des sogenannten Protokolls III sei die Voraussetzung für die Teilnahme der Schweiz am EU-Forschungsprogramm unter dem Titel «Horizon 2020» gewesen. Die Konsultationen mit der EU-Spitze hätten gezeigt, dass in Brüssel der Wille vorhanden sei für eine Lösung bei der Umsetzung der MEI. «Damit haben wir eine neue Ausgangslage geschaffen», säuselte Bundesrätin Sommaruga letzten Freitag vor den Bundeshausmedien in Bern. Da kann man nur staunen.

Bundesrat brachte neue Vorlage

Tatsächlich ist die Situation nicht viel anders als im Februar 2014, als Sommaruga nach Annahme der MEI in fast vorauseilendem Gehorsam der EU-Spitze durchgab, man könne nun das Kroatien-Protokoll nicht mehr unterzeichnen. Sommarugas Parteikollege, der frühere Spitzendiplomat und SP-Nationalrat Tim Guldemann, findet, man hätte genauso gut das Protokoll vor zwei Jahren unterzeichnen können. «Wir hätten dann für die Ver-

handlungen zu «Horizon 2020» die bessere Ausgangslage geschaffen», so Guldemann.

Genauso diffus sind die Pläne des Bundesrates zur Umsetzung der MEI. Geplant ist eine einseitig anwendbare Schutzklausel, die in Kraft tritt, sobald ein Schwellenwert bei der Zuwanderung überschritten wird. Sommaruga sprach von einem Zwischenschritt. Das Ziel sei eine einvernehmliche Lösung mit der EU.

Nach Annahme der MEI im Frühjahr 2014 ging es noch in eine völlig andere Richtung, wie sich der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Nationalrat Hans-Ulrich Bigler (FDP, ZH), erinnert: «Damals stand die Kontingentslösung im Vordergrund.» Der Bundesrat habe jetzt eine völlig andere Vorlage gebracht. Aber derzeit gehe es bei der Umsetzung der MEI zu wie auf einem orientalischen Basar.

Bundesrat Alain Berset wollte eine ganz andere Lösung: Wie beim Kroatien-Protokoll III wollte er auch diese Geschichte bis im Juni aussitzen. Und in der Zwischenzeit hätte die Regierung einen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative ausgearbeitet. Das von Akademikern

lancierte Volksbegehren fordert eine Streichung des Zuwanderungsartikels in der Verfassung. Aber Berset kam damit nicht durch.

Es stellt sich auch die Frage, weshalb die Regierung eine Lösung verabschiedet hat, von der eigentlich im Bundesrat niemand überzeugt ist, wie das Sommaruga bei der Präsentation durchblicken liess. Sommaruga gab die Antwort gleich selber: Wenn man die Fristen zur Umsetzung der Initiative einhalten wolle, brauche es jetzt diesen Entscheid. Sollte es zu keiner einvernehmlichen Lösung kommen, gelangt Bersets Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative wohl wieder auf den Tisch, wie bundesratsnahe Kreise vermuten. Die SP macht dafür Druck. Spitzendiplomat Guldemann sagt jedenfalls, der Bundesrat solle auf Verfassungsebene mit einer Modifikation des neuen Zuwanderungsartikels die Grundlage für die Rettung der Bilateralen schaffen.

Rahmenabkommen schnell abschliessen

Als wäre die ganze Geschichte nicht schon kompliziert genug, wollten Burkhalter und Staatssekretär Jacques de Watteville auch noch den institutionellen Rahmenvertrag mit der EU bis im Juni festnageln. So viel ging aus der Tischvorlage hervor, die dem Bundesrat bei der Europa-Klausur am 24. Februar als Diskussionsgrundlage diente. Zur Erinnerung: Beim Rahmenvertrag geht es um die Übernahme von EU-Recht, um die Überwachung des Vollzugs der bilateralen Verträge und eine Schlichtungsinstanz im Streitfall. Burkhalter favorisiert eine Lösung über den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Der Bundesrat verweigerte Burkhalter aber hier die Gefolgschaft.

Die Fronten bei diesem Dossier sind seit Monaten unverändert: Die EU beharrt darauf, dass die Entscheide des EuGH abschliessend sind, Burkhalter hat der Bevölkerung dagegen verklickert, EuGH-Entscheide hätten für die Schweiz höchstens konsultativen Charakter. Ob abschliessend oder bloss konsultativ: Die SVP bekämpft den geplanten institutionellen Rahmenvertrag so oder so – auch mit ihrer Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter». Der Vater dieser Initiative, SVP-Nationalrat und Professor Hans-Ueli Vogt, hält unter anderem die dynamische Übernahme von EU-Recht als Grundsatz in einem Rahmenvertrag für problematisch. Das fakultative Referendum bleibe zwar erhalten, sagt Vogt, «aus meiner Sicht stellt sich aber die Frage, ob die Referendumsmöglichkeit nicht faktisch ausgehöhlt wird, wenn gemäss Rahmenvertrag die Nichtübernahme von neuem EU-Recht durch die Schweiz mit Sanktionen belegt wird».

Viele offene Fragen, Scheinlösungen und ein Bundesrat, der im EU-Dossier im Nebel stochert. Aber das wird Aussenminister Burkhalter nicht davon abhalten, irgendwann in den kommenden Wochen erneut einen Durchbruch zu verkünden. ○



Die Schweiz ist gezwungen, teure Regulierungen aus dem EU-Raum zu übernehmen.

Weniger Wohlstand pro Kopf

Unablässig warnen die Schweizer Wirtschaftsverbände vor fatalen Auswirkungen bei einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU. Sind die Bilateralen I wirklich so unverzichtbar? Ein nüchterner Blick zeigt ein anderes Bild. *Von Florian Schwab**

Kaum hatten die Bundesräte Simonetta Sommaruga (SP) und Johann Schneider-Ammann (FDP) ihre Überlegungen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) durchdekliniert, meldete sich bereits die Phalanx der Wirtschaftsverbände zu Wort: «Oberste Priorität hat die Erhaltung der bilateralen Verträge»,

liess Swissmem-Direktor Peter Dietrich über gesponserte Facebook-Werbung verbreiten. Economiesuisse verschickte die Botschaft: «Der bilaterale Weg hat Priorität.» Und der Gewerbeverband mahnte: «Eine Kündigung der bilateralen Verträge hätte fatale Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft.»

Nach wie vor hält sich in der Schweizer Wirtschaft die Sorge, mit einer konsequenten Umsetzung der MEI könnte die sogenannte Guillotine-Klausel aktiv werden: Kündigt eine Partei das Freizügigkeitsabkommen, so könnte damit das ganze Vertragspaket der Bilateralen I wegfallen.

Wie schlimm wäre eine solche Entwicklung? Darüber besteht bis anhin kaum eine belastbare Vorstellung. Und eine solche wäre ja spätestens dann unerlässlich, wenn die Bilateralen I im Verhandlungspoker mit Brüssel tatsächlich zur Disposition stehen sollten.

Im letzten Dezember hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zwei Gutachten veröffentlicht, die es bei privaten Forschungsinstituten in Auftrag gegeben hatte. Das Ergebnis: Bis ins Jahr 2035 würde ein Wegfall der Bilateralen in der Summe zu einer «Einbusse des Schweizer BIP von 460 bis 630 Milliarden Franken» führen.

Diese Zahlen scheinen auf den ersten Blick eindrücklich. Jedoch verlieren sie einen Teil

ihres Schreckens, wenn man bedenkt, dass bei weniger Zuwanderung das Bruttoinlandprodukt auf weniger Personen entfällt. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, beträgt die Einbusse gemäss den beiden Gutachten noch zwischen 21 500 und 36 000 Franken. Diese (immer noch substanziellen) Werte entstehen durch das Zusammenzählen der jährlichen Verluste der Jahre 2018 bis 2035. Den jährlichen Durchschnittsverlust pro Kopf verorten die beiden Gutachten lediglich zwischen 1200 und 2000 Franken.

Esel auf abschüssigem Pfad

Laut Kritikern wie dem Freiburger Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger neigen die Gutachten allerdings dazu, den Wert der Personenfreizügigkeit zu überschätzen. Dies, weil sie einerseits viele Kosten ausklammern, die durch die Personenfreizügigkeit entstehen (siehe Tabelle auf Seite 35), und andererseits, indem sie einen sehr langen Prognosezeitraum wählen. Ähnlich wie bei einer Zinseszinsrechnung pflanzen sich dadurch ursprünglich kaum wahrnehmbare Auswirkungen immer stärker fort. Verliert man beispielsweise im ersten Jahr einen Franken, so verliert man denselben Franken im zweiten Jahr noch einmal und obendrein zwei weitere Franken. Im 18. Jahr beträgt durch diese Verkettung der Verlust das

171-Fache des Verlusts im ersten Jahr. Zudem wird angenommen, dass sich die Schweizer Wirtschaft in keiner Weise den neuen Verhältnissen anzupassen versucht, sondern – stur wie ein Esel – jahrzehntelang auf einem abschüssigen Pfad weitertritt.

Durch die Wahl des Prognosezeitraums liesse sich so jedes beliebige Ergebnis herbeiführen. Auf kürzere Sicht sind dagegen zuverlässigere Aussagen über den Wert der sieben einzelnen Verträge möglich. Die folgende Aufstellung gibt den aktuellen ökonomischen Forschungsstand wieder. Darin fliessen die beiden angesprochenen Gutachten des Bundes, die umfangreichen Untersuchungen der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich sowie eine neue Publikation des Think-Tanks Avenir Suisse zu dem Thema ein.

1 — Personenfreizügigkeit: Gemäss Untersuchungen der KOF hat die Personenfreizügigkeit das Wachstum des Bruttoinlandprodukts pro Kopf zwischen 2012 und 2014 um 0,18 Prozentpunkte im Jahr gesteigert. Pro Person macht dies jährlich gut 662 Franken aus. In dieser Auswertung enthalten sind allerdings die wachstumsschwachen 1990er Jahre, in denen die Schweiz an einer hausgemachten Immobilienkrise litt. Rechnet man die 1990er Jahre aus den KOF-Ergebnissen heraus, dann war der Effekt der Personenfreizügigkeit auf das BIP pro Kopf negativ. Demnach hätte sie jeden Inländer jährlich 1088 Franken gekostet. Statistisch gesicherte Erkenntnisse über einen positiven oder negativen Wert der Personenfreizügigkeit bestehen also kaum.

2 — Technische Handelshemmnisse: Dieses Abkommen gibt Herstellern in der Schweiz und im EU-Raum die Möglichkeit, ihre Produkte nur in einem der beiden Märkte zu zertifizieren und dennoch in beiden zu verkaufen. Gemäss Verlautbarungen von Economiesuisse bringt das Arrangement jährlich bis zu 350 Millionen Franken an Ersparnissen bei der Zertifizierung. Davon betroffen sind exportierte Güter im Wert von jährlich rund 30 Milliarden Franken. Ein Seco-Gutachten verortet die negativen Effekte eines Wegfalls des Vertrags bei 144 Millionen Franken im Jahr. Pro Kopf der Bevölkerung ergibt sich ein jährlicher Wert zwischen 18 und 44 Franken. Möglicherweise ist der tatsächliche Nutzen noch geringer. Eine Auswertung des Ökonomen Florian Hälg für Avenir Suisse zeigt, dass das Abkommen die Absatzmenge der darin erfassten Schweizer Produkte in die Europäische Union nicht positiv beeinflusst hat (umgekehrt aber wohl).

3 — Forschungszusammenarbeit: Das Abkommen regelt die finanzielle Beteiligung der Schweiz an den Forschungsprogrammen der EU. Das letzte Programm, das von 2002

bis 2007 lief, hat gemäss Bundesrat insgesamt einen positiven Nettorückfluss und Forschungsgelder im Umfang von 19,2 Millionen Franken gebracht. Für die Neuauflage «Horizon 2020» rechnet das Departement Schneider-Ammann mit positiven Rückflüssen von gegen 220 Millionen Franken. Kritiker bemängeln allerdings, dass die EU-Programme überaus bürokratisch sind und mit dem Einsatz aller Mittel in der Schweiz ein besseres Ergebnis erzielt werden könnte. Pro Jahr und Kopf der Bevölkerung mag der Wert irgendwo zwischen 0 und 7 Franken liegen.

4 — Landverkehr: Die Schweizer Transportbranche profitiert eventuell in Form der sogenannten grossen Kabotage von dem Abkommen. Diese ermöglicht es Schweizer Spediteuren, anschliessend an einen Transport von der Schweiz in ein EU-Land innerhalb der EU einen weiteren Transport vorzunehmen. Zahlen über die tatsächliche Bedeutung für Umsatz und Gewinn der Branche existieren nicht. Die Schätzungen in bisherigen Studien belaufen sich auf 30 bis 400 Millionen Franken (zwischen 4 und 50 Franken pro Kopf der Bevölkerung und Jahr). Umgekehrt profitiert die EU sehr stark von den Infrastruktur-Investitionen, die die Schweiz in die Nord-Süd-Achse tätigt und an denen sie sich über die LSVA nur unterproportional beteiligt. Allein der Neat-Basistunnel, den *Die Zeit* schon als «Loch für Europa» bezeichnet hat, kostet mehr als 20 Milliarden Franken.

5 — Luftverkehr: Dieses Abkommen hat eine recht umfassende Liberalisierung des Luftverkehrs bewirkt. Schweizer Luftfahrtunternehmen dürfen relativ unbeschränkt im EU-Raum Flüge anbieten und europäische Anbieter in der Schweiz. Eines der Gutachten des Bundes prognostiziert bei einem Wegfall des Abkommens einen sofortigen Verlust von Hunderten Flugverbindungen von und in die Schweiz mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Standortattraktivität. In einzelnen Jahren könnten gemäss der Studie bis zu 9 Milliarden Franken an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung verlorengehen. Das andere Gutachten befürchtet ebenfalls den Wegfall von Flugverbindungen, veranschlagt die Kosten in den ersten Jahren aber nur mit zirka 400 Millionen Franken jährlich. Pro Person würde der Wegfall gemäss den Gutachten zwischen 50 und 1125 Franken kosten. Allerdings bleibt fraglich, inwieweit die beiden Gutachten die heutigen Realitäten in der Luftfahrtbranche abbilden. Schliesslich ist die Swiss seit ihrer

Effekte der Einzelabkommen

Pro Jahr und Kopf

Vertrag	Nutzen in Franken	
	Min.	Max.
Personenfreizügigkeit	-1088.-	662.50
Technische Handelshemmnisse	18.-	43.75
Forschungszusammenarbeit	0.-	6.88
Landverkehr	3.75	50.-
Luftverkehr	50.-	1125.-
Öffentliches Beschaffungswesen	4.25	10.63
Landwirtschaft	3.75	25.-
Systemischer Effekt	0.-	150.-
Total	-1018.25	2073.73
In Prozent des Schweizer BIP/Kopf (2014)	-1.3	2.6

QUELLEN: BAK BASEL, 2015; ECOPLAN, 2015; EIGENE BERECHNUNGEN.

Der Wert der Personenfreizügigkeit wird überschätzt.

Übernahme durch die Lufthansa im Jahr 2002 faktisch ein deutsches Unternehmen. Zudem werden heute sehr viele Flugverbindungen über Codesharings innerhalb grosser Airline-Allianzen bereitgestellt. Inwiefern hier das Abkommen überhaupt noch relevant ist, bleibt fraglich.

6 — Öffentliches Beschaffungswesen: Theoretisch erweitert das Abkommen die Möglichkeiten für europäische Anbieter, in der Schweiz an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, und umgekehrt. Auf der Ebene der nationalen Regierungen ist dies bereits durch entsprechende Regelungen der Welthandelsorganisation gesichert. Dafür würde es also keinen bilateralen Vertrag brauchen. Allerdings geht das entsprechende Abkommen mit der EU etwas darüber hinaus, indem es auch die Gebietskörperschaften unterhalb der nationalen Ebene sowie staatsnahe Sektoren mit einbezieht. Statistiken darüber, wie hoch die



Erfolgsquote von Schweizer Firmen in EU-Ausschreibungen ist, bestehen allerdings nicht. Die Studien des Bundes verorten den jährlichen Wert des Abkommens pro Kopf der Bevölkerung zwischen 4 und 11 Franken.

7 — **Landwirtschaft:** Das Abkommen hat Zölle bei einzelnen landwirtschaftlichen Gütern gesenkt oder abgeschafft. Vom Vertrag sind Schweizer Exporte im Wert von 1,3 Milliarden Franken jährlich erfasst. Dem gegenüber stehen Importe aus der EU im Wert von 5,8 Milliarden Franken, die unter das Abkommen fallen. Die Schätzungen darüber, welcher Anteil davon auf das Abkommen zurückgeht, bewegen sich zwischen 30 und 200 Millionen Franken im Jahr – oder zwischen 4 und 25 Franken pro Kopf.

Stoff für die weitere Debatte

Die Tabelle auf Seite 35 fasst die Minimal- und Maximalschätzungen zusammen. Diese zeigen, dass vor allem die Bewertung der Personenfreizügigkeit und des Luftverkehrsabkommens darüber entscheiden, ob bei den Bilateralen I ein positiver oder ein negativer Einfluss auf den Wohlstand pro Kopf der Bevölkerung resultiert. In den bisherigen Auswertungen fehlt allerdings ein wichtiger As-

Die Regulierungen gelten auch für Firmen, die gar nicht in die EU exportieren.

pekt: Bei allen Gütern und Dienstleistungen, die unter das Vertragspaket der Bilateralen I fallen, also namentlich zertifizierte Produkte, einzelne Landwirtschaftserzeugnisse oder Flugdienstleistungen, besteht das Ziel einer «äquivalenten» Regulierung zwischen den beiden Vertragspartnern. In der Praxis bedeutet dies, dass die Schweiz hier häufig gezwungen ist, teure Regulierungen aus dem EU-Raum zu übernehmen. Und zwar auch für Firmen, die gar nicht in die EU exportieren.

Stoff für die weitere ökonomische Debatte gibt es also noch genug. In Kürze will Economiesuisse eine eigene Untersuchung präsentieren, deren Ergebnisse der Wirtschaftsverband der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens bereits verraten hat: Gemäss seinen Berechnungen sind die Bilateralen I mehr als 4000 Franken pro Person und Jahr wert.

*Die hier präsentierten Ergebnisse sind einer Studie entnommen, die der Autor im Auftrag von Tito Tettamanti verfasst hat und die in der letzten Ausgabe Zeitschrift *Schweizer Monat* publiziert wurde (schweizermonat.ch/uploads/assets/bilaterale.pdf).

Tabubruch erwünscht

Es ist Zeit, dass sich Ökonomen mit den Kosten der Personenfreizügigkeit befassen.

Von Beat Gygi

Wie sehen die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Personenfreizügigkeit, Einwanderungskontrolle und liberaler Wirtschaftsordnung aus? Was sagen Ökonomen zum Spannungsverhältnis zwischen völlig offenen Grenzen und Zuwanderungslimiten? In der öffentlichen Debatte über die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» kommen diese Zusammenhänge nur oberflächlich zur Sprache. Die Diskussion darüber verläuft in der Schweiz bisher so, als gebe es eine Art Tabu, Vor- und Nachteile der Personenfreizügigkeit gegeneinander abzuwägen. Vergangene Woche hat der Bundesrat seinen Botschaftsentwurf für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorgelegt – und die Hauptreaktion war die Angst um die Bilateralen. Um die Diskussion auszuweiten, hat die Redaktion der *Weltwoche* eine kleine Schnellumfrage unter Ökonomen durchgeführt, die mit den Verhältnissen vertraut sind. Rund dreissig Ökonominen und Ökonomen aus Hochschulen, Verbänden und Think-Tanks wurde ein kurzer Fragebogen zugeschickt; die Hälfte unter ih-

nen hat ihn beantwortet, oft mit dem Wunsch, anonym zu bleiben. Hier die Skizze.

Gehemmte Diskussion

Auf den ersten Blick scheint die Umfrage ein klares Bild zu zeigen: «Es gibt einen breiten wissenschaftlichen Konsens darüber, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU sich positiv auf den Wohlstand der ansässigen Bevölkerung in der Schweiz auswirkt.» Diese im Fragebogen aufgeführte Aussage erhält bei den Ökonomen überwiegende Zustimmung. Allerdings kann der Satz auf zwei Arten gedeutet werden. Entweder sind sich die Befragten tatsächlich weitgehend darin einig, dass die Personenfreizügigkeit den Wohlstand der Schweizer fördert. Oder sie sehen einfach, dass dieser Befund sehr verbreitet ist, vor allem auch in Verwaltung und Verbänden, ohne dass aber klar ist, ob er tatsächlich zutrifft. In diesem Fall ist der Gedanke an Begriffe wie «Tabu» oder «Schweigespire» naheliegend.

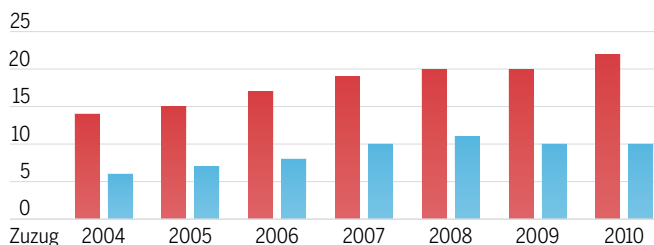
Der Gedanke ist nicht abwegig. Der Fragebogen enthält auch folgenden Satz: «Wenn

man die ökonomische Debatte über die Wohlfandeffekte der Bilateralen I auf einer Skala zwischen 0 (freier wissenschaftlicher Ideenwettbewerb) und 10 (von Tabus gehemmt) einordnen müsste, an welcher Position läge die laufende Diskussion Ihres Erachtens?» Der Mittelwert liegt mit 5,5 zwar etwa in der Mitte, aber die Angaben konzentrieren sich auf die Pole. Fast die Hälfte der hier zitierten Ökonomen vertreten also die Ansicht, dass die Diskussion in der Schweiz mehr oder weniger durch Tabus gehemmt sei. Ein Teilnehmer sagt es so: «Man versucht den potenziellen Verlierern einzureden, dass alle gewinnen. Vermutlich gewinnen die Gewinner mehr als die Verlierer verlieren. Aber das muss nicht so bleiben.»

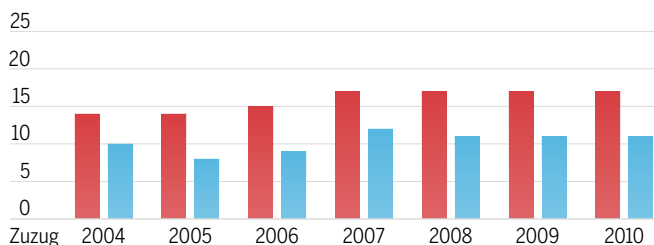
Um in Wirtschaft und Gesellschaft die Debatte zu beleben, muss man vor allem fragen, ob der freie Personenverkehr genau gleich zu betrachten ist wie der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Für die EU sind diese vier Freiheiten ja glei-

Risiko Arbeitslosigkeit

Anteil der zur Erwerbstätigkeit neu Zugezogenen, die bis Ende des dritten Jahres nach der Ankunft mindestens einmal Arbeitslosenentschädigung bezogen haben (in Prozent aller Neuzuzüger).



Anteil der über Familiennachzug neu Zugezogenen, die bis Ende des dritten Jahres nach der Ankunft mindestens einmal Arbeitslosenentschädigung bezogen haben (in Prozent aller Neuzuzüger).



■ Aus von der Euro-Krise stark betroffenen Ländern (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien)

■ Aus den übrigen Ländern der EU-17/Efta

QUELLE: SECO, BASS

Zuzüger ohne Arbeit.

chermassen obligatorisch, aber die Schweiz kann durchaus eigene Gedanken anstellen. Unsere Frage an die Ökonomen lautete deshalb: «Ist die Personenfreizügigkeit zwischen Schweiz und EU Ihrer Ansicht nach genau gleich zwingender Bestandteil einer liberalen Wirtschaftsordnung wie der grenzüberschreitende freie Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Kapital?» Das Resultat ist eindeutig: drei Jastimmen gegen zwölf Neinstimmen.

«Ohne Freizügigkeit keine Bilateralen»

Natürlich zwingen Ja/Nein-Antworten zu grober Vereinfachung, aber die Kommentare in den Fragebogen machen klar, dass die Zuwanderung in Volkswirtschaften mit umfangreichen Sozialsystemen keineswegs gleich betrachtet wird wie der Warenhandel oder der Kapitalverkehr. Der häufigste Einwand in den Antworten lautet, dass die Sicherungssysteme in Gesundheit, Arbeitsmarkt und Altersvorsorge ohnehin weit weg seien von einer liberalen Ordnung, unter diesen Bedingungen sei es falsch, die Personenfreizügigkeit unbeschränkt zuzulassen. Sozialversicherungen müssten grösstenteils auf dem Versicherungsprinzip beruhen, soziale Netze sollten nur für Härtefälle gelten. Die Grafik auf Seite 36 dagegen zeigt, dass in den vergangenen Jahren die Zuzüger aus dem Ausland jeweils in nennenswertem Umfang arbeitslos wurden.

Welches wäre die beste Methode zur Beschränkung der Zuwanderung? Wir fragten: «Welche Einschränkungen oder Nebenbedingungen für die Personenfreizügigkeit Schweiz–EU wären aus Ihrer Sicht mit einer liberalen Ordnung vereinbar?» Unter den Antworten, die für eine Einschränkung sind, findet die Zuwanderungsabgabe weitaus mehr Anklang als die in der Masseneinwanderungsinitiative vorgeschlagene Kontingentierung. Die Abgabe kann ein fester Pro-Kopf-Betrag oder proportional zum Einkommen bemessen sein, beide Arten finden in der Umfrage Anhänger. In jüngerer Zeit hat vor allem der in Freiburg tätige Ökonomieprofessor Reiner Eichenberger dieses Instrument propagiert. In der Umfrage vertritt er die Ansicht, dass eine Abgabe weniger bürokratisch und EU-verträglicher sei als Kontingente. Und wenn man sie pro Kopf erhebe, würden Arbeitsplätze nicht belastet. Weitere Teilnehmer verlangen einen Inländervorrang auf dem Arbeitsmarkt. Vorgeschlagen wird auch, statt eines freien Personenverkehrs eine kontrollierte und mengenmässig begrenzte Einwanderung für alle, nicht nur für EU-Bürger, einzuführen. Einige Bewilligungen könnte man auch verlosen.

Prominenter Warner vor einer Einschränkung ist Lars Feld, Professor in Freiburg im Breisgau, Mitglied des Gremiums der «Wirtschaftswesen» und Kenner der Schweiz. Er schreibt: «Ohne Freizügigkeit keine Bilateralen. Dadurch würde ein enormer Schaden für die Schweiz entstehen.» Bei aller Diplomatie



Prominenter Warner: Professor Lars Feld.

müsse man feststellen, dass ohne die Freizügigkeit die Bilateralen hinfällig würden und der dadurch entstehende wirtschaftliche Schaden für die Schweiz enorm wäre.

Gibt es Aspekte, die in der Diskussion bisher vernachlässigt wurden? Ja, die Teilnehmer bemängelten, dass nicht oder zu wenig diskutiert werde:

— welches der Einfluss von gesellschaftspolitischen und kulturellen Aspekten auf die institutionelle Ausgestaltung der Schweiz bei einer grossen Zuwanderung sein kann, etwa

Welches wäre die beste Methode zur Beschränkung der Zuwanderung?

für die Beziehung Bürger–Staat, die Einstellung zu den Sozialversicherungen, zu Arbeitsethik, Ausbildung, Umverteilung, Eigentums- und Freiheitsrechten;

— dass solche Faktoren letztlich für das langfristige Wachstum entscheidend sind;

— dass zu wenig von den Konsumenten, den Kapitaleignern und Immobilienbesitzern, einschliesslich Pensionskassen, die Rede ist und zu sehr von den Arbeitnehmern;

— dass Wissenschaft und Verbände zu stark auf rein ökonomische Argumente setzen und politökonomische Zusammenhänge vernachlässigen, was früher oder später auch die EU bemerken müsse;

— in welchem Ausmass die EU-Ausländer in der Schweiz dafür sorgen, dass überhaupt bestimmte öffentliche Leistungen, etwa das



Pro-Kopf-Abgabe: Professor Reiner Eichenberger.

Gesundheitswesen, auf dem derzeitigen Niveau aufrechterhalten werden;

— dass das vor den Bilateralen bestehende System der Kontingente der Schweiz eher eine Zuwanderung unqualifizierter Arbeitskräfte einbrachte;

— dass es bestimmten Berufsgruppen angesichts der auf ihre Löhne und Gehälter drückenden Konkurrenz durch qualifizierte Ausländer um den Erhalt von Knappheitsrenten geht;

— dass ein offener Arbeitsmarkt die Schweiz auch dazu zwingt, die Wirtschaftspolitik so auszurichten, dass das Land für die Gutqualifizierten und nicht für Einwanderer in die Sozialwerke attraktiv bleibt;

— dass es theoretisch wohl noch bessere Instrumente als die Personenfreizügigkeit gäbe – auch mit Blick auf die Drittstaaten;

— dass nicht in Stein gemeisselt ist, dass die Personenfreizügigkeit auch in Zukunft die optimale Lösung ist.

— dass die Schweiz auch als Drittstaat – wie über 150 andere Länder – mit der EU durchaus einen geregelten Wirtschaftsverkehr unterhalten könnte.

Besonders einprägsam erinnert schliesslich Henrique Schneider vom Schweizerischen Gewerbeverband an die Kosten, die eine allzu grosse Nähe zur EU mit sich bringen könnte: Die wichtigste Frage ist für ihn, ob die Schweiz nach und nach in die Logik des EU-Binnenmarktes gedrängt werde. Diese sei das Gegenteil der Logik der Bilateralen. Die Kosten des Binnenmarktes stellten einen derartigen Quantensprung dar, dass sie durch nichts gerechtfertigt werden könnten. ○

Iss dich schön

Nadia Damaso heisst die neue Schweizer Küchenfee. Das erste Kochbuch der zwanzigjährigen Engadinerin ist bereits ein Bestseller. Doch damit ist ihr Erfolgshunger noch lange nicht gestillt.
Von Claudia Schumacher und Thomas Buchwalder (Bilder)

«Du machst das alles nach Gefühl, oder?», fragt der Fotograf mit verdutzter Bewunderung und schaut auf die Schüssel mit den Federkohlblättern. «Immer», sagt die Köchin Nadia Damaso mit einem Grinsen, das zeigt, wie sie sich über das Kompliment freut. Über die grünen Blätter giesst sie eine Salatsauce, die sie gerade frisch ohne Öl, dafür mit gerösteten Cashewnüssen im lautstarken Mixer zubereitet hat.

Die Schweizerin Nadia Damaso hat einen Hit gelandet: «Eat Better Not Less» (2015), das Kochbuch zu ihrem gleichnamigen Food-Blog, den sie seit 2014 betreibt, liegt seit Monaten vorn in den Sachbuch-Bestsellerlisten im deutschsprachigen Raum. Auf dem sozialen Netzwerk Instagram stellt Damaso regelmässig Bilder von ihrem Essen online. Mehr als 102 000 Menschen folgen ihr dabei. Die Engadinerin ist vor kurzem zwanzig geworden. Sie hat Erfolg. Früh. Und er ist selbstgemacht wie ihr Markenzeichen-Salat.

Den knetet sie jetzt in ihrer WG-Küche in Zürich Oerlikon. Federkohlblätter wollten die Sauce einmassiert bekommen, wie sie erklärt. «Von Natur aus sind sie zäh, das Massieren macht sie geschmeidig.» Dann gibt sie eine Handvoll Heidelbeeren, ein paar Granatapfelkerne, ein paar schön geschnittene Scheiben Avocado, gebackene Süsskartoffelstreifen und geröstete Kichererbsen dazu. Mandelblättchen streut sie noch darüber. Es sieht schön aus. Sobald der Fotograf die Bilder davon im Kasten hat, werden die Schüsseln unter genussverstärkten Kommentaren («mmh», «mega») geleert.

Gutes Aussehen ist machbar

Damaso hat ein Händchen. Ihr Essen sieht nicht nur gut aus. Es schmeckt auch super. Das liegt nicht zuletzt an den Gewürzen. In das Cashew-Salat-Dressing hat sie Chili, Knoblauch und eine marokkanische Gewürzmischung namens Dukkah gegeben. Doch zuerst gibt es ein vorgezogenes Dessert: Bananenglace mit Chia-Pudding, gekochten Himbeeren, Erdbeeren und Granatapfel. Der Witz dabei: Die Bananenglace besteht einfach aus zuvor eingefrorenen Bananenstücken, die sie mit etwas Milch, aber ohne Rahm und Zucker im Mixer püriert. Zwei Tage später mache ich es zu Hause nach – es funktioniert. Wie die meisten Dinge, die heutzutage Erfolg haben, sind Damasos Rezepte sehr simpel. Nachahmung leichtgemacht. Man vergisst fast, zu erwähnen, dass es hier auch um Ernährung für gutes Aussehen und Gesundheit geht: Die Gerichte kommen

ohne weissen Zucker und Weissmehl aus. Sie sind gemüse- und obstlastig, Fettmacher sind selbst bei den cremigen Kreationen nicht enthalten. Es schmeckt nach Sünde, ist aber das Gegenteil: gut für dich. Desserts à la Damaso haben etwa ein Drittel der Kalorien von vergleichbaren Gerichten.

Es geht darum, nährstoffbetont und smart zu essen, um schlank zu sein – und nicht einfach nur darum, den halben Mars-Riegel statt des ganzen zu essen. «Man muss schon auch als schlanker Mensch schauen, dass man immer ausreichend isst. Das Richtige isst. Nur so ist gutes Aussehen auch auf lange Sicht machbar», sagt Damaso.

Da hat sie die Erkenntnisse der Medizin auf ihrer Seite. Die Schönheit der Haut und auch die Fettpölsterchen interessieren sich brennend dafür, wo die Kalorien herkommen. Der Körper will seine Proteine, seine guten Fette und seine komplexen Kohlenhydrate. Er will Vitamine, Mineralien, Wasser, und er will auch gute, verschiedene Geschmäcker, sonst verlangt er schnell nach mehr, als er eigentlich

«Sie verteufelt raffinierten Zucker nicht, sie isst ihn selbst einfach selten.»

brauchen würde. Eine Frau, die kaum isst und kaum Sport macht, kann in den Zwanzigern gut aussehen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit tut sie dies aber ab den Dreissigern schon langsam nicht mehr.

«Eat better not less» ist ein Motto, für das sie auch selbst einsteht. Sie führt es in der Einleitung ihres Buchs aus. Es ist ein ganzer Lifestyle. Sechsmal die Woche Sport. Dann geht sie anderthalb Stunden joggen. Und dreimal dazu noch ins Fitness. «Essen schmeckt besser, wenn man es sich verdient hat», meint Damaso. Gerade für Internetplattformen wie Instagram, wo nach dem Motto «Hallo, das, was ich mache, ist gut – und das sieht man mir an!» auch immer wieder Fotos der eigenen Person gezeigt werden, ist es überaus wichtig, dass Damaso sich hübsch fit hält. Im Regal hat sie ein Buch von Britanniens Kochprinz Jamie Oliver stehen. Das passt. Das Prinzip Oliver ist – auch wenn er anders kocht als Damaso (und hierzulande momentan hinter ihr liegt in der Bestsellerliste) – ähnlich wie das Prinzip Damaso: In den Rezepten steckt ein eigener Geschmack, und die Gerichte erfreuen sich

nicht zuletzt auch wegen der sympathischen Persönlichkeit so grosser Beliebtheit. Gutes Essen, gutes Aussehen – Erfolg. Dafür muss viel getan werden. Damaso steht morgens um sechs Uhr auf.

Halten wird sie sich noch müssen. Sie ist ein Shootingstar in der Food-Szene und in den Buchhandlungen, der sich aber noch beweisen muss. Ihre Küche daheim ist gut sortiert, aber noch herzlich hemdsärmelig. Das Geschirr vom Brocki. Ein gefundenes Holzbrett und ange- malte Metallplatten, auf denen sie ihr Essen kunstvoll für Instagram inszeniert und abfotografiert. Auch die Schüsseln mit Bananenglace, die sie für uns zubereitet hat, fotografiert sie vor Verzehr und postet sie am nächsten Morgen auf Instagram als «Banana-Icecream-Chia-Berry-Bowls». In den sozialen Netzwerken, wo Damasos Erfolg begann, schreibt sie nur auf Englisch. «Achtzig Prozent meiner Follower sprechen kein Deutsch», erklärt sie.

«Fleisch und Fisch und alles»

Mit achtzehn Jahren, noch im Gymnasium, begann Damaso, Bilder von ihrem Essen im Internet zu veröffentlichen. Es sollte gesund sein. Sie hatte zuletzt während eines High-School-Jahrs in Kanada ordentlich Gewicht zugelegt. Dort hatte sie aber auch gemerkt, dass sie kochen kann. Bei einem Wettbewerb für Kochlehrlinge gewann sie auf Anhieb. Beigebracht hatte sie sich alles selbst. Schon mit zehn Jahren ging sie kreativ an ihr Essen heran, zu der Zeit allerdings noch in der ungesunden Variante. Sie versuchte sich an Brownie-Mischungen, die man fertig kaufen kann. Und verbesserte sie durch Beimischen weiterer Zutaten nach ihren Vorstellungen.

Acht Jahre später, auf Instagram dann, hatte sie nach drei Monaten bereits sagenhafte 30 000 Anhänger. Nahrungsmittelhersteller meldeten sich bei ihr, ob sie nicht ihre Produkte testen und auf Instagram bewerten könne – feine Gratiszutaten für ihre Experimentierküche! Bei einem Familienfest machte ihr ein Verwandter dann den Vorschlag, doch ein Buch zu schreiben. Sie zögerte, fasste zum Jahresende hin aber den Vorsatz, sich ernsthaft an ein eigenes Buch zu wagen. Neben der Schauspielerschule, die sie mittlerweile angefangen hat.

Nachdem sie 2014 eigenhändig ein E-Book auf ihrem Blog veröffentlicht hat, fand sie einen Verlag für ein Hardcover. Letztes Weihnachten waren die Buchhandlungen voll



Es schmeckt nach Sünde, ist aber das Gegenteil: Kochbuchautorin und Food-Bloggerin Damaso, Eigenkreationen.

damit. Und mittlerweile bringt Damaso aufgrund ihrer eigenen Ernährungsumstellung wieder die zierliche, sportliche Figur mit fünfzehn Kilogramm weniger auf die Waage.

Teil des Damaso-Erfolgs dürfte auch sein, dass sie nicht wie andere, die gerade ebenfalls auf der Sich-gesund-ernähren-Welle reiten, in die Extreme geht. Sie verteuft raffinierten Zucker nicht, sie isst ihn selbst einfach selten und braucht ihn für die eigenen Kreationen gar nicht. Sie isst «Fleisch und Fisch und

alles», wie sie sagt, aber ihre Rezepte lassen sich auf unterschiedliche Bedürfnisse des Konsumenten hin anpassen. Sie rät in ihrem Buch beispielsweise, wie man zum Abnehmen portionieren sollte – aber nicht, ohne nett anzufügen: «Wenn man dann immer noch hungrig ist, kann man natürlich noch etwas nachschöpfen.» Auch die von uns als Gastgeschenk mitgebrachte Neunzig-Prozent-Kakao-Schokolade nimmt sie dankend an. «Als Schweizerin kann ich nicht wirklich auf Schokolade verzich-

ten», lacht sie. Gerade ist sie aus Kapstadt zurück. Wie die meisten Zwanzigjährigen möchte Damaso die Welt sehen. Im nächsten Buch will sie Reisen mit Kochen verbinden. Auch für eine TV-Kochsendung steht sie in Verhandlung. Wie wäre es mit einem Damaso-Restaurant? «Unbedingt!», sagt sie fröhlich. Und auch, dass da noch viel Arbeit vor ihr liege.

Nadia Damaso: Eat Better Not Less.
Fona. 256 S., Fr. 35.90

Bern will Dreck und Krawall

Brief eines besorgten Bürgers: Die Gewalt der Reitschüler gegen Polizisten ist politisch breit abgestützt. Ausschreitungen, rechtsfreie Räume und verslumte Siedlungen sind gern gesehen.

Von Anonymus*

Brennende Barrikaden auf den Strassen der Stadt, Attacken auf die Feuerwehrleute, Pflastersteine und Flaschen von Dächern, ganze Feuerwerksbatterien gegen Polizisten, elf verletzte Ordnungshüter: «An die Scharmützel zwischen linken Chaoten und der Polizei haben sich die verständnisvollen Bewohner der Bundesstadt mittlerweile gewöhnt», kommentiert die *Berner Zeitung*, um noch anzufügen, diesmal sei es doch etwas «zu viel» gewesen. Das Ritual wiederholt sich nach jedem Eklat: etwas Kritik und Bedauern, viel Einfühlung und dann Übergang zur Tagesordnung.

Es gibt aber immer noch einige Leute in Bern, die sich furchtbar aufregen können. Gerade heute war ein Mann mittleren Alters in meinem Beratungsbüro, der sich, immer lauter werdend, über die jüngsten Gewaltakte der Stadtberner Reitschüler gegen Feuerwehr und Polizisten ausliess, der über die Vertuschungen des Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät (SP), Schirmherr der Chaoten, schimpfte, der

De facto gewährt die Polizei der Einrichtung einen Status ausserhalb des geltenden Rechts.

auch den weichspülenden Berner *Bund* verfluchte, der nur darüber klage, dass die Randalie ein schlechtes Licht auf den Schandfleck der Stadt werfe, und nicht einmal zu sagen wage, dass die Chaoten aus lauter Linksfaschisten bestünden, und der zuletzt über die politischen Parteien herzog, die dem Treiben, teils ratlos, teils amüsiert zuschauten.

Ich musste dem empörten Mann sagen, dass er in der falschen Stadt wohne, wenn ihn das derart störe. Denn: Bern sei so, Bern wolle das. Wer nicht wegziehe, der gehöre dazu. Ich erinnerte ihn an einen Ausspruch des bürgerlichen früheren Journalisten Urs Paul Engeler, der den Kauf eines Hauses in der Stadt Bern als seinen «grössten strategischen Fehler» bezeichnet hat. Er ist nun, glaube ich, in Richtung Ostschweiz weggezogen.

Träumer, Nostalgiker, Naivlinge

Bern ist, medizinisch ausgedrückt, schizophren. Von den Ansichtskarten im Aushang, die in alle Welt verschickt werden sollen, grünen putzige Bärchen im klinisch sauberen Bärenpark und sorgsam gereinigte, Unesco-

geschützte und mit Geranien armierte Sandsteinwände der Altstadt oder mittelalterliche Brunnen mit üppigem Blumenschmuck. Viele wollen in dieser tradierten Fassadenwelt noch das echte, wahre und grosse Bern erkennen. Das sind die Träumer, Nostalgiker, Naivlinge, Realitätsverweigerer.

Angriff in terrorähnlicher Manier

Das wirkliche Bern ist die exakte Negation dieses Bildes. Das authentische Bern liebt den Krawall, nichtbewilligte Demonstrationen, verschmierte Mauern, Attacken auf (längst zur steten Friedfertigkeit abgerichtete) Ordnungshüter, rechtsfreie Räume und verslumte Siedlungen. Die regelmässigen Krawalle rund um die Reitschule werden nicht nur nicht verfolgt, sondern über das Kulturbudget der Stadt mit 378 780 Franken jährlich subventioniert.

Nun ist es hier nicht so, dass nur die rot-grüne Clique um Tschäppät, die die Hebel der Macht bedient, die alte (vielleicht oft zu starre und träge) Berner Ordnung aufgelöst hat. Die Stadt wird so demokratisch korrekt regiert wie andere Institutionen der Schweiz. Die linke Koalition in Exekutive und Legislative wird von Mal zu Mal gleich komfortabel bestätigt, und dies ununterbrochen seit 1992. Sie wird auch nach dem 27. November, dem Tag der nächsten städtischen Wahlen, wieder mit einem sicheren Mandat ausgestattet sein, wenn die nächsten Subventionstranchen entschieden werden.

Auch der Regierungsstatthalter, der das «Sicherheitskonzept» der Reitschule mitverfasst und bewilligt hat, ist vom Stimmvolk gewählt und steht als SP-Mann ausserhalb jeder politisch ernstzunehmenden Kritik. Mehr noch: Sämtliche fünf Versuche rechtsbürgerlicher Kreise, die Reitschule zu schliessen oder deren Betrieb durch den Entzug öffentlicher Gelder zu blockieren, sind an der Urne gescheitert, und zwar deutlich. Das Berner Volk hat in Kenntnis all der regelmässigen Gewaltakte und des Drogenhandels im Umfeld des Zentrums dieses stets «verständnisvoll» unterstützt.

De facto gewährt auch die Polizei der Einrichtung seit Jahren einen Status ausserhalb des geltenden Rechts. Sie betritt die Räume auch dann nicht, wenn Gesetzesbrecher in diese rechtsfreie Zone flüchten, entweder aus Angst oder, wie sie offiziell sagt, um die Auseinandersetzung nicht noch anzuheizen. Selbst als im Februar letzten Jahres in terrorähnlicher

Manier die Polizeiwache selbst und sechs Polizeifahrzeuge angegriffen und verwüstet worden waren, verfolgten die Polizisten die verummten Aggressoren brav nur bis zum Vorplatz. Juristen würden sagen: Diese völlige Autonomie des Sektors ist heute so etwas wie ein wohlverworbenes Recht.

Und die Reithalle steht damit keineswegs allein auf dem Stadtgebiet. 2013 haben die Berner Stimmbürger entschieden, den sogenannten Stadtnomaden eine Sonderzone für «alternative Wohnformen» zur Verfügung zu stellen. Bau- und andere Gesetze gelten in der geplanten Hütensiedlung nicht. Einsprachen der Bauern, die Land, Grundwasser und Tiere schützen wollen, verzögern das Projekt noch, verhindern aber die Errichtung des Berner Slums nicht.

Fazit: Krawalle, Gewalt und neue Primitivbehausungen sind demokratisch solide abgestützt und gehören zur momentanen Identität der Bundesstadt.

* Der Autor ist Unternehmer in Bern.



Momentane Identität der Bundesstadt: Reitschule,

Talentschmiede und Lebensschule

Die Berner Reitschule hat einen hohen gesellschaftlichen Wert. Sie spiegelt auch, wie sich unser Zusammenleben polarisiert. Mehr Gewalt und Polizei sind keine Lösung.

Von Ueli Mäder

«Wir scheitern nicht an Niederlagen, sondern an Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.» So teilen uns Jugendliche an einer Berner Hauswand etwas über sich und uns mit. Das nervt vielleicht. Auch deshalb, weil wir zwar viel für die Jugend tun, mit ihr aber wenig anfangen können. Gewalt hat damit zu tun.

Gewalt ist Zwang, physisch und psychisch. Sie kommt oft mitten aus der Gesellschaft. Die Reitschule unternimmt viel Gewaltprävention. Gleichwohl kommt es in ihrem Umfeld immer wieder zu Gewalt. Im Winter häuften sich offenbar Anzeigen wegen sexueller Über-

griffe. Die Reitschule erhöhte darauf die Zahl ihrer Sicherheitskräfte und sensibilisierenden Kampagnen. Das kann die Zivilcourage der Gäste stärken. Hoffentlich bei allen Übergriffen. Egal, woher sie kommen. Opfer sind stets zu schützen.

«Recht auf Differenz»

Die Polizei hat ein demokratisch legitimes Gewaltmonopol. Das ist nötig. Sie will ihre Präsenz vor der Reitschule stärken, gefährdet aber so teilweise auch die Sicherheit. Denn polizeiliche Kontrollen arten immer wieder

aus. Mehr Zivilcourage wäre wohl wirkungsvoller. Damit plädiere ich nicht für eine rechtsfreie Zone. Aber Jugendliche brauchen mehr Freiräume, wo sie ihre Freizeit selber organisieren können. Läuft ein Konflikt aus dem Ruder, ruft die Reitschule selbst die Polizei. Trotz gegenseitig hohem Misstrauen. Beide Kontrahenten müssen ihre Muster und ihre Streitkultur unbedingt hinterfragen. Wer für sich ein «Recht auf Differenz» einfordert, muss es auch ändern zubilligen.

Schwierig ist die Auseinandersetzung mit jenen, die, wie letztes Wochenende, die Polizei als «bewaffnete menschenfeindliche Autorität» angreifen und dazu aufrufen, «weitere

Die Reitschule ist auch ein Auffangbecken für sozial Benachteiligte.

Angriffe und Aktionen zu wagen». So wie eine Gruppe, die sich auf den polnischen Anarchisten Leon Czolgosz beruft, der 1901 den amerikanischen Präsidenten William McKinley ermordete. Wer die Erklärungen dieser Gruppe liest, findet – nebst inhumanen Äusserungen über «Bullen» – auch eine ernsthafte Gesellschafts- und sogar Selbstkritik: «Wir wollen uns jedoch nicht in der Konfrontation verlieren», heisst es weiter im Text. Daran lässt sich anknüpfen.

Einzigartiges Projekt

Die Berner Reitschule existiert schon lange. Unzählige Personen engagierten sich dafür. Auch aus Politik und Verwaltung. Sie ermöglichen dieses einzigartige Projekt mit. Die Kultur- und Begegnungsstätte bietet kulturelle Veranstaltungen, Partys, eine feine Gastronomie und eine Plattform für gesellschaftspolitische Aktivitäten. Viele Jugendliche betrachten die Reitschule als Heimat, berufliche Talentschmiede und Lebensschule.

Die Reitschule ist auch ein Auffangbecken für sozial Benachteiligte. Sie beherbergt auf kleinem Raum einen Teil der Berner Ausgangsszene und entlastet die Innenstadt. Sie stellt einige Arbeitsplätze zur Verfügung, unterstützt das lokale Gewerbe und initiiert neue Start-ups in der Gastronomie, Kultur und im Handwerk. Die Reitschule prägt lebendige sozial- und kulturpolitische Diskurse. Sie probiert alternative Lebensformen aus und verdient Respekt. Wer sie kriminalisiert, marginalisiert sie. Weiterführend sind eine Ausweitung und eine gestalterische Öffnung des Vorplatzes sowie mehr institutionelle (Planungs-)Sicherheit und persönliche Zivilcourage.

Ueli Mäder ist Professor für Soziologie an der Universität Basel und an der Hochschule für Soziale Arbeit. Er ist Mitverfasser der Studie «Berner Reitschule. Ein soziologischer Blick» (Gesowip, 2015).



6. März 2016.

«Begierig auf Blut» im Aargau

Vom aargauischen Baden aus verbreitete eine mutmassliche Zelle des Islamischen Staats (IS) Propaganda. Ein in den USA verhafteter Dschihadist stand derweil mit der hiesigen Terrorgruppe in Kontakt.

Von Kurt Pelda

Auf dem Foto, mit dem er auf einer Online-Partnerbörse um die Gunst der Frauen warb, posierte der Mann im schwarzen T-Shirt und mit weisser Hose hinter einer Hecke in einem Park. So konnte die Betrachterin nicht erkennen, dass Osamah M., wie sich der irakische Asylant in Schaffhausen nannte, im Rollstuhl sass. Als Wohnort gab er Moskau an. Vielleicht ging es also gar nicht um Frauenbekanntschaften, sondern darum, unbemerkt von Polizei und Nachrichtendiensten mit Gleichgesinnten zu kommunizieren – auf einem unverdächtigen Kanal.

Osamah M., ein sunnitischer Iraker aus Kirkuk, wartet heute genau so wie sein Freund Wesam J. auf das alles entscheidende Gerichtsurteil. In dem bisher grössten Terrorprozess vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona hat die zuständige Staatsanwältin für beide die Höchststrafe verlangt: siebeneinhalb Jahre Gefängnis. Hauptvorwurf ist die Unterstützung einer kriminellen Organisation, darunter die Vorläufer des heutigen Islamischen Staats (IS) im Irak und in Syrien. Die anderen angeklagten Iraker, Mohammed O. und der Prediger Abdulrahman O., sollen mit geringeren Freiheitsstrafen davonkommen.

Wesam J. war auf derselben Online-Partnerbörse wie Osamah aktiv. Dort nannte er sich «Super-J.» Auf Facebook posierte er vor einem roten BMW. Mit Dreitagebart, Lederjacke und Bluejeans sah er nicht so aus, wie man sich einen IS-Terroristen vorstellt. Wie die anderen Angeklagten war Wesam ein glühender Anhänger des gestürzten und später gehenkten irakischen Diktators Saddam Hussein. Als Wesam in die Schweiz einreiste und Asyl beantragte, kam er bald in Winterthur unter, wo er sich mit dem radikalen libyschen Imam A. E. anfreundete. Dieser predigt heute in der berühmten Winterthurer An-Nur-Moschee. Laut einem Vertrauten schaffte es der Iraker damals, die Behörden mit seinen Schauspielkünsten an der Nase herumzuführen und Sozialhilfe zu beziehen, obwohl er stets dicke Autos fuhr. Er sei auch schon damals ständig in der Moschee gewesen, in der A. E. predigte. Später zog es Wesam nach Schlieren und dann nach Baden im Aargau.

Dort eröffnete er laut Bundesanwaltschaft eine Facebook-Seite unter einem Pseudonym. Als Wohnort gab er Zürich an. Eines der ersten Profilbilder war eine schwarze IS-Flagge, darunter auf Arabisch der Name «Islamischer Staat im Irak» (ISI), der Vorläufer des IS. Die vom aargauischen Baden aus gefütterte Facebook-Seite war das arabischsprachige Propagandaorgan des IS in der Schweiz. Insofern ist



Codewort «Arbeit»: Wesam J. alias «Super-J.»

es nicht abwegig, wenn die Bundesanwaltschaft den Angeklagten vorwirft, eine IS-Filiale in der Schweiz gegründet zu haben.

IS-Netzwerk und -Propaganda

Monate bevor Wesam besagte Facebook-Seite ins Leben rief, hatte Osamah bereits über Facebook mit einem irakischen «Flüchtling» namens Awos J. in den USA kommuniziert. Awos wiederum, der sich auf Fotos schick und cool und am liebsten vor teuren Autos präsentierte, unterhielt sich zu dieser Zeit auch mit dem im Irak geborenen Palästinenser Omar H., der in Texas lebte. Die beiden «Flüchtlinge» wollten zusammen nach Syrien reisen, um sich einer Terrororganisation, etwa der Nusra-Front beziehungsweise Ansar al-Islam, anzuschliessen. Grosse Teile dieser Organisationen schlossen sich später dem IS an. Awos fuhr dann laut Anklageschrift tatsächlich nach Syrien. Er befindet sich derzeit in Haft. Ebenfalls im Gefängnis sitzt Omar H., der es am Schluss nicht nach Syrien schaffte. Ihm wird vorgeworfen, einen Bombenanschlag auf Einkaufszentren im texanischen Houston geplant zu haben. In einem abgehörten Telefongespräch mit seiner Frau habe er gesagt: «Ich will mich in die Luft sprengen. Ich bin gegen Amerika.»

Es sieht so aus, als ob Awos in die Schweiz hätte kommen sollen. Das irakische Duo in den USA stand über Awos mit der mutmasslichen

Terrorzelle des IS in der Schweiz in Kontakt. Osamah habe zusammen mit Wesam einen nicht näher umschriebenen Terroranschlag geplant, schreibt die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklageschrift. Ein IS-Kommandant in Syrien mit dem Kriegsnamen Abu Hajer habe Awos in die Schweiz schicken wollen, weil dieser sich mit Waffen und Sprengstoff auskenne. Bevor der Iraker aus den USA aber in die Schweiz reisen konnte, wurden Osamah und Konsorten vor zwei Jahren in Schaffhausen verhaftet.

Allerdings könnte es gut sein, dass der mutmassliche Dschihadist Awos schon früher in der Schweiz war. Etwa zur selben Zeit, als Wesam in Baden seine Propagandaseite auf Facebook ins Leben rief, lud Awos in den USA das Foto eines blauen BMW-Cabrios hoch und benutzte es im Internet als Profilbild. Das Besondere daran: Das Fahrzeug trug ein Aargauer Nummernschild. Nach wie vor bleibt unklar, unter welchen genauen Umständen dieses Foto entstanden ist.

Wie Osamah und Konsorten benutzte auch Awos in Internet-Chats das Codewort «Arbeit» als Synonym für Terroraktionen. Einen mutmasslichen Terroristen im Vorort Dscharamana der syrischen Hauptstadt Damaskus fragte er etwa, ob dieser nicht mit ihm zusammenarbeiten wolle. Als der Mann mit «Ja» antwortete, schrieb Awos: «Ich will nichts in der Welt, ausser sicher nach Syrien zu kommen und dich dort zu finden [...]. Ich bin begierig auf Blut.»

Tatsächlich war Awos 2012, also kurz bevor er sich in die USA absetzte, in Damaskus im Umfeld von Nusra-Front und Ansar al-Islam aktiv. Er gehörte genauso zur Gruppe des Kommandanten Abu Hajer wie die in Bellinzona angeklagten Osamah M. und Mohammed O., die schon vor Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs gemeinsam in einer Wohnung in Dscharamana gelebt hatten. Dort erhielten sie auch Besuch von Wesam, wie die Bundesanwaltschaft in der Anklageschrift schreibt. Der Iraker Awos war offenbar ein Spezialist für gezielte Mordanschläge mit Pistolen und Schalldämpfern. Das schrieb er jedenfalls dem in Texas angeklagten Omar H. Dabei prahlte er auch, dass er im September 2012 bei einem spektakulären Bombenanschlag von Nusra-Front und Ansar al-Islam auf das syrische Armeehauptquartier in Damaskus mit von der Partie gewesen sei. Es sieht also tatsächlich so aus, als ob Awos über die Kenntnisse verfügte, die Osamahs IS-Zelle in Schaffhausen offenbar für ein Attentat fehlten.

Das Urteil des Bundesstrafgerichts wird am 18. März erwartet. ○

Aus dem Alltag einer Sozialrentnerin

Nach einem fünfjährigen Verfahren wurde eine gewerbsmässige Sozialbetrügerin vom Obergericht des Kantons Zürich zu einer bedingten Strafe verurteilt. Sie hatte einen Freispruch und 17 000 Franken Schmerzensgeld verlangt. Die Verfahrenskosten gehen auf die Staatskasse. *Von Alex Baur*

Vielleicht hat Flor dos Santos (Name geändert) fünf Geschwister, wie im erstinstanzlichen Urteil des Bezirksgerichtes Bülach geschrieben steht; vielleicht sind es auch acht, wie sie diese Woche anlässlich der Berufungsverhandlung vor dem Zürcher Obergericht erklärte. Das ist nur eine kleine Unklarheit von vielen aus dem nebulösen Lebenslauf der Portugiesin. 1991 kam sie erstmals irgendwie vorübergehend in die Schweiz, doch selbst nach 35 Jahren spricht sie kaum ein Wort Deutsch – jedenfalls «nicht zu hundert Prozent», wie sie via Übersetzer ausrichten lässt. Kein Nachhaken hilft bei ihr weiter. Flor dos Santos ist eine Meisterin des Ungefähren und der Unverbindlichkeit.

Gemäss Anklage hatte sie zusammen mit ihrem Gatten, dem Namen nach einem Perser, ab 2007 bis zu ihrer Verhaftung im April 2011 Einkünfte im Umfang von 151 000 Franken gegenüber dem Sozialamt verheimlicht. Sie selber erwirtschaftete im Schnitt monatlich rund 1000 Franken durch Putzen, ihr Mann handelte offenbar mit Handys, Autos und Versicherungen – oder mit Drogen. Die Autos (einen kleinen Mazda für sie, einen protzigen Ford Maverick 4 x 4 für ihn) hatte das Sozialrentnerpaar über den Verein für Menschenrechte im Iran geleast.

Flor dos Santos lebt seit 2003 von der Sozialhilfe. 2007 lernte sie ihren Gatten kennen, bald zog sie bei ihm ein; ihre vom Sozialamt gesponserte Wohnung vermietete sie zumindest zeitweise unter der Hand. Im selben Zeitraum stellte sie einen Antrag auf eine Invalidenrente, weil sie bei einem Raubüberfall, der viele Jahre zurückliegt, ein nachhaltiges seelisches Trauma erlitten haben will. 2010 sprach ihr die IV deshalb eine Teilrente (50 Prozent) zu. Gemäss Anklage bezog die heute sechzigjährige Portugiesin nebenbei noch unrechtmässig 50 400 Franken Ergänzungsleistungen sowie 10 700 Franken von der Arbeitslosenkasse. Sie liess, so scheint es, so ziemlich alles mitlaufen, was der Schweizer Sozialstaat halt so bietet.

Betrügereien nur zufällig aufgefliegen

Hier hakt ihr Verteidiger denn auch ein: Man habe ihr die Sache derart leicht gemacht, dass von betrügerischer Arglist keine Rede sein könne. «Es tut mir sehr leid», erklärte Flor dos Santos vor Gericht, «dass ich von den Ämtern nicht richtig informiert wurde.» Zwar hat sie auf zahllosen Formularen ihre vermeintliche Mittellosigkeit immer wieder unterschriftlich bezeugt. Doch mangels Deutschkenntnissen

habe sie nichts verstanden. Die Besorgung eines Dolmetschers lag nach ihrer Meinung in der Verantwortung der Ämter. Nach Ansicht des Verteidigers muss Flor dos Santos deshalb vom Hauptvorwurf des gewerbsmässigen Betrugs freigesprochen werden. Mit Verweis auf einschlägige Strassburger Urteile gegen Italien und die Ukraine verlangte er überdies 17 000 Franken Schmerzensgeld für die «überlange» Untersuchungshaft von vier Monaten.

Die Haft war tatsächlich lang. Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft gegen Flor dos Santos wegen der Drogengeschäfte ihres Gatten ermittelt. Übrig blieben bei der Anklageerhebung im Herbst 2014 indes nur die Sozialbetrügereien, die im Zuge der Ermittlungen rein zufällig aufgefliegen waren (eine ihrer Arbeitgeberinnen hatte sich nach dem Verbleib ihrer Putzfrau erkundigt). Das Bezirksgericht Bülach verurteilte die Portugiesin deshalb im letzten Juni zu 240 Tagessätzen bedingt und verrechnete die Strafe, wie im Schweizer Recht vorgeschrieben, gleich mit der bereits verbüsst Untersuchungshaft. Man mag diese Praxis als stossend empfinden, doch auch das Obergericht mochte daran nicht rütteln. Wer ein Gesetz ändern will, soll beim Gesetzgeber in Bern intervenieren, nicht in Strassburg.

Die angeblich mangelnden Deutschkenntnisse halfen in diesem Fall nicht weiter. Nach

den Worten von Gerichtspräsident Christoph Spiess muss auch ein Immigrant wissen, dass die Sozialhilfe der Existenzsicherung dient und Einkünfte zu deklarieren sind. Das sei Gemeingut. Im Einzelnen ging es zwar um relativ geringe Beträge, doch über die Jahre läpperten sich stattliche Summen zusammen. Von einem Versäumnis könne hier keine Rede sein. Man dürfe von den Sozialämtern nicht erwarten, dass sie jedem Fürsorgebezügler «einen Sozialdetektiv hinterherschicken».

Das Sozialgeld fliesst wieder

Wegen der überlangen Verfahrensdauer von fünf Jahren reduzierte das Obergericht die bedingte Warnstrafe auf 180 Tagessätze. Die Richter hielten dos Santos zugute, dass sie einen Teil des Geldes zur Betreuung ihres damals noch minderjährigen Sohnes nach Portugal schickte. Nach ihrer Verhaftung Anfang 2011 wurde die Sozialhilfe gestrichen. Hunger leiden musste die fesche Dame deshalb offensichtlich nicht. Vielmehr zügelte sie in die teure Stadt Zürich und liess ihren zwanzigjährigen Sohn aus Portugal nachkommen, der hier aber leider keine feste Arbeit fand. Vor einem Jahr wurde ihr Gatte erneut wegen Drogenhandels verhaftet. Seither lebt sie wieder von der Sozialhilfe. Ob ihr Junior bereits beim Sozialamt registriert ist, war nicht ausfindig zu machen. ○



Die Angeklagte ist eine Meisterin des Ungefähren und der Unverbindlichkeit: Zürcher Obergericht.

Beispielloser Blindflug

Die EU kann die Aussengrenzen nicht mehr sichern. Hunderttausende illegale Migranten drängen auf den Kontinent. Bundesrat und Parlament haben die Schengen/Dublin-Abkommen vor zehn Jahren fahrlässig falsch eingeschätzt und dargestellt. *Von Peter Keller und Wieslaw Smetek (Illustration)*

Auf dem Papier wirkt alles toll: Europa sichert nach aussen seine Grenzen, und nach innen fallen die Schlagbäume. Die Reisefreiheit innerhalb des Schengen-Raums sollte den europäischen Superstaat vorwegnehmen und die in den Augen Brüssels lästigen Nationalstaaten überwinden. Doch die Ereignisse der letzten Monate haben Schengen/Dublin die Geburtstagsparty gründlich vermiest.

Nach dem Euro fällt eine weitere theoretische Konstruktion der EU durch den Wirklichkeitstest. Hunderttausende illegaler Migranten drängen über die Grenzen nach Griechenland, Italien und auf dem Balkan. Flüchtlinge im eigentlichen Sinn sind davon nur die wenigsten. Wer an Leib und Leben bedroht ist, hat Anrecht auf Aufnahme im ersten sicheren Drittstaat. Wer quer durch einen Kontinent reist, um sich anschliessend sein Asylwunschländ auszusuchen, ist kein Flüchtling.

Der naive Willkommensruf der «Wir schaffen das»-Kanzlerin Angela Merkel hat nicht nur ihr eigenes Land gespalten, sondern ganz Europa in eine tiefe Krise gestürzt. Die osteuropäischen Staaten wehren sich gegen eine Zwangsaufnahme von Flüchtlingen.

«Schafft Europa die Krise – oder schafft die Krise Europa?» Was das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* mit einem Wortspiel umreisst, trifft auch die Schweiz elementar. Wie kam diese fatale Umklammerung zustande? Vor gut zehn Jahren berieten die Parlamente Schengen/Dublin, 2005 wurde mit dem Slogan «Mehr Sicherheit, weniger Asylbewerber» an der Urne für die beiden Abkommen geworben, 2006 wurden die Verträge schliesslich ratifiziert. Nach Durchsicht der damaligen Protokolle lässt sich ein deutliches Fazit ziehen: Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien starteten vor zehn Jahren einen beispiellosen Blindflug.

«Die Schweiz behält ihre Souveränität»
(CVP-Bundesrat Joseph Deiss, 2004)

Im kommentierten Gesetzesentwurf zu den Bilateralen II, der sogenannten Botschaft des Bundesrates, ist einleitend zu lesen, das bestehende Vertragsnetz gehe erstmals «über die rein wirtschaftliche Zusammenarbeit» hinaus. Aus der diplomatischen Beamtensprache übersetzt, heisst das nichts anderes, als dass die Schweiz politisch-rechtliche Verpflichtungen mit der EU eingeht.

Der damalige Justizminister Christoph Blocher (SVP) rückte denn auch mehrmals – direkt

und indirekt – die Souveränitätsfrage ins Zentrum der Debatte. Sein Bundesratskollege Joseph Deiss (CVP) widersprach, das Land werde autonom über die Übernahme neuer Rechtsakte entscheiden, dafür brauche es die Genehmigung des schweizerischen Gesetzgebers. «Es ist für uns also klar, dass die Schweiz ihre Souveränität behält.» Er stösst damit im Lager der SVP auf Skepsis, etwa beim damaligen Aargauer Ständerat Maximilian Reimann: «Diese Opting-out-Klausel ist und bleibt ein Stück Papier zur Beruhigung der Skeptiker in diesem Haus oder im Lande draussen.» Tatsächlich hat die Schweiz seit Inkrafttreten brav jede Rechtsentwicklung übernommen.

Für die Linke ist der drohende Souveränitätsverlust ohnehin kein Hindernis. SP-Präsident Hans-Jürg Fehr bekennt 2004 freimütig: «Die bilateralen Verträge sind für uns eine wichtige Etappe [...]. Aber nachher – das sage ich auch offen – geht es für uns weiter. Der nächste Schritt ist für uns die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU.»

So offen und ehrlich äussert sich die Linke nicht mehr in der Europafrage. Sei es, weil die Euphorie dahin ist, oder – und das wird wohl der Hauptgrund sein – weil die Bilateralen nach wie vor den versteckten Beitritt in Raten bedeuten. Aber die Bevölkerung bockt. Darum wird die tiefere Verbindung zwischen Bilateralismus und angestrebter EU-Mitgliedschaft verschwiegen (Linke) oder abgestritten (FDP und CVP).

«Das Bankkundengeheimnis wird festgeschrieben»
(FDP-Nationalrat Gerold Bührer, 2004)

Zu den am häufigsten wiederholten Argumenten für das Schengen-Abkommen gehörte die Sicherung des Bankgeheimnisses. Im Gleichklang mit der damaligen CVP-Präsidentin Doris Leuthard lobte der freisinnige Nationalrat Gerold Bührer: «Hier hat der Bundesrat bzw. die Verhandlungsdelegation erreicht, dass das Bankkundengeheimnis bei der direkten Fiskalität festgeschrieben wird, auch mit Blick auf weitere Rechtsanpassungen innerhalb der Europäischen Union.»

Der Zürcher Finanzspezialist und SVP-Nationalrat Hans Kaufmann konterte: «Herr Bührer, wie soll Schengen/Dublin das Bankgeheimnis dauerhaft schützen, wenn die EU im Jahre 2011, wie das im Zinsbesteuerungsabkommen vorgesehen ist, auf den Vertrags-

inhalt zurückkommt und dann den automatischen Informationsaustausch über die Grenzen verlangt? Davon ist sie noch nie abgewichen.» Gerold Bührer gab zu, dass «früher oder später» der Druck auf das Bankkundengeheimnis wieder aufkommen dürfte. «Ich zähle aber darauf, dass derartige Versuche – auch mit Ihrer Unterstützung – letztlich beim Volk scheitern würden.»

Das «früher oder später» war eindeutig ein «früher». Bührers FDP half mit, das Bankkundengeheimnis zu beerdigen, und verweigerte teilweise die Unterstützung der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» von Thomas Matter (SVP, ZH), die das Bankkundengeheimnis wenigstens im Inland bewahren möchte. Immerhin gehört Bührer dem überparteilichen Ja-Komitee an.

«Mehr Sicherheit ... und weniger Asylgesuche»
(CVP-Präsidentin Doris Leuthard, 2004)

Das Dublin-Abkommen richte sich «gegen Missbräuche im Asylwesen», so der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein 2005. Mit dem Registrierungssystem Eurodac soll sichergestellt werden, dass Asylsuchende nur noch ein Gesuch im Dublin-Raum stellen können. Aufgrund ihrer geografischen Lage gehöre die Schweiz «nicht zu den klassischen Erstasyländern».

CVP-Nationalrätin Doris Leuthard fasste die Zustimmung ihrer Partei zusammen: Sie sage ja, «weil wir mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung wollen» und «weil wir weniger Asylgesuche anstreben». Zu den Zahlen: Als die Bilateralen II an die Urne kamen, betrug die Zahl der Asylgesuche 10 061. Das war noch unter Justizminister Blocher. Ein Jahr nach seiner Abwahl stiegen die Gesuche sprunghaft um 53 Prozent auf 16 606 (2008). Unter Simonetta Sommaruga (SP) hatte die Schweiz zuletzt 39 500 Gesuche zu bewältigen (2015).

Sommaruga sass 2004 noch für den Kanton Bern im Ständerat und kritisierte die Gegner von Schengen/Dublin. Diese würden «Ängste schüren», dass die Schweiz mehr Flüchtlinge als andere Staaten aufnehmen müsse, «weil diese ihre Erstasylgesuche nicht melden». Es waren keine Ängste, sondern begründete Befürchtungen. Auf dem Papier komme Dublin elegant daher, fand Ständeratskollege Maximilian Reimann, in der Praxis aber weise es grosse Mängel auf, «weil die Datenbank von den südlichen EU-Ländern aus uns wohlbekannten Gründen



Gescheiterte EU-Politik.

nur unzulänglich mit den nötigen Daten gefüttert wird». Mit anderen Worten: Die Registrierungsdatei Eurodac und das damit verbundene Rückführungssystem funktionieren nur, wenn die verantwortlichen Länder ihrer Registrierungspflicht nachkommen – was von Anfang an nicht der Fall war, wie der damalige Justizminister Christoph Blocher auf Nachfrage bestätigt. «Heute kann man die Missstände nicht mehr verheimlichen.»

Joseph Deiss sah das naturgemäss anders: «Der Bundesrat ist davon überzeugt, dass mit Schengen und Dublin ein Sicherheitsgewinn zu erlangen ist.» Auch in der Botschaft des Bundesrates wird betont, Schengen erhöhe auch «präventiv» die Sicherheit in der Schweiz. Die Erfahrungen in den Grenzkan-tonen sprechen eine andere Sprache: Die «Qualität» der Einbrüche hat stark zugenommen. Die beiden

Basel haben wegen des Kriminaltourismus fast identische Standesinitiativen eingereicht. Entlang der offenen Grenzen seien deutlich erhöhte Deliktzahlen festzustellen, heisst es in der Begründung, und man fordert deshalb eine Aufstockung des Grenzwachtkorps. Dass die beiden Kantone in einer internen Befragung des Staatssekretariats für Migration (SEM) verstärkte Grenzkontrollen unlängst abgelehnt haben, zeigt die andauernde Unehrlichkeit in dieser Debatte.

«Wenn Dublin funktioniert ...»
(Justizminister Christoph Blocher, 2004)

Christoph Blocher war von den Abkommen nie überzeugt (siehe Interview, S. 46). Aus Gründen der Kollegialität musste er seine Zweifel verklausuliert ausdrücken. Das Eurodac-System,

so der SVP-Justizminister im Ständerat, soll egewährleisten, dass Illegale in jenes Schengen-Land zurückgeführt werden könnten, wo sie ursprünglich herkommen. Im Asylbereich könne dieser Nachweis relativ einfach erfolgen, weil den Asylbewerbern Fingerabdrücke genommen würden. Das dürfte ein Vorteil sein, so Blocher, «vor allem, wenn es funktioniert». Damit war der blochersche Konjunktiv eingeführt: «Wenn Dublin funktioniert ...».

Der Glaube an die gemeinsame europäische Asylpolitik blieb gleichwohl unerschütterlich. Die Zürcher CVP-Nationalrätin Rosmarie Zapf erwartete mit den Abkommen eine «effiziente Bewältigung» der Asilmigration. «Die Rückführung ins Erstasyland kann sofort erfolgen.» Theoretisch ja, praktisch nein. Griechenland und Italien sind ihrer Verpflichtung von Beginn weg nur mangelhaft nachgekommen.

«Die Schweiz muss sich selber schützen»

2004 vertrat der damalige Bundesrat Christoph Blocher gegen seine Überzeugung das Schengen/Dublin-Abkommen im Parlament. Er fordert eine Rückkehr zur Personenkontrolle an den Grenzen.



«Ein Land ohne Grenzen ist kein Land»: alt Bundesrat und SVP-Politiker Blocher.

Herr Blocher, als Justizminister haben Sie 2004 das Schengen/Dublin-Abkommen im Parlament vertreten. Wie überzeugt waren Sie von der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Asylpolitik?

Heute weiss man, dass ich ein absoluter Gegner war, auch im Bundesrat. Ich war auch überzeugt, dass dieses System nicht funktionieren würde, aber ich unterlag. Obsiegt hatten jene, die glaubten, die Schweiz bekäme mit Schengen/Dublin praktisch keine Asylgesuche mehr, weil die Schengen-Aussengrenzen «hermetisch», wie man damals sagte, abgeschlossen würden.

Im Ständerat sagten Sie: «Schengen hat man nicht geschaffen, um die Sicherheit zu erhöhen, sondern, um die Reisefreiheit zu gewährleisten.»

Die Befürworter sprachen von Sicherheit und meinten das Schengener Informationssystem (SIS). Die Schweiz hatte zwar diese Daten schon, allerdings auf rechtlich schwacher Basis. Die Deutschen versorgten die Schweiz damit im Interesse der internationalen Verbrechensbekämpfung. Aber man wollte mit Schengen vor allem die Reisefreiheit ermöglichen. Man wollte aus Europa einen grenzenlosen Raum machen, alles «Trennende» abschaffen. Dass die Schweiz sicherer werde

mit Schengen, war vorgeschoben. Sie ist auch nicht sicherer geworden.

Aber die Idee klingt doch gut: «Wir sichern die Aussengrenzen und können dafür im Inneren von mehr Freiheit profitieren.»

Eine intellektuelle Konstruktion, welche die Rechnung ohne die Realität macht. Die Theorie scheitert am Menschen. Wenn Brüssel zum Beispiel Italien befiehlt: «Ihr müsst die ankommenden illegalen Migranten und Asylsuchenden registrieren und dort behalten», dann braucht man ein Zwangsmittel, um diese Forderung auch durchzusetzen. Italien registrierte von Anfang an nicht oder mangelhaft, also funktionierte auch Schengen/Dublin von Anfang nicht. Jetzt kann man es einfach nicht mehr verheimlichen.

Was passiert gerade in Europa?

Keiner weiss mehr genau, was in den einzelnen Ländern vor sich geht. Es ist chaotisch, jeder versucht, sich selber zu helfen, was verständlich ist. Man ist sich nicht einmal einig, ob die Massnahmen rechtswidrig sind und ob gegen Abkommen verstossen wird oder nicht.

2004 sagten Sie: «Wenn Dublin funktioniert, erfüllt das natürlich die Forderung nach einem Drittstaatenabkommen, wie wir das ja eigentlich möchten, nach dem Personen, die schon in einem anderen Staat waren – illegal oder als Asylsuchende –, an diesen Staat zurückgegeben werden können.»

Das Wichtigste an diesem Satz ist der Anfang: «Wenn Dublin funktioniert...». Wie ich immer sagte, die ganze Konstruktion ist akademisch einleuchtend, super – nur funktioniert sie nicht. Man merkt jetzt auch drastisch, wie ungerecht der Zustand ist, dass die benachteiligten Staaten, die zufällig an der Schengen-Aussengrenze liegen, alle Afrikaner und alle anderen Migranten, die durch ihr Territorium kommen, eigentlich behalten müssten. Es ist völlig klar, dass diese betroffenen Staaten die Registrierungspflicht umgehen.

An einer offiziellen Gedenkrede zum Ende des Zweiten Weltkrieges sagten Sie: «Wer alle Grenzen auflösen will, muss sich nicht wundern, wenn damit nicht nur Grenzen, sondern auch der ganze Staat aufgelöst wird.»

Staaten ohne Grenzen kann es nicht geben. Das ist keine Ideologie, sondern eine Tatsache. Es gibt kein unbegrenztes Land, ausser die ganze Erdkugel wäre ein einziger Staat. Darum werden die Grenzen wieder gezogen. Ein Land ohne Grenzen ist kein Land.

In der Ratsdebatte haben Sie die Souveränitätsfrage ins Zentrum gestellt.

Darum geht es schliesslich. Die Schweiz hat mit Schengen ihre Handlungsfreiheit in einem wesentlichen Bereich verloren: in der Frage der Grenzsicherung, der Visapolitik, der Personenkontrolle und damit der Sicherheitspolitik generell. Ich hatte übrigens immer einen Aufpasser dabei während der Debatten, Joseph Deiss, damaliger Volkswirtschaftsminister, der schaute, dass ich nicht der Wahrheit zu viel sagte.

Hätten Sie vor zehn Jahren gedacht, dass Schengen/Dublin so rasch an den Anschlag kommen würde?

Nein, ich dachte einfach, in normalen Zeiten würde es gehen, auch wenn dieses System nicht funktioniert. So war es auch, man behauptete einfach, es funktioniere. Doch jetzt ist es geplatzt.

Was sollte die Schweiz jetzt tun?

Die Schweiz muss sich selber schützen, als ob es Schengen/Dublin nicht geben würde, denn Schengen/Dublin ist tot. Dabei sind Personenkontrollen an der Grenze das Wichtigste. Diese können nicht hundertprozentig sein, natürlich kommen nach wie vor Leute illegal ins Land. Aber das Grenzwachtkorps braucht wieder einen klaren Auftrag: «Wir lassen nur rein, wen die Schweiz reinlassen will und darf», und alle anderen müssen leider abgewiesen werden.

Interview: Peter Keller

Die Zahl der Rückführungen an Italien, den für die Schweiz wichtigsten Dublin-Partnerstaat, ist zusammengebrochen, obschon nachweislich die grosse Mehrheit der illegalen Flüchtlinge von Süden her einreist – aber eben unregistriert. Ungeachtet dessen schreibt das SEM noch in seiner kommentierten Asylstatistik 2015, dass die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten «grundsätzlich gut» funktioniere.

Auch der SP-Nationalrat Erwin Jutzet gehört 2004 zu den Dublin-Gläubigen. «Ich vertraue auf das europäische Asylverfahren, auf den Mindeststandard in den Ländern.» Leider vergeblich. Da Griechenland nicht mehr für korrekte Asylverfahren garantieren könne, dürften ab 2011 keine Asylsuchenden mehr rückgeführt werden, entschied der Europäische Gerichtshof. Auch für Italien und Ungarn gelten Einschränkungen (siehe Karte). Fazit: Wer schlampige Asylverfahren durchführt, wird doppelt belohnt. Die nicht registrierten Asylbewerber reisen weiter und müssen nicht zurückgenommen werden.

Philipp Stähelin (CVP, TG) glaubte, die Schweiz dürfte nur in wenigen Fällen der zuständige Staat (für Asylgesuche) sein, dazu genüge ein Blick auf die Landkarte. Deshalb erwarte der Bund «grössere Einsparungen in diesem Zusammenhang». Die Zahlen: Von den 39 500 Gesuchstellern letztes Jahr reisten nur 271 über die Flughäfen Zürich und Genf ein. Der Rest über den Landweg, folglich über sichere Dublin-Staaten. Gleichwohl wurden 2015 bloss 17 377 Dublin-out-Verfahren eingeleitet, woraus effektiv 2461 Überstellungen erfolgten. Damit ist auch die Sache mit den «grösseren Einsparungen» erledigt. Der Bund budgetiert mittlerweile allein für Sozialhilfe an Asylbewerber 940 Millionen Franken. Gesamthaft dürften rund drei Milliarden Franken im Bereich Asylwesen anfallen.

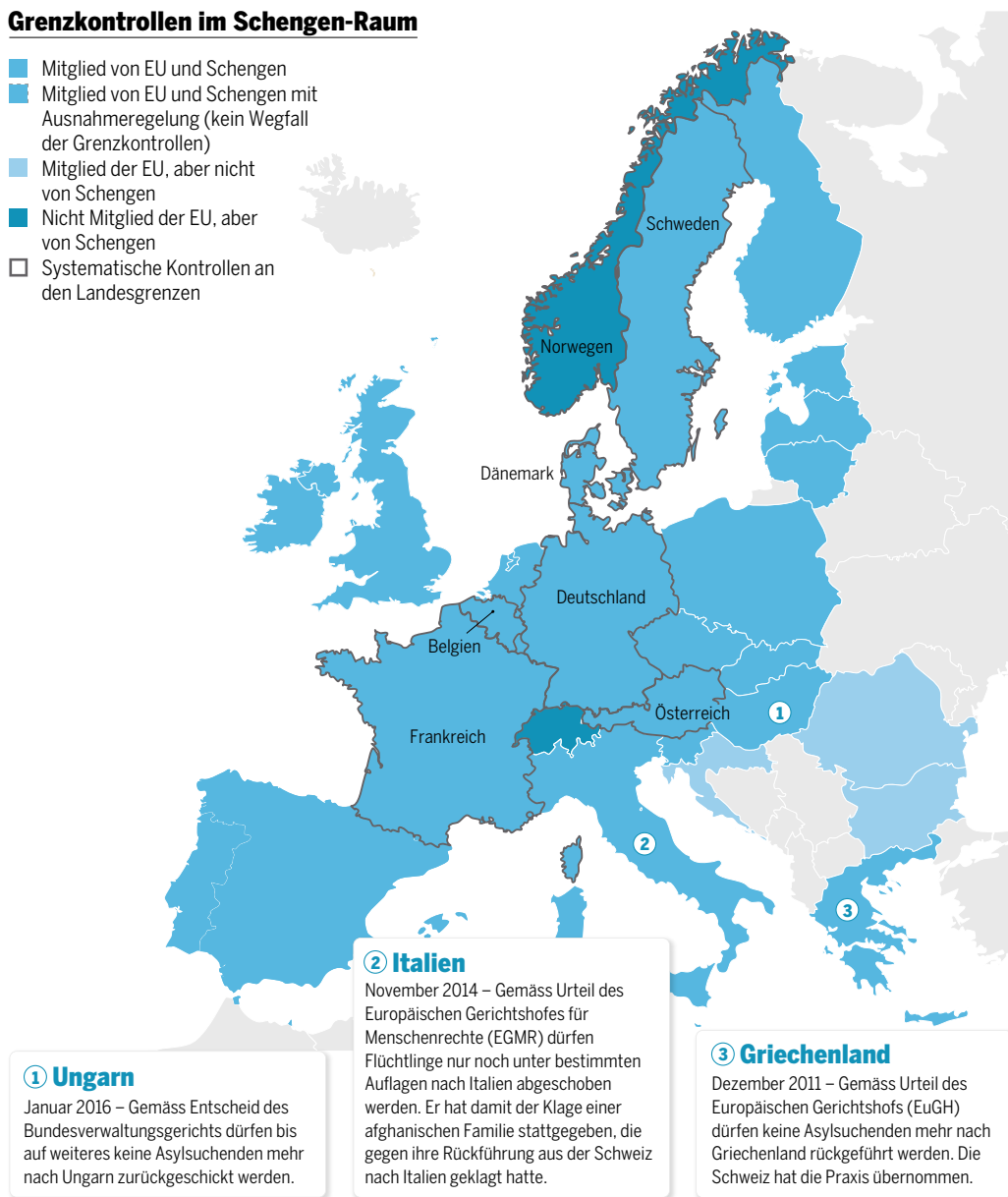
Die Schweiz schlafwandelt weiter

Auch was die neuen finanziellen Aufwendungen aufgrund von Schengen/Dublin angeht, haute der Bundesrat kräftig daneben. Im Abstimmungsbüchlein 2005 war von durchschnittlich 7,4 Millionen Franken pro Jahr die Rede. Im Gegenzug erwartete die Regierung «beträchtliche Einsparungen» dank der Dublin-Zusammenarbeit. Bundespräsident Joseph Deiss ging von 80 bis 100 Millionen Franken jährlich aus.

2011 musste der Bundesrat gegenüber der eidgenössischen Finanzdelegation erstmals Rechenschaft ablegen. Tatsächlich beliefen sich die Kosten bis dahin auf 215 Millionen Franken – sie waren um den Faktor 6 gestiegen. Von den erwarteten Einsparungen blieb nicht viel übrig. Statt den von Deiss in diesem Zeitraum versprochenen 400 bis 500 Millionen schauten bis 2011 lediglich 93 Millionen Franken heraus. Das Bild wiederholt sich in den folgenden Jahren: Den weit höheren Kosten stehen wesentlich tiefere Einsparungen gegenüber.

Grenzkontrollen im Schengen-Raum

- Mitglied von EU und Schengen
- Mitglied von EU und Schengen mit Ausnahmeregelung (kein Wegfall der Grenzkontrollen)
- Mitglied der EU, aber nicht von Schengen
- Nicht Mitglied der EU, aber von Schengen
- Systematische Kontrollen an den Landesgrenzen



1 Ungarn

Januar 2016 – Gemäss Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts dürfen bis auf weiteres keine Asylsuchenden mehr nach Ungarn zurückgeschickt werden.

2 Italien

November 2014 – Gemäss Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) dürfen Flüchtlinge nur noch unter bestimmten Auflagen nach Italien abgeschoben werden. Er hat damit der Klage einer afghanischen Familie stattgegeben, die gegen ihre Rückführung aus der Schweiz nach Italien geklagt hatte.

3 Griechenland

Dezember 2011 – Gemäss Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) dürfen keine Asylsuchenden mehr nach Griechenland rückgeführt werden. Die Schweiz hat die Praxis übernommen.

QUELLE: EUROPÄISCHE KOMMISSION

Wer schlampige Asylverfahren durchführt, wird doppelt belohnt.

Das Schengen/Dublin-System steht und fällt mit der Sicherung der Aussengrenzen. In seiner Botschaft versprach der Bundesrat 2004, dass an den Aussengrenzen «alle Personen» einer Kontrolle unterzogen würden, um deren Identität festzustellen. Diese Grundvoraussetzung ist nicht erst seit der momentanen Flüchtlingswelle ausser Kraft. Der Bundesrat ging weiter davon aus, dass auch dann ein Dublin-Staat für ein Asylgesuch zuständig sei, wenn Gesuchsteller aufgrund «mangelhafter Kontrollen» ins Gebiet der EU gelangen. Faktisch sind die EU-Schengen-Aussenposten Griechenland und Italien schon länger zu Durchreiselländern geworden.

Dublin ist eine Totgeburt – mit fatalen Folgen für Wohlfahrtsstaaten wie die Schweiz. Sie werden überrannt von Wirtschaftsflüchtlingen, die unter dem Asyl-Titel an die hiesigen üppigen Sozialleistungen gelangen wollen. Unsere nördlichen Nachbarn haben wieder systematische Grenzkontrollen eingeführt. Nur die Schweiz schlafwandelt weiter.

Als einziges Land hält sie die Grenzen offen gegenüber Italien. In der vergangenen Winter-session verlangte die SVP deshalb systematische Grenzkontrollen. Ohne Erfolg. CVP-Nationalrat Marco Romano aus dem stark betroffenen Tessin tat den Vorstoss als «populistisches Gerede» ab. Seine Partei stimmte zusammen mit den Linken geschlossen nein, die FDP mit grosser Mehrheit.

Justizministerin Simonetta Sommaruga wiederholt derweil ihr Mantra: Die Flüchtlingskrise könne nur gemeinsam überwunden werden, «es braucht eine europäische Lösung». Tatsächlich gibt es bereits eine europäische Asyl- und Sicherheitspolitik. Sie heisst Schengen/Dublin – und ist gescheitert. Der Ruf nach einer «europäischen Lösung» vertuscht nur, dass die Schweiz in einem relevanten Bereich der Sicherheitspolitik nicht mehr handlungsfähig ist. Vor diesem drohenden Souveränitätsverlust hatten Kritiker des Schengen/Dublin-Systems bereits vor zehn Jahren gewarnt.

Löcher im Zaun

Die Balkanroute ist geschlossen. Dennoch durchbrechen immer mehr Migranten die mazedonischen und ungarischen Grenzbefestigungen. Droht eine Eskalation der Gewalt? Beobachtungen aus Idomeni, wo sich der Flüchtlingsstrom staut. Von Boris Kálnoky

Schon von weitem sieht man sie durch Felder laufen, grosse und kleine Gruppen, Familien und junge Männer, mit nur einem Rucksack oder riesige Plastiktüten und Koffer schleppe. Alle streben auf ein unsichtbares Ziel zu: Idomeni, einen winzigen griechischen Ort an der Grenze zu Mazedonien. Seit die südosteuropäischen Staaten ein neues Grenzregime eingeführt haben, können Flüchtlinge nur noch von hier legal weiter nach Deutschland – vorausgesetzt man hat die richtigen Papiere und stammt aus der richtigen Region, was auf fast niemanden zutrifft.

Rund zehntausend Menschen vegetieren in improvisierten Zelten, die überall bunt aus dem Boden schiessen. Der Tag besteht aus Teekochen an offenen Lagerfeuern – und ansonsten aus Schlangestehen bei der Essensausgabe (man bekommt eine Rolle Klopapier dazu), stundenlang. Auch für ärztliche Betreuung. Für die Sichtung der Ausweispapiere. Für das Stellen von Anträgen. Und, vor dem geschlossenen Tor an der Grenze, für Einlass nach Mazedonien. Es ist ein Grenzübergang wie aus Kafkas düstersten Erzählungen. Nur für die Flüchtlinge gedacht. Hier müssen sie warten. Aber sie werden nicht eingelassen. Nur die wenigsten kommen durch – vielleicht hundert am Tag, nur Syrer und Iraker. Derweil kommen jeden Tag viele neue an.

Steine gegen Gummiknüppel

Mohammed Dschalal, Kurde aus Kirkuk im Nordirak, hat keine Chance. Er ist zwar Iraker, und als Iraker darf man prinzipiell weiter. Nach Deutschland will er, wie fast alle hier. «Aber sie sagen mir, Kirkuk sei sicher», erzählt er. Die kurdische Peschmerga-Miliz kontrolliert diesen Teil des Landes. Für die Behörden in Idomeni bedeutet das: Es besteht kein ausreichender Grund, um von dort zu fliehen.

Andere Männer scharen sich um Mohammed, auch sie aus dem kurdischen Nordirak, auch sie ohne Chance. Andere kommen aus Bagdad oder Damaskus. Sie bekommen ebenfalls zu hören: «Dort ist kein Krieg. Ihr dürft nicht weiter.» Und so wächst die Spannung. Im Gedrängel vor dem Grenztor sagt Mohammed: «Die Männer sind sehr wütend. Sie werden bald wieder versuchen, mit Gewalt durchzubrechen.» Wie am 29. Februar. Da hatten sich Hunderte Migranten und Flüchtlinge eine regelrechte Schlacht mit den mazedonischen Grenzern geliefert. Steine und Stöcke gegen Tränengas und Gummiknüppel.

Ein junger Mann, der angibt, aus Aleppo zu kommen, steht seit Stunden an, um seine Papiere prüfen zu lassen. Es ist die erste Station, wenn man eine Chance haben will, auf die andere Seite zu kommen. Englisch hat er studiert, das Studium aber wegen des Kriegs abgebrochen. Seinen Namen will er nicht sagen. «Es ist unerträglich», sagt er. «Alle sind verzweifelt.»

Auf der anderen Seite wissen die mazedonischen Grenzer, dass die vielen tausend Migranten irgendwann vielleicht alles riskieren wer-

«Was werdet ihr tun, wenn es einen Durchbruchversuch gibt?» – «Schiessen.»

den, um durchzukommen. Glänzend zieht sich eine Doppellinie von Nato-Draht und Stahlzaun durch die Landschaft. Ungarische Militärs haben beim Bau geholfen. Die Sperre sieht auch genauso aus wie der ungarische Grenzzaun. In regelmässigen Abständen stehen Panzerfahrzeuge der mazedonischen Armee, mit aufgesetztem Maschinengewehr. Patrouillen schlendern dem Drahtverhau entlang.

«Was werdet ihr tun, wenn es einen Durchbruchversuch gibt?», ruft der Reporter durch den Zaun. Ein Soldat, er sieht sympathisch aus, lächelt und sagt: «Shoot.» Sofort bringt

ihn sein Offizier zum Schweigen. «Nein, nein», sagt er. «Wir drängen sie nur zurück. Keine Schüsse.» Um die Gefahr einer Eskalation zu verringern, bemühen sich die griechischen Behörden, Migranten aus Ländern wie Afghanistan und Pakistan gar nicht erst nach Idomeni zu lassen.

«Die Polizei macht das gut»

Dreissig Kilometer lang ist der mazedonische Zaun auf beiden Seiten von Idomeni. Man kann ihn (noch) umgehen, die Grenze ist 200 Kilometer lang. Am Wochenende hat die Regierung verkündet, dass der Zaun auf die volle Länge der Grenze erweitert werden soll. Die Sicherheitskräfte, so der Plan, werden zusätzlich mit Tasern ausgerüstet, um Migranten notfalls mit Stromstössen unschädlich zu machen. Den Migranten ohne Aussicht auf ein Weiterkommen bleibt somit nur noch die Wahl: Bulgarien, Albanien – oder irgendwie durch den Zaun.

«Es gibt schon jetzt viel mehr Durchbrüche, seit die Grenze geschlossen wurde», sagt ein Offizier eines Polizeikontingents der sogenannten Visegrád-Staaten (V4). Er und seine Leute patrouillieren auf der mazedonischen Seite. Die V4-Länder Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei, aber auch andere Staaten der Region helfen Mazedonien, seine Grenze zu sichern. Die Tschechen etwa haben derzeit 27 Polizisten vor Ort, darunter zwei Hundeführer. «Immer öfter», so der Offizier, «finden wir frische Löcher im Zaun.» Teilweise seien es recht grosse Gruppen von Migranten – «bis zu hundert oder mehr» –, die sich durch den Draht schnitten. Die würden dann, wenn man sie denn erwischt, erkennungsdienstlich behandelt und zurück nach Griechenland geschafft.

Doch manche kommen durch. Im kleinen Grenzdorf Bogoroditsa macht sich Todor Uzuntschew, von Beruf Lastwagenfahrer, einen Spass daraus, nach Anbruch der Dunkelheit das Katz-und-Maus-Spiel zwischen Migranten und Grenzern mit seinem Nachtsichtgerät zu verfolgen. Sein Haus steht auf einem Hügel mit guter Sicht auf den Grenzzaun. «Die Polizei macht das gut», sagt er. «Man sieht die Flüchtlinge durchkriechen, und bald darauf sind meist auch schon die Grenzer da und fangen sie.» Aber einige schaffen es doch. «Ich habe selbst welche gesehen, in den Feldern, in den Gärten der Häuser», sagt Angel Tschewdarow, ein anderer Dorfbewohner.

Das erklärt vielleicht, warum auch weiter nördlich, an der ungarisch-serbischen Grenze,



«Alle Mittel anwenden»: Zoltán Kovács.



«Schweizer Gratisanwälte, wir kommen»: Migranten an der griechisch-mazedonischen Grenze, 29. Februar 2016.

der Druck auf den dortigen Zaun zunimmt. Einige Tage lang, nachdem Mazedonien seine Grenze für die allermeisten Migranten und Flüchtlinge geschlossen hatte, sank auch die Zahl der Durchbruchversuche an der ungarischen Grenze. Aber jetzt schneiden sich wieder durchschnittlich hundert Menschen pro Tag durch den Zaun. Am 4. März registrierte die Polizei 248 illegale Grenzübertritte – der höchste Tageswert, seit der Zaun Mitte Oktober vergangenen Jahres fertiggestellt wurde.

Die Regierung in Budapest hat Geld flüssig gemacht, um die bereits vielerorts löchrige Grenzsperrung zu reparieren, rund 200 000 Euro. «Binnen 24 Stunden», so heisst es, werde jeder Schaden repariert. Ministerpräsident Viktor Orbán hat eine weitere Stärkung des Grenzschutzes angeordnet. Infrarotkameras, Drohnen, Hubschrauber (insofern Ungarn welche hat, Neuanschaffungen werden seit langen Jahren auf die lange Bank geschoben) und mehr Truppen. «Es sind jetzt sehr viel mehr Soldaten und Polizisten an der Grenze», sagt Csaba Segesvári, Lokalreporter bei der Regionalzeitung *Délmagyarország*.

Aufrüstung an den Grenzen überall in Südosteuropa. Serbien hat in den letzten Tagen Hunderte Migranten nach Bulgarien deportiert, von wo sie gekommen waren. Ungarn

und neuerdings auch Rumänien schaffen Migranten zurück nach Serbien. Im neuen Europa der Zäune wächst zwangsläufig die Bereitschaft derjenigen Migranten, die legal keine Chance mehr haben, es mit Gewalt zu versuchen: die Zäune durchbrechen. In Idomeni, letzten Sommer auch an der ungarischen Grenze bei Röszke, kam es zu gewaltsamen Durchbruchversuchen. Werden Grenzer schiessen? An der bulgarisch-türkischen Grenze, so wurde im vergangenen Jahr berichtet, sei ein Migrant von bulgarischen Sicherheitskräften erschossen worden.

Auf Anfrage der *Weltwoche* sagte der ungarische Regierungssprecher Zoltán Kovács, die Regierung sei im Lichte der Erfahrungen im Sommer 2015 auf weitere Gewaltausbrüche gefasst. Man sei entschlossen, «alle Mittel» anzuwenden, um gewaltsame Grenzdurchbrüche abzuwehren. Allerdings nur «im Rahmen der nationalen und internationalen Gesetze». Das bedeute: Der Einsatz von Schusswaffen sei «nur im Falle eines bewaffneten Angriffs mit Schusswaffen möglich, und auch dann nur unter Berücksichtigung strenger Regeln». Im Klartext: Die Sicherheitskräfte dürfen nur schiessen, wenn auf sie geschossen wird.

Kein Krieg an den Zäunen also, kein Blutvergiessen. Denn es scheint doch unwahr-

scheinlich, dass Migranten mit Schusswaffen auf Sicherheitskräfte losgehen. Die griechischen Polizisten in Idomeni glauben noch nicht einmal, dass es zu grösseren Protesten kommen wird. «Sieh doch, wie sie alle brav Schlange stehen. Sie folgen allen Anweisungen», sagt ein Offizier.

Taxifahrer hoffen auf Grenzöffnung

Auf der mazedonischen Seite hat der Migrantenstrom den Grenzort Gevgelija sehr verändert. Es ist eine Kasinostadt, vor allem Griechen kamen über die Grenze. Jetzt, mit dem ganzen Drama um die Flüchtlinge, bleiben die Spieler aus. Dafür blühte im vergangenen Sommer ein anderes Geschäft: Früher gab es 70 Taxis in der Stadt, jetzt sind es 400. «Als die grosse Flüchtlingswelle kam, wurde plötzlich jeder Taxifahrer, sogar Zöllner und Polizisten», erzählt Wladimir, der selber ein Taxi hat. Es war leicht verdientes Geld, Flüchtlinge nach Serbien zu bringen. «Der Bürgermeister gab jedem eine Lizenz, der danach fragte.»

Jetzt ist die Grenze zu, das Geschäft tot. Die Fahrer blockierten vor zwei Wochen aus Protest die Hauptstrasse. Die Polizei löste die Demonstration mit Schlagstöcken auf. Nicht nur die Migranten hoffen, dass die Grenze irgendwann wieder geöffnet wird. ○



US-Wahlen

Ronald Trump

Wahlkämpfer Donald Trump greift erfolgreich die politische Elite an, setzt auf traditionelle Werte, will mehr Wohlstand und mehr Sicherheit für alle Amerikaner. Das erinnert an Ronald Reagan. Auch damals wurde einstimmig vor einem solchen Republikaner gewarnt. Zu Unrecht. Von Faith Whittlesey

Ich habe den wahren Ronald Reagan gekannt. 1976 habe ich als alleinerziehende Mutter und junge Politikerin alles riskiert, um Reagan gegen den amtierenden republikanischen Präsidenten Gerald Ford zu unterstützen. Vier Jahre später habe ich mit dazu beigetragen, dass der wichtige Bundesstaat Pennsylvania an Präsident Reagan ging, anschliessend arbeitete ich für ihn im Weissen Haus und als Botschafterin. Er war nicht die ruhige, onkelhafte Persönlichkeit, gezeichnet von Alter und Krankheit, wie er uns heute von den Medien in nostalgisch gefärbtem Licht präsentiert wird. Das ist eine Karikatur, die Bill Clinton und sogar Barack Obama hervorholen, wenn es ihnen nützt.

Ich kannte Ronald Reagan in einer Zeit, als Fernsehkommentatoren in Amerika und Europa ihn als herzlosen Extremisten bezeichneten, der darauf erpicht war, Amerikas Armen Nahrung und Obdach wegzunehmen und eine atomare Katastrophe zu risikieren. Ich war mit ihm, als die Rockefeller-Republikaner ihn als zweitklassigen Kinostar und als verrückten Kriegstreiber abtaten. Seine Anhänger wurden als fremdenfeindliche Hinterwäldler und religiöse Fanatiker verspottet. Reagan war ein Mann, der sich den Funktionären der Grand Old Party immer wieder widersetzte, bis er schliesslich gewann. Dann gab er Amerika neuen Schwung, kurbelte die Wirtschaft an und brachte die Berliner Mauer zu Fall.

Der enorme parteiübergreifende Zuspruch, den Donald Trump in beiden Lagern findet, wird in den europäischen Medien in der gleichen Weise erklärt, wie jener damals im Fall Reagan. Dies, weil sie sich voreilig auf das stützen, was die Medien aus New York und Washington melden.

«Ich habe für dieses Mikrofon bezahlt»

Ronald Reagan konnte wütend werden, was aber nur selten passierte. Als Parteimanager ihm bei einer Debatte während des Wahlkampfes 1980 das Mikrofon abschalten wollten, erwiderte er: «Ich habe für dieses Mikrofon bezahlt.» Das sass. Ein Politiker mit Rückgrat und Selbstbewusstsein, der gegen das Establishment einer Partei antrat, die im ganzen Land Stimmen verlor und in allen Belangen klein beigab, gegenüber der Sowjetunion ebenso wie beim unfinanzierbaren Ausbau des Wohlfahrtsstaates – ein solcher Typus war

neu. Die republikanische Partei von Nelson Rockefeller und Gerald Ford sah ihre Aufgabe darin, den Niedergang Amerikas zu verwalten, nur eben etwas langsamer und vernünftiger, als das die Demokraten getan hätten. Ronald Reagan schlug eine Alternative vor. Das verunsicherte einige, mobilisierte jedoch andere und endete mit einem erdrutschartigen Sieg der Republikaner. Reagan bereitete den Weg für Lech Walesa und Papst Johannes Paul II. vor, die das kommunistische Imperium in seinen Grundfesten erschütterten, und gab der amerikanischen Politik eine neue Ausrichtung, die bis zum Ende des Jahrhunderts andauern sollte. Mit Steuersenkungen und Deregulation schuf er das Fundament für eine lange Periode von Wachstum und Wohlstand.

Heutzutage gibt es zwischen den beiden Parteien kaum noch Gemeinsamkeiten in der Frage, wofür Amerika steht und wie das Land regiert werden sollte. In den vergangenen sieben Jahren des politischen und sozialen Unfriedens wurden wiederholt verfassungsmässige Rechte von politisierten Richtern und einer übergriffigen Exekutive missachtet. Das Land hat wirtschaftliche Stagnation und eine widersprüchliche Aussenpolitik erlebt. Amerika hat dadurch an Einfluss verloren, und Freunde, wie etwa die Schweiz, wurden schlecht behandelt und vor den Kopf gestossen.

Die führende Kandidatin der Demokraten bezeichnet Mitglieder der Republikanischen Partei als ihre «Feinde», während der Präsident Amnestien für illegale Migranten ohne gesetzliche Grundlage verkündet und Städte belohnt, in denen die Einwanderungsgesetze missachtet werden, die aufrechtzuerhalten er durch Eid verpflichtet ist. Kein Wunder, dass viele Amerikaner jeden Alters und aus allen Schichten nicht mehr bereit sind, dem politischen Establishment und den Medieneliten zu folgen, die so reich sind, dass sie die Konsequenzen des kulturellen Chaos im Land nicht zu spüren bekommen. Ihre Frustration ähnelt der Frustration vieler Europäer angesichts der Kosten und sozialen Auswirkungen von Beschlüssen und Ereignissen, die den Fortbestand der Schengen-Zone bedrohen.

Trump spricht Menschen an, die ähnlich frustriert sind und den etablierten Politikern keinen Glauben mehr schenken. Die Menschen sind überzeugt, dass Amerika einen Präsiden-

ten braucht, der nicht bestimmten Interessengruppen verpflichtet ist – und genau deswegen kommt Trump, der seinen Wahlkampf aus eigener Tasche finanziert, so gut an. Die Leute wollen einen Präsidenten haben, der dafür eintritt, Wohlstand für alle Amerikaner zu schaffen, und zugleich an traditionellen Werten festhält, die auf einem ausgewogenen Verhältnis von Ordnung und Freiheit beruhen. Sie wollen einen Präsidenten haben, der nicht bereit ist, mit dem sozialen Experiment faktisch offener



Ein Gewinn: US-Präsident Reagan, Unternehmer

Grenzen die Zukunft Amerikas aufs Spiel zu setzen – auch wenn er sich damit bei den Propagandisten eines antiwestlichen Multikulturalismus unbeliebt macht, ebenso bei Unternehmern, die von billigen Löhnen in der Schattenwirtschaft profitieren –, und der sich auch nicht von der abwegigen Kritik beeindrucken lässt, dass sichere Grenzen ein Ausdruck von Rassismus seien. Und wir brauchen einen Mann, der für Amerikaner aller Einkommensklassen eintritt, nicht nur für reiche Investoren mit einem zweiten Standbein im Ausland. Die Amerikaner sind auch kriegsmüde. Sie wollen einen Präsidenten haben, der eine bessere Versorgung der schwerverwundeten Veteranen des Irakkriegs verspricht – den Trump wiederholt als tragischen Fehler bezeichnet hat.

Gewiss unterscheidet sich Donald Trump in Persönlichkeit und Temperament von Ronald Reagan. Vernünftige Leute begegnen ihm, wie anderen Kandidaten auch, mit valablen Vorbehalten. Doch die Einwände, die in Amerika ge-

gen ihn vorgebracht werden und nun auch in Europa zu hören sind, gleichen auf verblüffende Weise den Einwänden, die seinerzeit gegen Ronald Reagan vorgebracht wurden. Die Medien bezeichneten ihn fälschlicherweise als Kulturbanause und als unerfahrenen, schlecht informierten Aussenpolitiker.

Es gibt viele Unterschiede zwischen den beiden Männern – in Auftreten, Stil, Erfahrung, Herkunft und vor allem in ihrem Umgang mit den politischen Gegnern, aber wir sollten die auffallenden Ähnlichkeiten zwischen ihnen nicht übersehen. Reagan war anfänglich «pro choice» in der Abtreibungsdebatte, bevor er durch Erfahrungen und Reflexion seine Meinung zur Abtreibung auf Verlangen änderte. Einst sprach er sich für massive Einwanderung aus, bis er die Folgen für unser Land erkannte. Ihm wurde Substanzlosigkeit und eine allzu simple Weltsicht vorgeworfen. Sein erklärtes Ziel, den Kalten Krieg zu gewinnen, war unmissverständlich: Wir gewinnen, sie verlieren. Er machte sich Feinde unter den Mächtigen,

zumal in seiner eigenen Partei, wurde von den Medien verspottet und verachtet, doch als Präsident war er eine glänzende Wahl.

Donald Trump ist, wie Reagan, ein Ex-Demokrat. Als erfolgreicher Unternehmer hat er wiederholt Politiker der Demokratischen Partei unterstützt und zuweilen sogar nette Worte über sie gesagt – was als Zeichen von Inkonsequenz betrachtet wird. Wer mit dem heutigen Amerika vertraut ist, weiss, dass namhafte Unternehmer beide Parteien unterstützen, um zu vermeiden, dass sie von den Ordnungshütern der Steuer- und Aufsichtsbehörden ausgesondert werden. Für diese Personen und ihre Unternehmen gelten solche Zuwendungen und Nettigkeiten bedauerlicherweise als normale Betriebskosten.

Schweizer Tugenden

Viele Amerikaner, die für Donald Trump sind, haben als idealistische Linke und Demokraten angefangen. Viele wären das noch immer, wenn die Partei, der sie einst nahestanden, sich nicht so weit von den Kernprinzipien entfernt und für eine spalterische Minderheitenpolitik und eine verantwortungslose Fiskalpolitik entschieden hätte. Viele Europäer machen sich ein falsches Bild von den Faktoren, die zum Aufkommen der Tea Party und nun auch zum Erfolg Donald Trumps beigetragen haben. Die politischen Vorstellungen der meisten Anhänger dieser beiden Bewegungen punkto Regierungspraxis, Wirtschafts- und Einwanderungspolitik entsprechen im Grunde den Vorstellungen der Schweizer. So würde beispielsweise die in der Schweiz eingeführte Schuldenbremse bei Trump-Fans schnell auf Zustimmung stossen.

Die Faktoren, derentwegen ich 1976 für Ronald Reagan eintrat, sind meines Erachtens auch heute gegeben. Nicht ohne Grund scharen sich Millionen Amerikaner um Donald Trump. Sie haben kein Vertrauen mehr in die bankrotte politische Elite. Donald Trump ist schrill, mitunter grossmäulig, sprunghaft, keineswegs vollkommen, aber immer offen und direkt und darum glaubwürdig. Die Menschen nehmen es ihm ab, dass er sich mit aller Kraft für sie einsetzen und ihre realen Probleme lösen wird. Er kann, genau wie Reagan, Millionen Amerikaner persönlich ansprechen. Für mich steht ausser Frage, dass eine Trump-Präsidentschaft auch für die Schweiz ein Gewinn sein wird, denn im Grunde steht er für Schweizer Tugenden. Die Schweizer Unternehmenskultur ist ihm ebenso nahe wie das Souveränitätsempfinden der Schweizer. Ich kenne Donald Trump persönlich. Er weiss Freunde zu schätzen.

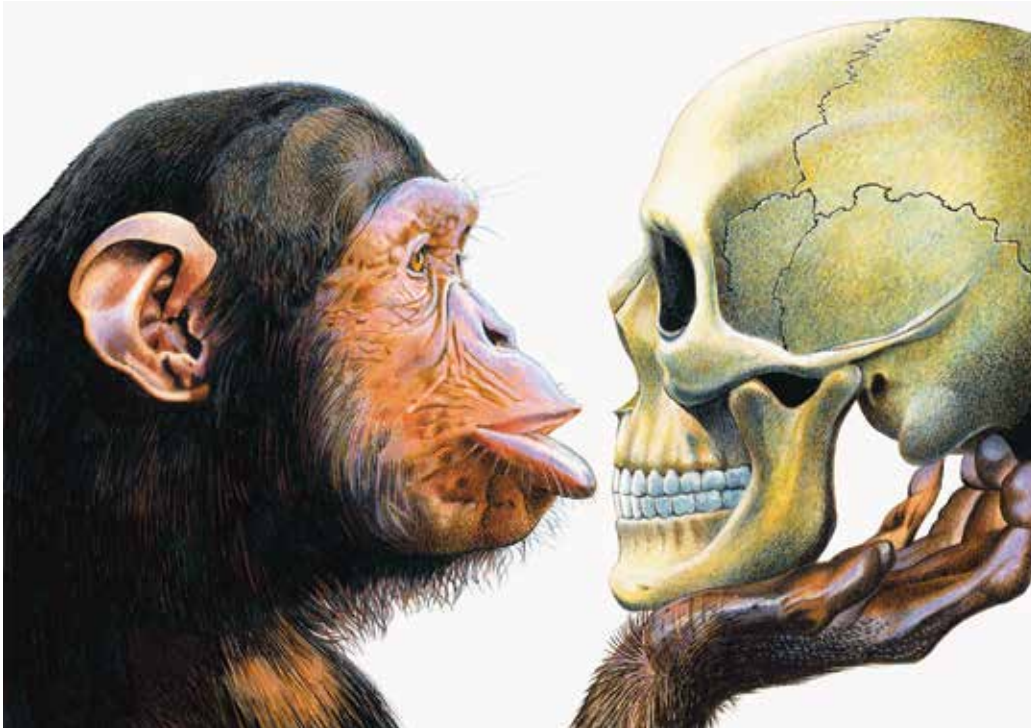
Faith Whittlesey, 77, war unter Ronald Reagan zwei Mal Botschafterin der USA in Bern. Bis heute ist sie der Schweiz eng verbunden. Als langjährige Präsidentin der American Swiss Foundation und heutiger Chairman Emeritus setzt sie sich für «den Schutz und die Stärkung der Freundschaft» zwischen den beiden Ländern ein.
Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Trump, 1987.

Das Kinn: Schlüssel zur Menschheit

Nicht die Haare, Hände oder Ohren unterscheiden uns vom Tier. Auch nicht das Hirn und schon gar nicht unser Plappermaul. Das Kinn ist es, das uns vom Rest der Schöpfung abhebt. In Amerika sind Forscher auf einer heissen Spur zu uns selbst. *Von Urs Gehriger*



Was hat es also mit diesem mysteriösen Knochenwulst auf sich?

So viel Aufklärung durfte niemand erwarten. Statt Ideen und Konzepte, die das Land zum Leuchten bringen, liefern uns die republikanischen Aspiranten fürs Weisse Haus einen Exkurs in die menschliche Anatomie. So haben wir erfahren: Das Haupthaar von Donald Trump ist zu hundert Prozent echt («Für meine Haarpracht musste kein Tier leiden»). Senator «Little Marco» Rubios Ohren sind noch grösser als der Ausstoss seiner Schweißdrüsen. Die Nase von «Lügner Ted» Cruz wächst und wächst. Derweil sind Trumps Hände nicht so klein, wie man zwischenzeitlich befürchten musste. Und erst sein bestes Stück: «Ich garantiere Ihnen, es gibt kein Problem damit!» (Zitat Trump)

Ein Glück, dass Übervater Abraham Lincoln heuer nicht zur Wahl steht. Bestimmt hätten sich die politischen Erben auch über «Abes» legendären Körperteil mokiert: sein Kinn. Und hätten damit einen Nerv getroffen.

«Das Kinn scheint das einzige Merkmal zu sein, das uns von allen anderen Lebewesen unterscheidet», schreibt der Anthropologe James Pampush von der Duke University in North Carolina, USA, in einer faszinierenden Studie*. Der Befund irritiert. Was ist mit unseren Hunden, Katzen, Pferden – haben sie etwa kein Kinn? Haben sie nicht. Selbst unsere engsten Verwandten der Evolution, die Affen, haben keins. Wo über unserem Hals ein Knochenspitz

nobel hervorspringt, ist bei sämtlichem Getier der Unterkiefer stark fliehend.

Was hat es also mit diesem mysteriösen Knochenwulst auf sich? «Zum ersten Mal tritt das Kinn vor 190 000 Jahren in Erscheinung, bei einem Fossil, das man im heutigen Äthiopien gefunden hat», sagt Pampush zur *Weltwoche*. Legionen von Forschern haben sich den Kopf zerbrochen: Scharlatane und Rassisten haben aus dem Kinn – wie aus Ohren, Nasen, Stirn – abstruse Rückschlüsse auf den Charakter gezogen. Damit hat Pampush nichts gemein. Sein Studium widmet sich der seriösen Kinn-Forschung der letzten hundert Jahre. Zahlreiche illustre Theorien sind dabei entstanden.

Die älteste besagt: Das Kinn hilft dem Menschen beim Kauen. Demnach benötigen wir einen Extraknochen, um den Druck zu absorbieren, der beim Zerkleinern der Nahrung auf den Kiefer ausgeübt wird. Wenn das stimmt, warum haben denn Nager und Wiederkäuer kein Kinn? Schliesslich gehen sie beim Nahrungsverzehr bedeutend ungestümer zur Sache – man denke an Biber, Schafe oder Kühe – als wir Menschen.

An diesem Punkt setzt Pampush mit seiner Kritik ein. Wenn wir anatomische Kauunterstützung brauchten, so der Kinn-Forscher, müsste der Extraknochen auf der Kiefer-Innenseite angebracht sein. Genau dort, in der

Nähe der Zunge, finden wir bei Schimpansen und Makaken, die einen ähnlichen Kieferbau wie die Menschen haben, einen besonders kräftig entwickelten Knochen. «Der fehlt bei uns», konstatiert Pampush. «Stattdessen haben wir diesen Vorsatz auf der Kiefer-Aussen-seite, wo er beim Kauen rein gar nichts hilft.» Somit ist die Kau-Theorie verworfen.

Ein Knockout ist so gut wie sicher

Die nächste Theorie lautet: Das Kinn hilft uns beim Sprechen. Die Zunge mache beim Formen der Worte virtuose Kapriolen und baue in der Mundregion Spannung auf, also brauche der Kiefer Verstärkung durch einen Extraknochen, lautet die Hypothese. Pampush dementiert. «Es gibt kein Indiz, dass wir unsere Zunge öfter oder schneller bewegen als die vielen kinnlosen Tiere, welche auch Kommunikationslaute erzeugen.» Somit erklärt er auch die Sprach-Theorie für null und nichtig.

Vielleicht führt uns Sex ans Ziel. Ist das Kinn Vehikel für die sexuelle Selektion? Ähnlich dem Geweih eines Elchs, dem Federkleid des Pfau oder dem Kamm eines Hahns könnte das Kinn bei der Paarung und somit bei der Arterhaltung eine zentrale Rolle spielen. Pampush winkt abermals ab. Bei Elchen, Hühnern, Pfauen und bei allen Säugern hätte jeweils nur das Männchen oder das Weibchen besondere Lock-Merkmale. «Bei uns Menschen hingegen haben sowohl Männer als auch Frauen ein Kinn.»

Hat das Kinn überhaupt irgendeinen Nutzen? Etwa als eine Art Stossdämpfer für den Schädel? Pampush zertrümmert auch diese Theorie. Statt Schläge zu absorbieren, leite das Kinn die Energie weiter. Unter Boxern ist das Kinn deshalb ein beliebtes Ziel. Ein gegen die Kinnschuppe geführter Haken leitet seine Wucht über den Unterkiefer auf die Schädelbasis weiter. Erfolgt der Schlag heftig und platziert, ist ein Knockout so gut wie sicher.

«Ich sehe wirklich keinen einzigen anatomischen Vorteil dieses Knochens», sagt Pampush. Fünf Jahre hat er mit Professor David Daegling über dem Sinn des Kinns gebrütet, doch die Puzzleteile fügen sich noch zu keinem Bild. Dennoch geben Pampush und sein Kinn-Kollegium nicht auf. Zu wertvoll ist ihre Spur. «Wenn wir das Geheimnis des Kinns enthüllen, haben wir möglicherweise den Schlüssel zur Menschheit in der Hand.»

* *The Enduring Puzzle of the Human Chin:* Evolutionary Anthropology, Volume 25, 2016

Junge Hüpfen werden immer älter

Rupert Murdoch hat erneut geheiratet: Jerry Hall! Das frühere Model ist 25 Jahre jünger und die Ex-Frau von Rockstar Mick Jagger. Was will uns der glamouröseste High-Society-Anlass der Woche sagen?

Von Claudia Schumacher

Sie: ein namhaftes Ex-Model, das mit 1,83 Meter Körpergrösse jede Durchschnittsfrau überragt. Dank Rocklegende Mick Jagger ist die Texanerin vierfache Mutter geworden. In einem wunderbar eisblauen Kleid der Designerin Vivienne Westwood liess sie sich jetzt, mit 59 Jahren, erstmals legal ehelichen. Er: ein australischstämmiger, amerikanischer Medienmogul und Vater von sechs Kindern. Drei Ehefrauen hatte er bereits vor Hall (die letzte hatte ihm zu stark mit dem britischen Ex-Premier Tony Blair geflirtet, der 21 Jahre jünger war als er, der milliardenschwere Gatte).

Im kleinen Rahmen

Nach der standesamtlichen Trauung am Vortag gaben sich Jerry Hall und der 84-jährige Rupert Murdoch am Samstag noch einmal in einer zeremoniellen Veranstaltung im (für die Upper Class) sehr kleinen Rahmen von hundert Gästen in London das Jawort. Der Ort: Eine Kirche namens St Bride's. Das ist bereits alles sehr hübsch. Wenn man jetzt aber noch bedenkt, wie viele Model-Töchter anwesend waren, fügt sich das Bild zusammen zu einem wahnsinnig schönen Tableau. Lassen Sie uns dieses Tableau nun gemeinsam zerpfücken, um die darin enthaltenen und auch für uns Normalsterbliche geltenden Erkenntnisse daraus gewinnen zu können.

Rupert Murdoch ist ein Konservativer. Zum Wertekodex gehören hierbei eigentlich auch traditionelle Familienwerte. Bei Murdoch und Hall kann man hier aber nicht viele erkennen. Gut, sie haben in der Kirche geheiratet, das ist ein traditionelles Bekenntnis. Aber wie viel ist Heiraten in Serie wie bei Murdoch noch wert? Und wie fühlt man sich als vierte Braut? Positiv formuliert: Hall und Murdoch wissen, wie man eine moderne Mehrfach-Scheidungsfamilie führt. Auch wenn das grösste Kind der mitgliederstarken Flickenteppich-Familie angeblich beleidigt ist: Mick Jagger. Der 72-jährige Frontmann der Rolling Stones soll Murdoch nicht im engeren Kreis haben wollen. Es war Murdochs Boulevardblatt *The Sun*, das eine Affäre Jagers samt resultierendem Baby enthüllte. Und für diese Affäre verliess Jerry Hall den Rocker. (Die in einer Hindu-Zeremonie geschlossene Ehe musste nur annulliert werden, sie war nie rechtsgültig gewesen.)

25 Jahre Altersunterschied liegen zwischen den frischgebackenen VIP-Ehepartnern. Man kann es nicht anders sagen: Rupert Murdoch

hat sich einen jungen Hüpfen geangelt. Eine Erkenntnis, welche die internationale Frauenschaft aufmuntern dürfte: In einer immer älter werdenden Gesellschaft werden auch die, welche als junge Hüpfen gelten, immer älter. Mit 59 Jahren noch als junge Frau dazustehen, das ist doch nicht schlecht! Erfordert aber auch, so ausserordentlich gut in Schuss zu bleiben wie Jerry Hall. Ein anderer Anti-Aging-Tipp: Wer einen wirklich alten, extrem reichen Mann heiratet, wird immer im Verdacht stehen, eine junge, hübsche *trophy wife* zu sein.

Macht macht halt doch sexy

«Wenn Sie wissen wollen, was Gott von Geld denkt, schauen Sie sich nur die Leute an, denen er es gab», meinte die legendäre amerikanische Gesellschaftsjournalistin Dorothy Parker einst. Der Tenor: Geld macht hässlich. Es zeigt, dass Parker sich nicht in allen Bereichen des Lebens ganz gleich gut auskannte. Denn: Geld macht Macht. Und Macht macht Männer gross und stark – also irgendwie sexy. Nur so ist schlüssig zu erklären, dass eine Frau wie Jerry Hall, die sicher ein überaus fantastisches Leben in illustren Kreisen bei bester Unterhaltung führt, sich auf einen kleineren Mann einlässt, der ihr Vater sein könnte und auch so aussieht (blendet man den Mangel an Körper-

grösse aus). Es ist nicht der Riesenhaufen Geld, der Hall angezogen hat. Sie hat ihre eigenen Millionen. Es ist der Sex-Appel des Riesenhaufens Geld, welcher Murdoch für eine wie Hall attraktiv macht.

Spätes Glück ist möglich

Die letzten Erkenntnisse, die wir gewinnen können: Alter ist kein Grund, nicht auf sozialen Netzwerken wie Twitter aktiv zu sein. Und: Spätes Glück ist absolut möglich. «Keine Tweets für zehn Tage oder länger. Ich fühle mich wie der glücklichste UND fröhlichste Mann der Welt», verlieh Rupert Murdoch nach der standesamtlichen Trauung seinen Gefühlen auf Twitter Ausdruck. Sollten Sie also selber um die achtzig Jahre alt sein, heisst das erstens: Wenn Sie nicht wissen, was ein Tweet ist, schauen Sie es nach, denn das sollten Sie wissen. Und zweitens: Wenn Sie Single sind und das nicht sein möchten, dann wagen Sie sich doch einfach noch einmal auf die Suche. Das späte Glück ist nicht nur möglich, es ist wohl auch sicherer als das frühe. «Beim ersten Mal heiratet man aus Liebe, beim zweiten Mal wegen des Geldes und beim dritten Mal aus Freundschaft», wusste schon Jacqueline Kennedy Onassis. Und beim vierten Mal? Mit einiger Sicherheit zumindest: das letzte Mal. ○



Schönes Tableau: Brautpaar Murdoch-Hall, am 5. März in London.



«Vergiss die Erde nicht» der amerikanische Nasa-Astronaut und Hobbyfotograf Scott Kelly.



Stil & Kultur

Völlig losgelöst

Von Rico Bandle

Letzte Woche landete im kasachischen Niemandsland die Sojus-Kapsel mit drei Rückkehrern aus der Raumstation ISS. Der Russe Michail Kornienko und der Amerikaner Scott Kelly beendeten ihren 340 Tage dauernden Aufenthalt auf 400 Kilometern über der Erdoberfläche, Sergei Wolkow war 182 Tage im All. Ihre Mission diente vornehmlich dazu, neue Erkenntnisse über die Funktionsweise des menschlichen Körpers in der Schwerelosigkeit zu gewinnen. Scott Kelly, der als Kampfpilot auch im Zweiten Golfkrieg im Einsatz war, ist für solche wissenschaftlichen Experimente besonders prädestiniert: Er hat einen eineiigen Zwillingbruder, Mark – was einen Vergleich zwischen zwei Körpern mit identischem Genmaterial ermöglicht.

Eine Veränderung war auch ohne Zwillingbruder offensichtlich: Scott Kelly ist in der Schwerelosigkeit um 3,8 Zentimeter gewachsen. Die Freude über die neue Körperlänge währte allerdings nur kurz: Nach wenigen Tagen auf der Erde ist er wieder auf seine ursprüngliche Grösse geschrumpft.

Kelly, der dienstälteste Astronaut der Nasa, ist nicht nur in der Gemeinschaft der Wissenschaftler beliebt, sondern bei Hunderttausenden von Weltraumbegeisterten weltweit. Via Twitter lässt er die Erdenbewohner an seinen Ausflügen in andere Sphären teilhaben, täglich versendet er Botschaften über seine Erlebnisse, seine Experimente. Vor allem publiziert der begeisterte Hobbyfotograf Bilder. Über tausend Fotos hat er während seines letzten Aufenthaltes im All veröffentlicht, viele davon sind von atemberaubender Schönheit. Er selbst ist von den bunten Strahlen der Nordlichter, den fantastischen Mustern der Meere und Wüsten, den Sonnenaufgängen hinter der Erdkugel ebenso begeistert wie seine Fans: In den kurzen Twitter-Texten erwähnt er nicht nur, um welchen Erdteil es sich da gerade handelt, sondern kommt oft auch ins Schwärmen über das Licht, die Farben, die Natur. «Wenn du an schöne Sachen denkst, vergiss die Erde nicht», schrieb er einmal – und man stellt sich vor, dass die Aussicht dort oben alles noch um ein Mehrfaches spektakulärer ist als die Bilder.

Die Ergebnisse aus Kellys Mission fliessen in die Planung für den in ferner Zukunft liegenden Flug zum Mars ein. Scott Kelly wird dann zumal sicher nicht mehr dabei sein. Wenn man sieht, mit welcher Freude er auf Twitter über sein erstes Steak nach seiner Landung auf der Erde berichtet, so ist er vielleicht gar nicht so unglücklich darüber.

Scott Kelly auf Twitter: @StationCDRKelly

«Ich bin eine Spätzünderin»

Patti Smith ist eine Ikone des Rock'n'Roll. Seit den frühen 1970er Jahren spielt sie mit allen, die Rang und Namen haben. Daneben hat sie ihr Leben lang fotografiert und geschrieben. Hier spricht das Multitalent über Erfolg, seine Liebe zu Reliquien und Uhren ohne Zeiger. *Von Sacha Verna*

Mein letztes Interview mit Patti Smith fand im tiefsten Winter 2010 bei ihr daheim in New York statt. Es war eiskalt in dem schlecht-isolierten alten Backsteinhaus, das die Musikerin, Schriftstellerin und Fotografin in Soho bewohnt. Smiths Katzen lieferten sich während des Gesprächs beinahe tödliche Territorialkämpfe. Dabei pinkelten sie in eine Kiste mit Belegexemplaren von «Just Kids», Smiths erstem Erinnerungsband, der damals gerade erschienen war. Der Trubel der Patti-Smith-Renaissance seither hat die Künstlerin pressescheu gemacht. Deshalb ist die Unterhaltung über ihr neues Buch «M Train» eine am Telefon, von einem New Yorker Anschluss zum anderen. Zwei der drei Katzen von einst sind inzwischen gestorben. Aber Cairo, die jüngste, so versichert Patti Smith, sitze gemütlich neben ihr auf dem Bett.

Mrs Smith, wann ist Ihnen zum ersten Mal bewusst geworden, dass die Zeit vergeht?

Sie möchten wissen, wann ich mich zum ersten Mal alt gefühlt habe?

Nicht unbedingt, Sie wirken nicht wie jemand, der sich alt fühlt...

Ich gebe zu, ich rede mit mir selber und mit meinen Katzen, und ich schaue mir stundenlang Fernsehkrimis an...

Nein, ich denke an die Bahnhofsuhr ohne Zeiger in der Bar, die Ihr Mann mit Ihnen in Detroit so gerne besuchte. So wie Sie es in Ihrem neuen Buch «M Train» beschreiben, scheinen Sie einen Grossteil Ihres Lebens in einer Welt verbracht zu haben, in der die Zeit keine Rolle spielt.

Merkwürdig, dass Sie das sagen. Etwas Ähnliches habe ich neulich in meinem Tagebuch notiert. Aber es gab tatsächlich einen Moment, in dem ich realisierte, dass die Uhr Zeiger hat. Das war an meinem 66. Geburtstag. Ich war eher überrascht als erschrocken. Mir wurde plötzlich klar, dass ich mir wohl Fragen stellen sollte wie: Werde ich noch all die Dinge zu Ende bringen können, die ich mir vorgenommen habe? Wie lange werde ich meinen Enkel noch aufwachsen sehen?

Das war vor drei Jahren. Wie oft stellen Sie sich diese Fragen heute?

Selten. Sie haben ihre Dringlichkeit bald wieder verloren. Ich will bloss gesund bleiben und mich auf meine Arbeit konzen-



«Ich habe nicht die geringste Lust, jetzt gleich zu sterben»: Patti Smith.

trieren. Aufs Schreiben, aufs Fotografieren, auf die Musik. Mir hilft sicher auch, dass ich immer jugendlich geblieben bin, vielleicht nicht, was mein Aussehen betrifft, aber doch in meiner Haltung.

Diese Haltung war auf Ihrer letzten Tournee mit über neunzig Konzerten auf mehreren Kontinenten bestimmt von Vorteil.

Es ist alles eine Frage der Disziplin. Mein Alltag während einer Tournee gleicht meinem Alltag zu Hause in New York. Ich stehe früh auf, gehe in ein Café und schreibe ein paar Stunden. Ich mache einen Spaziergang, ruhe mich ein bisschen aus und gebe dann mein Konzert. Sehr viel Zeit verbringe ich auch in New York allein. Es ist Unsinn, zu glauben, die Leute in der Rock-'n'-Roll-Szene lebten ausschliesslich von Musik, Sex und Drogen.

In «M Train» schreiben Sie weder über Sex noch über Drogen. Sie lassen aber auch den Rock 'n' Roll aus. Weshalb?

Würde ich mein Leben auf der Bühne schildern, müsste ich auf Themen wie Image und Berühmtsein zu sprechen kommen. Damit habe ich mich nie besonders beschäftigt. «M Train» handelt von den Dingen, die mir wirklich im Kopf herumgehen. «M» steht für «mind», für «Gedanken». Ich lade die Leser auf eine Reise in meinem Gedanken-Zug ein.

Mit dabei sind einige Menschen, die Sie geliebt und verloren haben. Fühlen Sie sich von diesen Gespenstern verfolgt?

Verfolgt ist nicht das richtige Wort. Ich würde eher sagen: Ich freue mich über ihre Gesellschaft. Ich habe gelernt, mit dem Verlust geliebter Menschen umzugehen, indem ich ihre physische Abwesenheit akzeptiere. Umso glücklicher machen mich die Erinnerungen an sie. Es passiert mir oft, dass ich die Strasse entlangspaziere und plötzlich in Lachen ausbreche, weil mir etwas über meinen Bruder Todd eingefallen ist...

Todd Smith, der auch Ihr Tour-Manager war...

Todd ist in meinen Gedanken ständig bei mir. Dasselbe gilt für meinen Mann.

Fred «Sonic» Smith starb 1994 wenige Monate vor Ihrem Bruder mit 45 Jahren. Sie haben bisher kaum über ihn geschrieben. Was bewog Sie in «M Train» dazu?

Ich hatte auch dieses Mal nicht die Absicht, über Fred zu schreiben. Er war ein sehr zurückhaltender Mensch und mochte keine Aufmerksamkeit. Aber während ich an «M Train» arbeitete, tauchte er immer wieder in meinen Träumen auf und drängte sich auf die Seiten, die ich schrieb. Er schien mir damit die Erlaubnis zu geben, nun auch von ihm und von unserer gemeinsamen Zeit zu erzählen.

Sie bezeichnen die 1980er Jahre, die Sie mit Ihrem Mann und Ihren beiden Kindern zurückgezogen in Michigan lebten, als «Wunder». Davor hatten Sie Erfolge als Sängerin gefeiert, und nach Freds Tod kehrten Sie auf die Bühne zurück...

... weil ich Geld verdienen musste.

Also brauchen Sie den Applaus des Publikums nicht, um glücklich zu sein?

Nein. Oder lassen Sie mich das präzisieren: Es macht mich glücklich, nach einem Konzert das Gefühl zu haben, dem Publikum zu einem tollen Erlebnis verholfen zu haben. Es freut mich sehr, wenn meine Bücher viele Leser finden. Schliesslich tun wir, was wir tun, um damit andere Menschen zu erreichen. Aber mein Selbstverständnis hängt nicht von der Reaktion der Leute ab. Ich brauche den Erfolg nicht, um mich gut zu fühlen.

Woraus beziehen Sie Ihr Selbstbewusstsein denn dann?

Ich bin zufrieden mit mir, wenn ich morgens drei, vier gute Seiten geschrieben oder ein schönes Foto gemacht habe. Ich bin zufried-

«Ich habe immer gearbeitet, in einer Fabrik, in einer Buchhandlung, um die Meinen über Wasser zu halten.»

den, wenn ich meine Wäsche gewaschen und sauber zusammengefaltet habe. Und natürlich bin ich stolz auf meine Kinder.

Ihr Sohn Jackson ist jetzt 34, Ihre Tochter Jesse ist 29 – beide sind Musiker.

Sie sind das Abbild ihres Vaters und unendlich viel mehr. In «M Train» erwähne ich sie nur als kleine Kinder. Damit waren sie einverstanden. Aber sonst respektiere ich ihre Privatsphäre. (*Das Telefon klingelt. Patti Smith unterhält sich längere Zeit mit dem Anrufer.*) Das war ein Freund, der nach meinem kleinen Haus in Far Rockaway gesehen hat...

Ihr Alamo, wie Sie es nennen.

Ja, mein Alamo. Wenn ich dort auf der Veranda sitze und in meinen verwilderten Garten blicke, bin ich ebenfalls glücklich.

Leute mit gewissen Ansprüchen würden in Ihrem Alamo bestenfalls einen aufgehübschten Schuppen sehen. Wie wichtig ist Ihnen materieller Besitz?

Statussymbole interessieren mich nicht. Aber ich hänge sehr an bestimmten Gegenständen. An einem alten Kleidungsstück zum Beispiel...

... wie dem abgewetzten, schwarzen Mantel, den Sie verloren haben...

... oder an einer Tasse, die meinem Vater gehörte, oder an einem Möbelstück. Objekte haben mich schon als Kind fasziniert. Ich hatte damals eine katholische Freundin. Die Gebetsbücher ihrer Familie, der Rosenkranz, die Heiligenstatuen bezauberten

mich. Ich erinnere mich auch an einen Kobold, eine kleine Figur aus Deutschland, die einen rötlich schimmernden Stein trug. In meiner Fantasie erwachte dieser Kobold nachts zum Leben wie die Spielsachen in den Märchen von Hans Christian Andersen. Es gibt Gegenstände, die für mich noch immer über eine besondere Energie verfügen.

Reisen Sie deshalb um die halbe Welt, um Hermann Hesses Schreibmaschine zu fotografieren oder Frida Kahlos Bett?

Meine Fotografien sind eine Art Reliquien. Ihnen wohnt eine Macht inne, die existiert, wenn man an sie glaubt. Über dieselbe Macht können übrigens auch Orte verfügen.

Daher die Pilgerfahrten zu den Gräbern von Menschen, die Sie bewundern, zu Sylvia Plath oder Jean Genet etwa?

Das Fotografieren und die Reisen sind nur Versuche, mit Menschen und Orten in Verbindung zu treten, die einem etwas bedeuten. Menschen und Orte, die mir etwas bedeuten. Und wer weiss: Vielleicht gewinnen die Bilder ja auch für diejenigen eine gewisse Bedeutung, die sie sich anschauen.

Welche Rolle hat das Gefühl der Angst in Ihrem Leben gespielt?

Als Mutter habe ich immer Angst davor, dass meinen Kindern etwas zustösst. Daran versuche ich nicht zu denken. Alle fürchten sich davor, dass einem geliebten Menschen etwas Schlimmes passiert. In meinem Leben ist das Schlimmste schon mehrfach eingetreten. Meine Angst davor hat nichts genützt. Die Angst, die ich heute empfinde, ist eher abstrakter Natur. Ich mache mir Sorgen um die bedrohten Schneeleoparden und den Amazonas-Regenwald oder um indigene Völker. Aber von der Sorte existenzieller Angst, die Sie meinen, habe ich mich nie beherrschen lassen.

Wie viel verlief in Ihrem Leben nach Plan?

Ich gehöre zu den Menschen, die mehr träumen als planen. Daher war in meinem Leben viel dem Zufall überlassen. Ich bin zufällig in der Musik gelandet. Für mich war das Singen anfangs bloss eine Möglichkeit, meine Gedichte vorzutragen. Die einzige Konstante in meinem Leben war und ist das Schreiben. Allerdings bin ich sehr verantwortungsbewusst. Ich halte mich an meine Verpflichtungen. Als ich Kinder bekam, stellte ich mein Künstlersein hintan. Ich habe immer gearbeitet, in einer Fabrik, in einer Buchhandlung, um mich und die Meinen über Wasser zu halten. Heute befinde ich mich in der glücklichen Lage, frei über meinen Alltag bestimmen zu können. Ich kann vom Bücherschreiben und von meinen Konzerten leben. Ich bin unabhängig. Aber für diese Unabhängigkeit habe ich gekämpft.

Betrachten Sie die Unabhängigkeit als Geschenk des Alters? >>>



«Alles eine Frage der Disziplin»: Smith, 1978.

Das Alter hält noch andere Geschenke bereit. Die Natur ist grausam und gütig zugleich. Sie nimmt uns die physische Kraft, aber sie lässt uns neue geistige Kräfte entdecken. Die romantischen Obsessionen, all die Bedürfnisse, die uns in jüngeren Jahren noch umtrieben, verschwinden. Man wird viel gelassener, und das ist ein angenehmes Gefühl.

Würden Sie als glücklicher Mensch sterben, wenn Sie in diesem Moment tot umfielen?

Jetzt gleich?

Jetzt gleich.

(Lacht) Ich habe nicht die geringste Lust, jetzt gleich zu sterben. Und ich glaube auch nicht, dass der Tod bei mir um die Ecke lauert. Manche Leute schaffen ihre Meisterwerke in ihrer Jugend. Ich bin eine Spätzünderin. Mein Meisterwerk liegt noch vor mir. Und ich werde so lange am Leben bleiben, bis ich es vollendet habe.

Patti Smith wurde 1946 in Chicago geboren und wuchs in New Jersey auf. Sie machte in den 1970er Jahren in New York als Rocksängerin Karriere, mit Hits wie dem Album «Horses». 2010 veröffentlichte sie «Just Kids», Erinnerungen an ihre langjährige Beziehung zum Starfotografen Robert Mapplethorpe. Der internationale Erfolg ihres Memoirendebüts verwandelte sie von einer Kultfigur in Indie-Kreisen in eine kulturelle Ikone. Patti Smith wurde als Mitglied des legendären New Yorker Underground wiederentdeckt, und man lernte sie als Schriftstellerin und Fotografin kennen. Smith lebt in New York und hat zwei erwachsene Kinder.

Patti Smith: M Train. Aus dem Amerikanischen von Brigitte Jakobit. Kiepenheuer & Witsch. 336 S., Fr. 26,90

Zeitgeschichte

Frauenverfinsterung

Vor dreissig Jahren schrieb der grosse albanische Epiker Ismail Kadare «Die Schleierkarawane». Die Erzählung über die osmanische Herrschaft auf dem Balkan ist aktueller denn je. Von Oliver vom Hove

Eine Geschichte von gestern, die Ängste von heute aufwühlt: Schleier sollen geliefert werden mitten hinein ins christliche Europa. Eine Karawane mit Tausenden Stoffschleiern ist im Auftrag des Sultans der Türken unterwegs nach Westen. Die Frauen dort sollen unter die Vollverschleierung gezwungen werden. Mit der Anführung der Schleierkarawane wird ein sinnlich empfänglicher Emissär betraut: Hadschi Milet hat noch nie so viele unverhüllte Frauen gesehen wie jetzt, da er in Albanien ankommt.

Das macht den gläubigen Moslem staunen. «Zuvor hatte Hadschi Milet nicht einmal gewusst, dass es Gegenden im Reich gab, in denen Frauen ohne Schleier gingen, ja, er war geradezu erschüttert gewesen, als er das erfuhr. Doch einer seiner Freunde hatte ihn mit den Worten beruhigt, es seien halt die Gegenden, die das Osmanische Reich ganz spät erobert hatte, sodass seine Macht dort erst jetzt richtig Fuss fasste.»

Indes, dieser Karawanenführer, der den Islam ins «Reich der Ungläubigen» tragen soll, ist weder religiöser Eiferer noch asketischer Zelos. Im Gegenteil: Der Anblick von Frauen, deren Augen offen und unverdeckt auf ihm ruhen, entzückt ihn: «Nie zuvor in seinem Leben hatte sich Hadschi Milet glücklicher gefühlt. Die Welt erschien ihm plötzlich strahlend, wie in einem Licht von Freudentränen gebadet. Wie die meisten Burschen und Männer seines gros-

sen Landes war er durch Ehevermittlung verheiratet worden. Das war freilich keine Liebe. Liebe war, wenn die Frau die Freiheit besass, ihre Blicke überall verweilen zu lassen, und wenn sie dann unter allen Wesen dieser Welt allein dich erkor und keinen anderen.»

Geschichte einer archaischen Heimat

Seine Bewunderung der weiblichen Freiheit des Westens wird dem Osmanen bei der Rückkehr übel vergolten. Von Spitzeln verraten, wird Milet verhaftet, in den Kerker geworfen und zu Tode gemartert. Eine Abweichung vom «ruhmreichen Erlass» der Verschleierung dul-

«Liebe war, wenn die Frau die Freiheit besass, ihre Blicke überall verweilen zu lassen.»

det der eroberungssüchtige Sultan nicht. Was der Herrscher in Stambul will, soll in allen eroberten Ländern durchgesetzt werden: in Albanien ebenso wie in Griechenland, Serbien, Bosnien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn. Jede Frau soll «von nun an ihr Antlitz mit einem Schleier verhüllen müssen, sobald sie das dreizehnte Lebensjahr erreicht hat, genauso wie alle anderen Muselmaninnen». Betrübt schreibt der Chronist: «Zwei Arten von Verfinsterungen hatte es schon immer gegeben, Sonnen- und Mondfinsternis. Nun war eine dritte Art hinzugekommen, die Frauenverfinsterung. Die Welt geriet gänzlich aus dem Lot.»

Vor über dreissig Jahren hat der albanische Epiker Ismail Kadare diesen Prosatext aus dem Geschichtsbüchlein der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan geschöpft. «Die Schleierkarawane» heisst die im einfachen Legendenton gehaltene Erzählung, die jüngst in einer Neuübersetzung von Joachim Röhm im S.-Fischer-Verlag erschienen ist. Sie trifft auf eine Leserschaft, die in einer Zeit von Kopftuchdebatten und islamistischer Frauenunterdrückung hellhörig auf das Thema reagiert. Der konfessionslose Ismail Kadare, Sohn muslimischer Eltern, hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass er die ein halbes Jahrtausend lange osmanische Herrschaft über Albanien als ein Verhängnis für sein Land betrachtet. In seinem reichen Werk gibt es kaum ein Buch, das sich nicht auf poetisch rätselhafte, verschlüsselte Weise mit der zerrissenen Geschichte seiner archaischen Heimat auseinandersetzt. Etliche davon führen zurück in die Jahrhunderte der



Anwärter auf den Literaturnobelpreis: Kadare.



«Die Welt geriet gänzlich aus dem Lot»: Muslimin in Mostar, um 1880.

Unterdrückung durch die Hohe Pforte, die sich nach dem nationalen Aufstand 1908 zu einigen Lockerungen durch die Jungtürken, nicht aber zur erhofften Autonomie bereitfand. Von Österreich-Ungarn aus machtpolitischem Kalkül unterstützt, proklamierte das Land der Skiptaren 1912 seine nationale Unabhängigkeit.

Neben der Titelgeschichte gibt es im Band «Die Schleierkarawane» eine weitere Erzählung, die Kadares Kritik an der islamischen Unterwerfung Albaniens fortsetzt. Verführerisch für alle Sinne schildert der Autor die Vorbereitungen für ein Festbankett, das anlässlich der Versöhnung zwischen der osmanischen Zentralgewalt und einer Gruppe aufständischer Oberhäupter in Albanien stattfand. In pittoresken Farben werden die Vorkehrungen in Küche und Keller vor dem Leser ausgebreitet – nur um ihn am Ende umso stärker mit dem Umsturz des Festes in ein von den Türken angerichtetes Blutbad an den Notabeln zu schockieren.

Kadare bezieht sich bei seiner parabelhaften Erzählung auf ein Ereignis von 1830, weist damit aber ebenso auf jüngere Erfahrungen mit der Willkür von Diktaturen hin. An eigener Kenntnis mangelt es ihm nicht: Unter der vierzig Jahre langen Herrschaft des kommunistischen Despoten Enver Hodscha war der am 28. Jänner 1936 geborene Erzähler abwechselnd in Gnade und Ungnade gefallen. Im Spätwerk «Der Nachfolger» hat er mit der List des mit allen Wassern gewaschenen Epikers eine Rechtfertigung künstlerischer Botmässigkeit in der Vorhalle der Mächtigen versucht.

Im Zweiten Weltkrieg erlebte Kadare als Knabe in seiner Heimatstadt Gjirokastra die wechselnde Okkupation durch die italienische, griechische und deutsche Armee sowie die

Schönheit und Entsetzen bündeln sich zu einem faszinierenden Geschichtsbild.

Angriffe der britischen Luftwaffe. Diese Zeit der Wirrnisse hat er aus der Sicht eines hellwachen Halbwüchsigen in seinem epischen Hauptwerk «Chronik in Stein» meisterhaft geschildert. Die Magie einer frisch entdeckten Weltsicht wechselt hier mit dem Schock über die Kriegstaten – Schönheit und Entsetzen bündeln sich zu einem faszinierenden Geschichtsbild.

Seit Jahren gilt Kadare, dieser von Mythen und Legenden bewegte Erzähler, als probater Anwärter auf den Literaturnobelpreis. Für sein mehr als 25 Bände umfassendes Werk hätte er ihn längst verdient. Der Vorbehalt, der den abwechselnd in Tirana und Paris lebenden Autor begleitet, gilt ausschliesslich seiner wetterwendischen politischen Haltung.

Top 10

Knorr's Liste

1	The Revenant	★★★★★
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
2	Zootopia	★★★★☆
	Regie: B. Howard / R. Moore / J. Bush	
3	Spotlight	★★★★☆
	Regie: Tom McCarthy	
4	Chocolat	★★★★☆
	Regie: Roschdy Zem	
5	Mustang	★★★★☆
	Regie: Daniz Gamze Ergüven	
6	Hail, Caesar!	★★★★☆
	Regie: Joel & Ethan Coen	
7	Das Tagebuch der Anne Frank	★★★☆☆
	Regie: Hans Steinbichler	
8	Trumbo	★★★☆☆
	Regie: Jay Roach	
9	Deadpool	★★★☆☆
	Regie: Tim Miller	
10	The Hateful Eight	★★★☆☆
	Regie: Quentin Tarantino	

Kinozuschauer

1 (-)	Zootopia	40 551
	Regie: B. Howard / R. Moore / J. Bush	
2 (1)	Deadpool	16 539
	Regie: Tim Miller	
3 (2)	Der geilste Tag	13 716
	Regie: Florian David Fitz	
4 (7)	Spotlight	6 000
	Regie: Tom McCarthy	
5 (3)	Dirty Grandpa	8 179
	Regie: Dan Mazer	
6 (8)	The Revenant	8 030
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
7 (4)	Chocolat	5 965
	Regie: Roschdy Zem	
8 (-)	13 Hours – Secret Soldiers...	4 693
	Regie: Michael Bay	
9 (-)	Das Tagebuch der Anne Frank	4 362
	Regie: Hans Steinbichler	
10 (6)	Hail, Caesar!	4 074
	Regie: Joel & Ethan Coen	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	007 Spectre (Fox)
2 (-)	Schellen-Ursli (Frenetic)
3 (-)	Fack Ju Göthe 2 (Rainbow)
4 (-)	Hotel Transsilvanien 2 (Sony)
5 (1)	Der Marsianer – Rettet Mark Watney (Fox)
6 (2)	Alles steht kopf (Disney)
7 (-)	Crimson Peak (Universal)
8 (3)	Black Mass (Warner)
9 (5)	Everest (Universal)
10 (4)	Walk in the Woods – Picknick... (Ascot)

Quelle: Media Control



Als Kinder getrennt: Nobby (Sacha Baron Cohen, r.), Sebastian (Mark Strong).

Kino

Kreisch! Wo ist die Ethik-Kommission?

Der Radikal-Komiker Sacha Baron Cohen hat wieder zugeschlagen und erreicht mit «The Brothers Grimsby» eine neue Stufe der nach unten offenen Geschmacksskala. *Von Wolfram Knorr*

Er ist berühmt oder eher berüchtigt für seine kulturellen Fort-Schritte in brachiale Geschmacklosigkeiten: der britische Komiker Sacha Baron Cohen. Sein zügelloses Vergnügen gilt den Weihstätten abendländisch korrekter Gepflogenheiten, etwa dem Respekt vor Ethnien («Borat») oder sexuellen Neigungen («Brüno»). Daraus werden bei ihm Rollen rückwärts in die orgiastische Enthemmung, die zuweilen auch entlarvend sind, aber in einer Ekel-Sülze steckenbleiben.

Glücklich im molligen Proll-Sumpf

Wer sich sein jüngstes Panoptikum, «The Brothers Grimsby», reinzieht, wird danach garantiert geneigt sein, seine früheren Filme für elitäre Schmeicheleien zu halten. Permissive Kulturbetriebe verlangen – klar – nach einer Steigerung, nach sukzessiven Überschreitungen der Scham- und anderer Schranken, sonst lahmt die Neugierde, aber was der schräge Lustmolch Cohen hier aufischt, ist von so irr-sinniger Drastik, dröhnender Dollerei und klingt wie ewig geiler Bocksgesang, dass man nicht allzu elitär geprägt sein muss, um im Sound von Verdis Gefangenenchor aus «Nabucco» nicht nach Freiheit, sondern nach einer Ethik-Kommission zu jaulen.

Die verwaisten Brüder Nobby (Sacha Baron Cohen) und Sebastian Grimsby (Mark Strong)

wurden als Kinder getrennt. Jahre später haust Nobby mit neun Kindern als Fussball-Hooligan in Trainingshose und mit Flip-Flops glücklich im molligen Proll-Sumpf. Sebastian hat's zu einem schneidigen James Bond gebracht, der mit fulminanten Aktionen die Feinde des Abendlands zur Strecke bringt. Als Nobby seinen Bruder wiederfindet, wird daraus ein heillooses Chaos, in dessen Verlauf sogar Sebastian des Terrorismus verdächtigt und von den eigenen Leuten gejagt wird. Da können nur noch der dämliche Nobby mit seiner Topf-Frisur, den stählernen Koteletten und seinen faunistischen Gelüsten, seine Rollmops-Gattin, der Rotzlöffel-Nachwuchs und die Fussball-Bierbauch-Kumpels helfen. Die folgende Tour de Force fräst sich immer tiefer in – sprichwörtliche – Körper-Tiefen und -Niederungen. Keine Öffnung – von wem und von was auch immer – wird verschont, ungeniert werden letzte Schamgrenzen überschritten; übrig bleibt eine wüste Grotteske übersteigerten Zoten-Irrsinns, die sich jeder Bewertung entzieht.

Wie ein Trüffelschwein

Zu Cohens Autoren gehört Phil Johnston. Regisseur Louis Leterrier ist mit witzigen Turbofilmen wie «The Transporter» und «The Incredible Hulk» bekannt geworden. Gedreht

wurde in Grimsby, einer Kleinstadt in North East Lincolnshire. Die Bevölkerung allerdings protestierte, als das Team ihr Städtchen zur Proll-Hölle «umdekorierte». Als Tabubrecher, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen, eignet sich «The Brothers Grimsby» kaum – oder vielleicht doch? Weil Cohen sich wie ein Trüffelschwein durch die wonnigen Untiefen der Triebe wühlt, um anhand der aufgeworfenen Haufen zu zeigen: Seht her, darin bewegt ihr euch doch alle? ☆☆☆☆☆

Weitere Premieren



Gericht als Bühne: «L'hermine».

L'hermine — Michel Racine (Fabrice Luchini) ist Präsident eines Schwurgerichts mit dem Ruf eines Unerbittlichen. Als vor einem Prozess die Geschworenen ausgewählt werden und sich unter ihnen die Ärztin Ditte Lorensen-Coteret (Sidse Babett Knudsen) befindet, die er vor Jahren im Krankenhaus kennenlernte und nie vergessen hat, ändert sich sein Verhalten. Christian Vincent («Les saveurs du palais»), der auch das Buch schrieb, gelang ein origineller und charmanter Liebesfilm mit Emotionalität und Herzenswärme, der sich fast ausschliesslich im Gerichtssaal abspielt. Das Gericht als Bühne, auf der sich das Rationale mit dem Emotionalen kreuzt. Luchini mit seiner kindlichen Schwärmerei und Sidse Babett Knudsen,

bestens bekannt aus «Borgen», als gestandene Frau sind ein Traumpaar. ★★★★★

El Clan — Unter der argentinischen Militärregierung war Arquímedes Puccio (Guillermo Francella) ein willfähriger Handlanger des Regimes. Als die Junta abdankt, verliert Puccio seine Funktion und beginnt, Leute zu entführen, um zu Geld zu kommen. Die Ex-Machthaber halten ihre schützende Hand über ihn. Bald nutzt der Patriarch das Image seines ältesten Sohns, Alejandro (Peter Lanzani), eines Rugby-Spielers, als bürgerliche Tarnung. Doch nach dem Todesfall eines der Entführten steigt der Filius aus. Pablo Trapero («Carancho»), ein engagierter Chronist sozialer Missstände, dringt mit diskretem Charme weit hinter die morbide Fassade der Bourgeoisie. ★★★★★

Our Little Sister — In der Tradition von Yasujiro Ozu («Die Reise nach Tokio») erzählt Hirokazu Koreeda eine hinreissende Familiengeschichte von drei Schwestern, die gemeinsam unter einem Dach leben und eines Tages eine Stiefschwester bei sich aufnehmen, gewissermassen als Erinnerung an den einst treulosen, inzwischen verstorbenen Vater. Nuancenreich und federleicht wird familiäre Zugehörigkeit mit allen Konflikten zelebriert. Der Alltag kann richtig spannend sein. Koreeda demonstriert es. ★★★★★



Hinreissend: «Our Little Sister».

Fragen Sie Knorr

Nach welchen Kriterien wird denn nun der Oscar verliehen? Nach wirtschaftlichen oder künstlerischen? A. K., Lenzburg



Das wissen nur die Academy-Mitglieder und vermutlich auch die nicht ganz genau. Hauptkriterium sollte von Beginn an das Handwerkliche sein, aber auch das sollte sich

möglichst an der Kasse auszahlen. Weil dieses Kunststück in der Geschichte des Oscars selten gelungen ist («Lawrence of Arabia»), laviert man zwischen Geld und Anspruch, um sich ja nicht vorwerfen zu lassen, man be-

lohne nur die Hits. Die Kritik kommt Jahr für Jahr ohnehin wie das Amen in der Kirche. Recht machen kann man es sowieso niemandem, aber das ist ein Problem, das die Oscar-Academy mit allen anderen Preis-Jurys, egal in welchem Metier, teilt. «Gone with the Wind» (1939) gilt als klassisches «Muster» für den Oscar: ein aussergewöhnliches Zusammenspiel aller Sparten – bis hin zur Kasse.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Abdullah Ibrahims Anfänge

Von Peter Rüedi

Eine CD wie ein archäologischer Fund. An einem solchen Stück haftet naturgemäss etwas Staub. Will sagen: Die Zeit, die es im Dunkeln verbrachte, ist Teil von ihm. Abdullah Ibrahim, 1934 in Kapstadt geboren und mit seiner hymnischen, südafrikanische Folklore, Jazz und Choralharmonien verschmelzenden Musik zum Star geworden, hatte unter dem Namen Dollar Brand ein Leben vor seiner Konversion zum Islam (1968) und zur Berühmtheit. Von dem erzählt diese Ausgrabung, von seinen südafrikanischen Anfängen, seinen ersten beiden LPs; die eine im Trio mit Johnny Gertze am Bass und Makaya Ntshoko am Schlagzeug, die andere zusätzlich mit der Bläserfront Hugh Masekela an der Trompete (später seinerseits in den USA eine Berühmtheit), Jonas Gwangwa an der Posaune und dem Altsaxofonisten Kippie Moeketsi. Aufgenommen wurde die Musik im Januar und Februar 1960 in Johannesburg, zwei Jahre bevor Brand mit ebendiesem Trio nach Zürich kam und dort, im legendären Klub «Africana» am Zähringerplatz, eine ganze Generation von Schweizer Jazzfans tief beeindruckte (darunter die grosse Irène Schweizer, in deren Klavierspiel noch heute Spurenelemente von Dollar Brand auszumachen sind).

Es war eine Sensation: eine aus vielen Elementen zusammengesetzte und dennoch ganz neue Art Jazz – viel Monk, viel Ellington, eine oft schmerzlich gespannte, aber auch schon hymnisch orgelnde Musik (auf letzterer beruhte dann später Abdullah Ibrahims Breitenwirkung). In Zürich entdeckte dann eben der dort gastierende Duke Ellington, Brands altes Vorbild, eher zufällig den Pianisten und beförderte ab da seine Karriere. Der Erstling enthält schon den ganzen Brand, noch etwas rauer, weniger perfekt (betrifft auch die Aufnahmequalität), aber umso authentischer. Ein Ausgangspunkt für vieles. Das Sextett The Jazz Epistles nimmt ein wenig die legendäre Gruppe Blue Notes (später Brotherhood of Breath) des Pianisten Chris McGregor vorweg. Drummer Ntshoko lebt und arbeitet noch heute in Basel und bildet unter anderem zusammen mit Irène Schweizer und Omri Ziegele die Band Where's Africa.



Dollar Brand Plays
Sphere Jazz. Phono 870235

Perlen-Collier zur Kochmütze

Tombola, Vier-Gang-Menü und Tanzen bis ins Morgengrauen im Zürcher Opernhaus. *Von Hildegard Schwaninger*



«Alles Walzer»: Zürcher Opernball.

Ein Highlight des Zürcher Opernballs, der letzten Samstag zum sechzehnten Mal über die Bühne ging, ist die Tombola. Die Primaballerina **Yen Han** spielte Glücksgöttin, Intendant **Andreas Homoki** rief die Gewinner auf die Bühne, es gab einen Glückwunsch-Kuss; Sponsor und Intendant übergaben den Preis. Riesenapplaus gab es, als eine junge Frau mit Lindt-&Sprüngli-Kochmütze als Gewinnerin des wertvollsten Preises auf die Bühne trat. **Rachael Liechti**, die Tochter von **Urs Liechti**, der als Chocolatier auf jeder Lindt-&Sprüngli-Schokolade abgebildet ist, hatte einen Bund Lose (zehn Lose für 200 Franken) gekauft. Sie arbeitet in einem Reisebüro, jobbte am Opernball als eine der jungen Leute, die Pralinen anbieten (man konnte so viel Schoggi essen, wie man wollte). Sie gewann das



Eine Wucht: Dianne Brill mit Gatte Peter Völkle.

Perlen-Brillanten-Collier im Wert von 24 000 Franken, gespendet von Juwelier Lesunja. Sie trug es dann zu ihrem Küchen-Outfit, und man muss sagen – es sah wunderbar aus.

Die Reise nach Las Vegas, gespendet von Swiss Casinos, gewann **Doris Hahnloser**, Mitbesitzerin des Modehauses Gassmann, das einen Einkaufsgutschein von 9000 Franken spendete. **Martin Albers-Schönberg** gewann zwei Übernachtungen samt Luxus-Arrangement im Hotel «Baur au Lac» (Wert: 9000 Franken, überreicht von Hoteldirektor **Wilhelm Luxem**). Seine Frau **Amaya Albers-Schönberg** ist eine der tüchtigen Frauen im Organisationskomitee, das von **Martina Baeriswyl-Holzach** angeführt wird. Deren Tochter **Leila Baeriswyl** war Debütantin. Wie auch **Celan Brill-Völkle**, die Tochter von **Dianne Brill**, die sich vor den Fernsehkameras drehte und wendete, dass es eine Wucht war. Dianne Brill? Eine Party-Queen des New York der achtziger Jahre, heute Schweizerin mit eigener Kosmetikfirma. Auch **Shawne Fielding**, die ihre scharfen Kurven in rotem Samt präsentierte, war ein gefundenes Fressen für die Fotografen und Fernsehkameras.

Promis waren dünn gesät an diesem Abend, vor allem die *big shots* aus der Wirtschaft fehlten. **Georges Kern** war da, der CEO von IWC Schaffhausen, er spendete für die Tombola eine Portofino Automatic mit blauem Alligatorlederarmband, was den Tieranwalt **Antoine**

Goetschel kurz die Augenbraue heben liess. **Fritz Gerber**, Ex-Präsident von Roche, war – dank seiner jüngeren Frau **Renate** – eifrig auf der Tanzfläche.

La Lupa und ihr Begleiter, Designer **Adam Brody**, Schauspielerin **Martina Gedeck** und Regisseur **Markus Imboden**, Schriftsteller **Adolf Muschg** und seine Frau gehören am Zürcher Opernball bereits zum Inventar, die Zürcher Stadträte **Corine Mauch** und **André Odermatt**, die jeweils als Paar erscheinen, auch. Die Hotelière **Ljuba Manz** und ihr Mann **Marco Conte** gehören ebenfalls zum harten Kern, **Ljuba Manz** spendete der Tombola einen 250-Franken-Gutschein für die Hummer- und Austernbar im «Hotel St. Gotthard».

Musikalischer Schwung setzte ein, nachdem sich die Gäste dem Vier-Gang-Menü des «Baur au Lac»-Küchenchefs **Maurice Marro** hingegeben hatten (es wurde in höchsten Tönen gelobt). Bevor der Intendant die Bühne zu «Alles Walzer» freigab, und damit zur Leichtigkeit des Seins, gab es richtiges Operndrama. Arien aus «Un ballo in maschera», «Aida», «Macbeth», beeindruckend interpretiert von den jungen Künstlern **Markus Brück**, **Tatiana Serjan** und **Wenwei Zhang**, und einen Pas de deux aus «Anna Karenina», der ultimativen Liebestragödie, getanzt von **Katja Wünsche** und **Jesse Fraser**. **Teodor Currentzis**, der am Opernhaus die nächste Premiere, «Macbeth» von Giuseppe Verdi, dirigiert, leitete die Philharmonia Zürich.



Liebestragödie: Jesse Fraser, Katja Wünsche.

Es war ein schöner Ball, mehr Benefizgala eigentlich. Salsa, Disco, viele junge Leute in hübschen, bunten Kleidern, Tanzen bis zum Morgengrauen. Der Erlös, der leider nicht mehr kommuniziert wird (unter **Alexander Pereira**, dem Erfinder des Zürcher Opernballs, wurde er jeweils bekanntgegeben, immer so zirka 350 000 Franken, die eine Opernproduktion ermöglichen), geht ins Marketing, um junges Publikum zu gewinnen. In seiner Begrüssungsansprache sagte **Andreas Homoki**: «Der Opernball ist der Höhepunkt des Programms des Zürcher Opernhauses.» Bei aller Begeisterung für den schönen Abend, als Opernfreund kann man nur sagen: Hoffentlich nicht!

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Brennende Herzen

Die Künstlerin Metzalli Guel, 33, und der Verkaufsleiter Chris Van Dyne, 36, haben kürzlich geheiratet. Es war eine psychedelische Erfahrung.



«Wilde Wochen»: Liebespaar Van Dyne-Guel.

Metzalli: Das Burning-Man-Festival in Black Rock City in der Wüste von Nevada ist mittlerweile legendär. Hunderttausende erleben dort wilde Wochen voller Erfüllung und Selbsterkenntnis. Ich war seit den Anfängen dabei. Die Pioniere sind eine Gemeinschaft, die ähnliche Werte und Vorstellungen von einem freien und kreativen Leben haben. Ich hätte mir definitiv nicht vorstellen können, mit einem Mann zusammen zu sein, der das Festival schräg oder blöd findet.

Chris: Metzalli ist eine selbsternannte Priesterin der ewigen Liebe und verbindet diese Aktivitäten mit einer neoheidnischen Gesinnung. Metzalli meint es ernst, sie sagt auch, sie liebe praktisch alle Menschen, es durchflüsse sie ein steter Strom guter Gefühle. Tatsächlich werden die Menschen in ihrer Gegenwart friedlich und ruhig. Sie zeigt ihnen, wie lebenswürdig sie sein können. Von diesem Zauber wurde auch ich erfasst – gemeinsam sind wir ein kosmisches Paar mit vielen positiven Kräften.

Metzalli: Das Anspruchsvolle am Burning-Man-Festival ist, dass man nichts mit Geld kaufen kann, die Leute müssen sämtliche Vorräte selbst berechnen und mitbringen, die nächste Ortschaft ist nur nach stundenlanger Autofahrt zu erreichen. Im Idealfall betätigen

sich die Teilnehmer kreativ, was viele tun, wie die wahnwitzigen, wunderschönen riesigen Installationen zeigen. Tagsüber wird es extrem heiss, in der Nacht sacken die Temperaturen auf null Grad ab. Sandstürme sind häufig. Wenn es regnet, verwandelt sich der ganze Platz in eine Schlammwüste. Alle diese Umstände machten die Planung unserer Hochzeit spannend. Die Hoffnung, vor der Zeremonie eine Dusche nehmen zu können, mussten wir begraben, denn unsere eigenen Wasservorräte waren bereits ziemlich knapp.

Chris: Die Idee zur Hochzeit entstand mehr oder weniger spontan, auch kleidermässig waren wir nicht hochzeitstauglich ausgerüstet. Der Look war irgendetwas zwischen «Mad Max»-Krieger und dem Versuch, doch schön und festlich auszusehen.

Metzalli: Viele Freunde waren bei der Zeremonie dabei, alles bunte Hunde, so wie wir. Wir wählten einen mystischen Ort, den Tempel der Versprechungen. Es ist ein Platz, der seit den Anfängen des Festivals durch kahle Bäume geprägt ist. Die Besucher schreiben ihre Wünsche und Versprechungen auf Zettel und befestigen diese an den Ästen. Dort hängen sie so lange, bis die Witterung sie absorbiert.

Chris: Metzalli hatte einen Tanz für mich einstudiert, ich war gerührt und beeindruckt. Kühler Wind kam auf, nachdem wir uns, begleitet von verschiedenen Ritualen, das Versprechen gegeben hatten, immer füreinander da zu sein. Danach kämpften wir uns mit den Velos durch einen Sandsturm zu den Zelten. Das Essen, die Getränke, die Musik: Alles wurde durch liebe Freunde gespendet. Die Nacht war pechschwarz, Dutzende von Lichtskulpturen und Kunstwerken, die die Festival-Besucher in wochenlanger Arbeit und akribischer Planung installiert hatten, bildeten den magischen Rahmen unserer Hochzeit.

Metzalli: Es war der abgefahrenste, wunderbarste und glücklichste Tag in meinem ganzen Leben, und auch dafür werde ich Chris immer dankbar sein.

Protokoll: Franziska K. Müller

Prävention

Von Andreas Thiel — Alle Verantwortung dem Amt.

Thiel: Das Bundesamt für Gesundheit gehört abgeschafft. Der Mensch ist für sich selbst verantwortlich.

Berset: Der Mensch kann so viel Verantwortung gar nicht tragen.

Thiel: Aber der Mensch, der beim Bundesamt für Gesundheit arbeitet, kann es?

Berset: Bei uns arbeiten nur Fachpersonen.

Thiel: Warum betreiben diese ein Amt und keine Praxis?

Berset: Wir machen Gesundheitsprävention.

Thiel: Das heisst, ihr schlaft viel und arbeitet wenig?

Berset: Das propagieren wir.

Thiel: Ihr propagiert es, aber tut es nicht?

Berset: Wir sind nicht für unsere eigene Gesundheit verantwortlich, sondern für die des Volkes.

Thiel: Das klingt für beide ungesund.

Berset: Sie wären besser Pfarrer geworden als Satiriker.

Thiel: Vor hundert Jahren wäre ich in der Tat Pfarrer geworden. Ich lese auch lieber Gotthelf als Frisch. Gotthelf zeigt, dass das Leben ohne Moral in den Abgrund führt. Frisch versucht, etwas Besseres zu finden als Moral. Und wo landet er? Im Abgrund.

Berset: Sie gehören nicht auf die Bühne, sondern auf die Kanzel.

Thiel: Der Traum jedes Satirikers ist in der Tat eine rappelvolle Kirche mit einer Kanzel, von welcher er rufen kann: «Heute ist Sonntag. Aber dies ist nicht irgendein Sonntag. Es ist Abstimmungssonntag...»

Berset: Sie gehören nicht auf die Kanzel, sondern in staatliche Obhut.

Thiel: Das ist die Gretchenfrage des Satirikers: «Bin ich da, um die Welt zu retten, oder ist die Welt da, um mich zu retten?»

Berset: Wie wäre es mit einem Bundesamt für Satire?

Thiel: Das wäre das Ende derselben.

Berset: Sie tun so, als würden unsere Bundesämter jeweils das Gegenteil dessen bewirken, was sie bezwecken.

Thiel: Das Ende jeder Moral wäre tatsächlich ein Bundesamt für Moral.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



Unterm Andengipfel

Von Peter Rüedi



Es gibt den lokalen und den globalen Weintrinker, und beide verachten sich zuweilen gegenseitig. Warum eigentlich? Zwar hält niemand mehr im Ernst die Abschottung der Grenzen gegen Importe für ein probates Mittel. Wir leben in einem kleinen Land mit hohen Löhnen und hohen Bodenpreisen. Aber solange die Produktion des hiesigen Weinbaus zu über neunzig Prozent von Schweizern getrunken wird und der Export der immer besseren Schweizer Weine nicht nur ein Preis-, sondern auch ein banales Mengenproblem ist, verlangt nicht einmal die in der Agrarpolitik einflussreiche Walliser und Waadtländer Weinlobby von Bern einen rigorosen Öno-Heimatschutz. Ohnehin haben Ökobilanzen Konjunktur, und es gibt ja gute Gründe, beim Winzer aus der Region zu kaufen. Nur: Gerade bei Spitzenqualitäten hat Wein etwas mit Einmaligkeit zu tun. Ein Barolo von Voerzio ist durch keine noch so hochklassige Flasche aus dem Schaffhauser Blauburgunderland zu ersetzen. Es lebe die Nische! Aber Nischen gibt es auch anderswo. Dass in der sogenannten Dritten Welt Weine produziert werden, die nicht die eigenen spezifischen Bedingungen akzentuieren, sondern europäische Vorbilder kopieren, macht zugegeben wenig Sinn. Wo aber Eigenständiges entsteht, nehme ich auch lange Transportwege in Kauf. Kurz und endlich: Es lebe Mendoza! Die Malbecs aus der argentinischen Spitzenregion sind mit nichts auf der Welt zu vergleichen. Nicht besser, aber anders. Was der Malbec des alten Hauses Bodega La Rural Pars pro Toto beweisen mag, einer Gründung von italienischen Auswanderern aus dem 19. Jahrhundert. Der Malbec Rutini (so heisst die Familie), ein Blend von jungen und sehr alten Reben aus dem Tupungato-Tal am Fuss des gleichnamigen Andengipfels, ist ein gut integrierter, aromatischer, vorwiegend in französischem Holz ausgebauter, kräftiger, würziger, etwas erdiger, schön balancierter dunkelfruchtiger Malbec mit leicht pfefferiger Note. Zu einem – noch dazu – angenehmen Preis.

Malbec Rutini 2013, 14%. Flaschenpost. Fr. 17.90.
www.flaschenpost.ch

Sterne des Nordens

Das «Geranium» in Kopenhagen ist ein Lehrbeispiel für die Qualitäten der Nordic Cuisine. Von David Schnapp



Grandiose aromatische Präzision: Drei-Sterne-Koch Rasmus Kofoed, «Geranium».

Ende Februar zeichnete der Restaurantführer «Guide Michelin» erstmals zwei nordeuropäische Lokale mit der Höchstbewertung von drei Sternen aus. Das «Maaemo» in Oslo und das «Geranium» in Kopenhagen dürfen sich nun zu den etwas mehr als hundert besten Küchen der Welt zählen.

Das ist also eine ideale Gelegenheit, um erstens dieses «Geranium» zu besuchen und zweitens die nordische Küche zu loben, deren Einfluss wie kaum eine andere die kulinarische Welt in den letzten Jahren geprägt hat: mit der Idee, dass Zutaten aus der Region die interessanteren Gerichte ergeben. Mit der selbstbewussten Grundhaltung, dass die Arbeit in der Gastronomie cool ist. Und schliesslich mit der Überzeugung, dass gutes Essen nicht zum Hochamt stilisiert werden muss, sondern in lockerer Atmosphäre Spass machen soll.

Im «Geranium» sitzt man im achten Stock eines Anbaus am Stadion des FC Kopenhagen an grossen Tischen und blickt in eine offene Küche, die eher zu einem luxuriösen Eigenheim als in die professionelle Gastronomie passt. Köche, angeführt von Rasmus Kofoed, tragen weisse Mützen und verrichten unaufgeregt ihre Arbeit, bis einer plötzlich am Tisch auftaucht und ein erstes Amuse-Bouche präsentiert: eine schlichte, hervorragende Steinpilzsuppe. Es folgen sieben weitere Kleinigkeiten, einige davon grossartig, wie das

Tomatenwasser mit Tomatengelee, Kräutern und geschmolzenem Schinkenfett oder die geräucherte lauwarmer Kartoffel, die man mit einer Schafsmilchbutter isst.

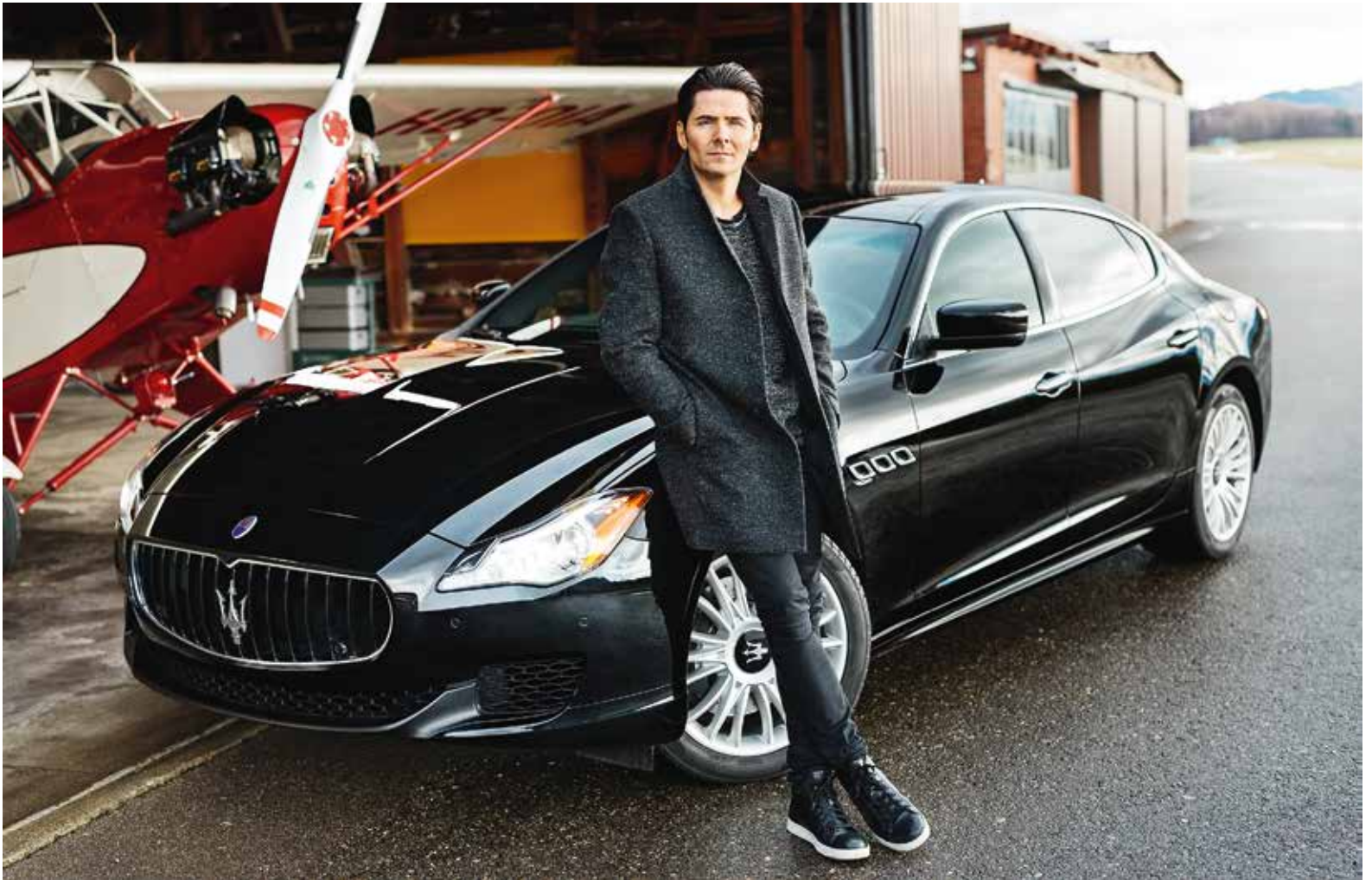
Ein paar Stunden zu Mittag essen

Menüs in guten Kopenhagener Restaurants (weitere Berichte demnächst an dieser Stelle) sind in der Regel reichhaltig, es folgen sieben Gänge, die durch Abwechslungsreichtum überzeugen und vor allem durch ihre grandiose aromatische Präzision. Jedes Element steht im richtigen Verhältnis zum andern: eine norwegische Auster bester Qualität, gegrillt, dazu frische Kräuter, eine Sauce aus leicht geräuchertem Frischkäse sowie eine knusprige Tartelette mit Seehasenrogen und eingelegten Holunderblüten – herbe Rauch- und Jodnoten, florale Säure und eine feine Sauce fügen sich zu grosser Harmonie am Gaumen zusammen.

Die drei Desserts und fünf Petit Fours (Menüpreis zirka Fr. 260.–) schliesslich sind überraschend, nie zu süss und handwerklich auf so hohem Niveau wie die gesamte Vorstellung dieser Küche, die es einem nach ein paar Stunden Mittagessen schwermacht, sie nicht sehr zu mögen.

Restaurant Geranium, Per Henrik Lings Allé 4,
2100 Kopenhagen. Tel. +45 6996 00 20
Sonntags bis dienstags geschlossen

Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Schwarz bevorzugt

Spitzenkoch Nenad Mlinarevic fährt durch Kalifornien und hat in seinem Maserati immer einen Notizblock bereit. *Von David Schnapp*

San Francisco, ein frühwinterlicher, aber milder Tag. Nenad Mlinarevic, 34, «Koch des Jahres 2016» und ausgezeichnet mit 18 Punkten im «Gault Millau» sowie mit zwei Sternen im «Guide Michelin», hatte am Abend zuvor im Napa Valley einen Auftritt als Gastkoch in einem Drei-Sterne-Restaurant. Nach der Fahrt aus der weltberühmten Weinregion in die kalifornische Metropole am Pazifik hat der Hotelportier den Maserati Quattroporte

parkiert, nun sitzt der Schweizer mit serbischen Wurzeln vor einer Ingwerlimonade in der Wintersonne und spricht über seine Karriere am Steuer.

«Mit neunzehn habe ich angefangen, Auto zu fahren – noch vor der Lehrabschlussprüfung. Die meisten meiner Kollegen haben sogar schon mit achtzehn angefangen, es gab für mich also einen gewissen Druck nachzuziehen. Gelernt habe ich auf einem kleinen Skoda, mein erstes eigenes Auto war dann ein aufgemotzter Renault Clio Sport. Mein Job wäre ohne eigenen Wagen kaum zu machen, wir arbeiten oft bis nach Mitternacht, ich habe mittlerweile auch viele andere Verpflichtungen mit Sponsoren, Medien und so weiter, die ich nur wahrnehmen kann, wenn ich quasi zu jeder Tages- und Nachtzeit zu mehr oder weniger jedem Ort in der Schweiz fahren kann.

Bitte notieren

Wenn ich unterwegs bin, habe ich immer Stift und Notizblock auf dem Beifahrersitz. Ich

konzentriere mich natürlich auf die Strasse, aber mache mir gleichzeitig Gedanken über ein Gericht, studiere an einer Idee weiter, die mir im Laufe des Tages gekommen ist. Um die Dinge nicht zu verlieren und gleichzeitig ablegen zu können, schreibe ich sie mir auf. Oft sind es nur Stichwörter: «Kartoffel, geräuchert» etwa. Wenn meine Freundin mitfährt, ist sie für alles zuständig ausser das Fahren selbst: Navigation, Getränke, Musik, Notizen.

Neben dem Auto an sich sind mir nachgelagerte Dinge wie Getränkehalter, Telefon-Ladekabel, verlässliches Navigationssystem oder eine Sitzheizung wichtig. Und es darf nicht zu viele Knöpfe haben, ich bin kein Technik-Freak. Ein Auto, das mir gefallen will, sollte schwarz lackiert sein, das sieht in der Regel zackig aus. Meistens bin ich am Steuer entspannt und lasse mich auch nicht von jemandem aus der Ruhe bringen, der mir am Heck klebt. Aber es kommt natürlich vor, dass ich unter Zeitdruck zu einem Termin fahren muss, dann werde ich schon ungeduldiger und wechsle von der rechten auf die linke Spur.

Die Küche, für die mein Team und ich stehen, ist etwas für Geniesser. Obwohl es keine komplizierten, unverständlichen Gerichte sind. Aber so zu essen, muss einem etwas wert sein, man muss es sich leisten wollen. So ist es auch mit einem Maserati.»

Maserati Quattroporte S Q4

Leistung: 410 PS/301 kW, Hubraum: 2979 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 283 km/h
Preis: ab Fr. 113 500.–





«Ich bin überall»: Maler und Filmregisseur Schnabel, 64.

MvH trifft

Julian Schnabel

Von Mark van Huissing — Ein Gespräch mit dem grossen Maler über sein kompliziertes Leben.

Ihr Sohn stellt Bilder von Ihnen in seiner Galerie aus – sind Sie ein stolzer Vater?» – «Ich finde, er macht einen grossartigen Job. Er liebt Kunst; er schläft, isst und trinkt dafür. Er wollte schon mit vierzehn Kunsthändler werden, ich sagte: «Bist du verrückt? Du magst Kunst nicht einmal.» Doch dann habe ich gesagt, er könne tun, was er wolle, ich würde ihn unterstützen. Jetzt ist es schön, zu sehen, dass er seinen Platz in der Welt gefunden hat. Und er ist gut, sehr professionell.» – «Das müssen Sie sagen, alles andere wäre unprofessionell.» – «Ich bin der unprofessionellste Mensch, ich will alles andere sein als professionell.» – «Sie sagen «Kunsthändler», wenn Sie von Ihrem Sohn sprechen, nicht «Galerist» – gibt es noch Galeristen, die Kunst lieben? Oder nur noch Händler, die Geld wollen?» – «Es gibt bestimmt noch Leute, die Kunst lieben. Aber die Kunstwelt ist heute anders, es gibt viel mehr Händler, und es gibt Berufe, die es früher nicht gab – Kunstberater und

so. Kennen Sie «Das Parfum» [Roman von Patrick Süskind], diese Leute, die dem Zauber seines [der Hauptfigur] Parfüms verfallen sind? So ist das mit Kunst – wenn Sie's verstehen, verstehen Sie's. Und sonst nicht.»

Julian Schnabel, 64, ist ein amerikanischer Maler und Regisseur aus Brooklyn. Sein Sohn Vito, 29, hat vergangenes Jahr in St. Moritz in den Räumen der Galerie Bruno Bischofberger eine Galerie eröffnet – Ausstellung «Julian Schnabel – 6 Rose Paintings», noch bis 8. März –; Bischofberger ist Julian Schnabels Galerist und Vitos Taufpate. Schnabel wird zu den Hauptvertretern des Neoexpressionismus gezählt. Er ist nicht bloss durch seine Bilder aufgefallen – wichtige, oft sehr grosse Werke kosten über eine Million Dollar –, sondern auch durch Filme, bei denen er Regie führte: Darunter «Basquiat», ein Porträt des Malers, mit dem er bekannt war, «Before Night Falls» mit Javier Bardem, der für seine Rolle eine Nomi-

nierung für den Academy Award Oscar erhielt, oder «Le scaphandre et le papillon» («Schmetterling und Taucherglocke»), für den Schnabel mit dem Regiepreis des Festivals von Cannes ausgezeichnet wurde. Schnabel lebt in Manhattan in einer ehemaligen Parfümfabrik, die er in einen venezianischen Palast umbauen liess; dieses Gespräch fand statt in der «Villa Flor» in S-chenf, wo er seit Jahren hinfährt.

«Sie haben sechs Kinder mit drei Frauen [er war zweimal verheiratet, sein jüngster Sohn, Shooter, ist zweieinhalb], Häuser in verschiedenen Erdteilen [Amerika, Mexiko, Spanien], Ausstellungen überall ... ihr Leben ist kompliziert, nicht wahr?» – «Ich bin zur Hauptsache Maler, ich mach' meine Arbeit selber, hab keine Assistenten. Ich zerschlage Glas oder Porzellan und bemale es. Dann überleg' ich: «Kann ich es besser machen?» Wenn ja, mache ich es, sonst fange ich was Neues an. Das kann man nicht vergleichen mit dem Arbeitsprozess eines Künstlers wie Jeff Koons [seine Werke – er arbeitet mit verschiedenen Medien – erzielen zehn- oder zwanzigmal höhere Preise und werden von zahlreichen Mitarbeitern hergestellt], es ist nicht sehr kompliziert. Und das Gute daran: Ich habe keine Sitzungen. Aber es stimmt, ich bin beschäftigt und ich bin überall.» – «Wie lange arbeiten Sie an einem Bild, das für eine Million verkauft wird?» – «Drei Monate, vielleicht vier ... Mein Sohn fragt, ob ich mit ihm essen möchte – er macht Hummerspaghetti [er hat auf seinem Mobiltelefon eine Textbotschaft empfangen]. Er soll mit seiner Freundin essen, ich bleib' hier.»

«Langweilige Frage für Sie, interessante Antwort für meine Leser – woher kommt die Inspiration?» – «Ich seh' Bilder überall. Ich komm hierher und seh', wie Schnee auf Bäume fällt – andere sehen nur Weiss, für mich ist's ein Bild. Ich seh' auch Bilder beim Surfen in den Wellen [bevor er diesen Satz sagte, schenkte er zweimal Grappa nach und sprach zehn Minuten oder so über die Wichtigkeit des Wellenreitens respektive seinen Entscheid, nach New York zurückzukehren vor vierzig Jahren, um Künstler zu werden, statt Surfer auf Hawaii zu bleiben].» – «Was ist wichtiger, malen zu können oder Bilder zu sehen?» – «Ich hab nichts gelernt in der Schule. Im Winter 1976, mit 25, reiste ich nach Italien, ich hatte nicht genug Geld, um Mozzarella zu kaufen, aber ich sah die Bilder der grossen Maler – Duccio, Piero della Francesca, Caravaggio [Maler des 13. bis 16. Jahrhunderts], dort hab ich alles gelernt.» – «Sie lebten mit Ihren Eltern erst in Brooklyn, später in Texas – wie kamen Sie auf Italien?» – «Wie ich mit meinen Eltern lebte, das war kein Leben, sondern eine Imitation des Lebens – alles war gewöhnlich ... Ich musste raus.»

Seine liebsten Restaurants: «Le Duc», 243 bd Raspail, Paris, Tel. +33 1 43 20 96 30

«Wallsé», 344 W 11th Street, New York, Tel. +1 212 352 2300

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15			16	
17				18										
		19	20								21			
22	23					24	25		26					
27					28					29	30			31
			32	33					34	35				
36		37					38	39					40	
41										42				
43								44				45		
46										47				

Lösungswort — Bequemer Halbschuh

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Er macht, so ein Sprichwort, die meisten Späne. 8 Wenn wir wollen, bringen wir es selber in Fahrt. 11 Homöopathische Erfrischung für Pflanzen. 12 Wenn so richtig getanzt wird, ist sie mit dabei. 14 Aletsch Arena, Stichwort: Bergdorf, Skigebiet. 15 Genau dieser Morgen: Bim, Bam, Bum. 17 Eigentlich ganz nett, und hälftig gar adrett. 18 Einer wie Matthias Aebischer oder Roger Köppel. 19 Doppel oder nüt passte zu ihm. 21 Glücksspielers Doppeltreffer. 22 Aus Erz bestehend und damit irgendwie auch eisern. 24 Geschichte: Er war am Sturz König Faruks I. beteiligt. 27 New Mexico: Fluss und Pueblo-Indianer. 28 Sie, die in Frankreich Wiedergeborene. 29 Weitherum bekannter spanischer Milchlieferant. 32 Das spezielle Geschehen sehen Promotoren lieber so. 34 Unsterblichkeit scheint bei ihr keine Unmöglichkeit. 36 Der 33. US-Bundesstaat fliegt gemäss Motto „mit den eigenen Flügeln“. 38 Womit er klar nach Käse riecht. 41 Wo man sich hinten anstellt, auswählt und bezahlt. 42 Kein edles Deutsch, wenn jemand Abscheu so kundtut. 43 Das Wort passt zum Peitschenknaller. 44 Franzosen und Briten gleichermaßen bekannte Wildkatze. 45 Womit das Gen den Hals umschliesst. 46 Solch ein Gegenstand vermag allhand, so glaubt man. 47 Pfad für Schwinfeldfreie, Bergschuhe empfehlenswert.

Senkrecht — 1 Wer das Album Hoodrich kennt, kennt auch ihn. 2 Auftragen ist ihnen eigen. 3 Auf ihnen lässt es sich einfacher in die Pedale treten. 4 Arosa: oberhalb des Obersees. 5 Auf ihnen werden Feder-, Räder-, Zeigerwerk montiert. 6 Wie Franz Kafka seine Schwester Gabriele nannte. 7 Eine Antwort, die prima zu Gérard Depardieu passt. 8 Kreditkarten wie Einreisestempel. 9 Eine Offenbarung der ganz und gar kriminalistischen Art. 10 Ideales Mittel, die Stimme des Gewissens zu übertönen. 11 Mit ihm zeigt der Akrobat gerne sein Können. 13 Ihr watschelnder Gang macht sie sympathisch. 16 Ort auf Istrien: kroatisch, touristisch. 20 Eine Eier AG, buchstäblich in Turbulenzen. 23 Er definiert bei Motoren ein spezielles Volumen. 25 Was jeder Räuber für sich beansprucht. 26 Ganz schön mies, weil falsch hingeschrieben. 28 Sind eins: dieser Vorname und jene nordischen Säugetiere. 30 Damals, als die Ägypter ihre Hochkulturen hatten. 31 An ihn haben sich die meisten wohl oder übel gewöhnt. 33 À la ... – nach Art von Prost!. 35 Indes ist es eben nicht genau, wie hier angedeutet. 36 In Kürze: UN-Nothilfekoordinator für humanitäre Einsätze. 37 Als anschniegsame Pflanze auch Sinnbild für Freundschaft. 39 Das Gras zeigt sich schliesslich als Kolben. 40 Es ist ein Durcheinander mit dieser deutschen Süsmuth.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 457

	H		V	J	A	C	K	E			F			
11	A	E	M	A	T	O	M		U		I	G	L	U
O	R	N	A	T		H	I	S	B	O	L	L	A	H
R	I	T	T		S	A	N	T	A	C	L	A	U	S
W		H	E	X	E	N	A		T	E	S		E	
	P	A	R		U	N	G	E	Z	O	G	E	N	
B	R	E	I		L	A	T	E		I	R	O	N	
	A	R	E	S		S	C	H	U	T		T		
F	I	T		P	A	L		H		B	I	G	G	S
L	A	I	S	I	G		R	E	N	O	M	M	R	E
A		N		L	O	B	E	N	O		A	L	T	
K	U	G	E	L	N		E		S	T	U	N	D	E

Waagrecht — 3 JACKE 7 HAEMATOM 10 IGLU
13 ORNAT 14 HSBOLLAH (dt.: Partei Gottes)
17 RITT 18 SANTACLAUS (Weihnachtsmann
in den USA) 19 HEXEN 20 TES (Abk.) 21 PAR
(Begriff im Golfspiel) 22 UNGEZOGEN
26 BREI 27 LAIBE 28 IRON (-man) 29 ARES
(sera: it. f. Abend) 31 SCHUT 33 FIT 34 PAL
36 BIGGS (war bekannteste Person jenes Post-
zugraubes) 39 LAUSIG 40 RENOMMEE
41 LOBEN 42 ALT 43 KUGELN 44 STUNDE

Senkrecht — 1 HARI (war berühmteste Spionin)
2 VAT 3 JOHANNA 4 AMIN 5 KUBA 6 FLAU
7 HORW 8 ENTHAERTUNG 9 MATERIE
10 ILLEGITIM 11 GLASER 12 UHSE 15 STAEB-
CHEN 16 OCTO 18 SEUL (franz. f. einzig, allein)
21 PRAIA (port. f. Strand) 23 GIS 24 ZEH
25 NOTGELD 30 SPILL 32 UBOOT 33 FLAK
(-panzer, -raketen) 35 AGON 37 GMAN (G-Man)
38 SETE (beide wurden in Sète geboren) 40 REE
(Segelkommando für Wende)

Lösungswort — FAUSTREGEL

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

OYSTER PERPETUAL
COSMOGRAPH DAYTONA IN PLATINUM



ROLEX



BUCHERER

1888

bucherer.com